3. JUL. 1914.

Nummer 27 Hamburg, den 4. Juli 1914 27. Jahrgang

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit," Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ₰ für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet

Hugo Kober.

Der Tod riß wieder eine Lücke in die Reihen unserer alten Kämpfer. Am 25. Juni starb Hugo Kober, der langjährige Bezirksleiter unserer Organisation in Schleswig-Holstein, an den Folgen einer Operation und der seit Jahren seinen Körper schwächenden Zuckerkrankheit. Schon einmal stand er nahe vor dem Tode, als ihn im Jahre 1910, mitten in den Arbeiten des Leipziger Verbandstages, ein Schlaganfall niederwarf. Von dort mußte man ihn krank in seine Heimat schaffen, wo er sich nach einigen Monaten soweit erholte, daß er bis kurz vor seinem Tode wieder für seine Kollegen arbeiten konnte.

Hugo Kober wurde im Jahre 1863, in Lübeck geboren, doch siedelten seine Eltern in seiner frühesten Jugend schon nach Hamburg über. Er ist also nur 51 Jahre alt geworden. Das ist kein hohes Alter; doch ist sein Leben ein Leben der Arbeit gewesen. Seit etwa 25 Jahren gehörte er der modernen Arbeiterorganisation an, in der er viele Ehrenämter bekleidete. Im Jahre 1896 wurde er zum Vorsitzenden des Zweigvereins Hamburg des Maurerverbandes gewählt. Dieses Amt bekleidete er bis zum Jahre 1901, als er durch das Vertrauen seiner Kollegen in die Stellung berufen wurde, die er bis zu seinem Tode innehatte. Er hat die Zeit des Werdens der Arbeiterorganisationen mit durchgekämpft. Diese Kampfjahre zählen doppelt und sie zehrten an dem Mark des Mannes, denn neben der Arbeit für den Verband war er für die sozialdemokratische Partei Reichstagskandidat in dem mecklenburgischen Wahlkreis Hagenow-Grevesmühlen; er war seit der Gründung des Hamburger Gewerkschaftshauses Mitglied des Aufsichtsrates und beteiligte sich sehr an den Arbeiten für die Gründung der Konsum- und Produktivgenossenschaft „Produktion". In den letzten Jahren widmete er unserer Jugend sehr viel von seinem allezeit lebhaften Interesse.

Der verstorbene Kollege verlebte seine Schul- und Lehrjahre in Hamburg. Nach beendeter Lehrzeit durchreiste er in mehreren Wanderjahren einen großen Teil Deutschlands, um sich, als er im Jahre 1889 nach Hamburg zurückgekehrt war, hier zu verheiraten. In glücklicher, harmonischer Ehe lebte er fast 25 Jahre mit seiner Gattin, deren treue Sorge ihm sicher seine vielseitige Tätigkeit bedeutend erleichtert hat. Am 10. November hätten der Kollege Kober und seine Gattin ihre Silberhochzeit feiern können. Es hat nicht sollen sein.

Hugo Kober hat sich große Verdienste um die Bauarbeiter erworben; zum Dank brachten ihm diese Achtung und Vertrauen entgegen. Seine überaus große Gefälligkeit sichert ihm aber auch über die Kreise der Bauarbeiter hinaus ein gutes Andenken. Seine Familie trauert um den Gatten und Vater, wir trauern um den Freund und Kollegen, dessen Bestreben stets das Wohl der Arbeiterschaft war. Sein Andenken wollen wir ehren, indem wir seinen guten Taten nacheifern!

Zölle und Verbrauchsabgaben, privatkapitalistische und Staats-Monopole.

I.

Fr. Infolge des am 20. Mai eingetretenen Schlusses der Reichstagssession ist der von der Regierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Leuchtöl, dessen Vorberatung in der Kommission noch nicht erledigt war, vorläufig von der Bildfläche verschwunden. Es verlohnt sich aber doch wohl der Mühe, darauf hinzuwirken, daß die Arbeiterschaft dieses höchst wichtige und bedeutsame, eigenartige Monopolprojekt im Auge behält. Im Zusammenhange damit erscheint es uns nicht überflüssig, vorweg einige kurze Betrachtungen über die geschichtliche Entwicklung des Staatsmonopolwesens, speziell auch über die Monopolprojekte, die im Deutschen Reich seit dessen Gründung hervorgetreten sind, anzustellen.

Monopole (Alleinwirtschaft, in finanzieller Absicht als eigenes Institut begründet, für gewisse Zweige des Verkaufs, der Produktion, des Verkehrs zum Vorteil der Staatskasse) finden wir bereits in früheren Zeiten als einen Teil des Finanzsystems der absoluten Staatsgewalt. Die hauptsächlichsten Objekte des Staatsmonopols waren immer Massenkonsumartikel, Salz, Tabak, Branntwein usw.

Einstmals waren die Staatsgewalten dem Tabakgenuß sehr feindlich gesinnt, sie suchten ihm durch Verbote und strenge Maßnahmen entgegenzuwirken. Als das nichts half, der Konsum des „Teufelskrautes" vielmehr immer weiter um sich griff, gingen die ewig geldbedürftigen Regierungen dazu über, das „böse Laster" dem Fiskus tributpflichtig zu machen, und zwar zunächst durch ein Tabakmonopol. In Bayern wurde ein solches bereits 1692 eingeführt; es bestand dort 25 Jahre, während es sich in Württemberg von 1700 bis 1770 und dann wieder von 1808 bis 1821 behauptete. Auch Preußen hatte von 1719 bis 1724 ein Tabakmonopol, das nach dem siebenjährigen Kriege aufs neue auflebte. Im Jahre 1765 erhielt ein französischer Kaufmann in Preußen für die Dauer von 15 Jahren das Recht, Tabak zu verkaufen, wofür er an die Staatskasse jährlich eine Million Taler als Pacht entrichten sollte. Dieser Vertrag gelangte jedoch nicht zur Ausführung. Ein Jahr später übernahm eine Gruppe von preußischen Kaufleuten gegen eine Jahrespacht von einer Million Taler den Verkauf. Die Pächter bildeten eine Aktiengesellschaft und teilten die Monarchie in sechs Absatzgebiete. Diese Gesellschaft war aber nur ein Jahr tätig, worauf der Staat das Monopol selbst in die Hand nahm. Er gewann daraus jährlich etwa eine Million Taler. Friedrich Wilhelm II. hob im Jahre 1787 dieses Monopol auf und belegte den Tabak mit einer Tor-Akzise von 1½ Groschen pro Pfund. Anbau, Verarbeitung und Handel im Inland waren frei, die Einfuhr von Tabakerzeugnissen aber war verboten. Obwohl diese Akzise erhöht wurde, blieb ihr Ertrag unbefriedigend für den Fiskus. Es wurde deshalb nach zehn Jahren das Monopol von neuem eingeführt, indessen schon nach einem Jahre wieder durch eine nach Sorten und Gewicht bemessene Steuer ersetzt.

Es kam dann die Zeit, wo das Monopolwesen mehr und mehr überwunden wurde durch die Entwicklung des Systems der indirekten Volksbelastung, auf dem noch heute das Finanzwesen des Deutschen Reichs in der Hauptsache beruht, des Systems der Einfuhrzölle und der Verbrauchsabgaben auf Artikel des Massenkonsums, auf Lebensmittel, Genußmittel usw.

Einige wichtige Staatsmonopole, die auf dem Gebiete des Verkehrswesens liegen, blieben allerdings bestehen, so die Papiergeld- und Banknotenemission. Auch einige neue sind entstanden oder in der Entwicklung begriffen. Jedenfalls können wir zu den Monopolen in Deutschland auch das Post- und Telegraphenwesen rechnen, das dem Reiche erhebliche Ueberschüsse gewährt, im Jahre 1913 zum Beispiel rund 143 Millionen Mark bei einer Einnahme von 842 Millionen. Dem Privatbahnsystem gegenüber macht sich mehr und mehr das Prinzip des staatlichen Eisenbahnmonopols geltend. Seit Jahren schon besteht die wichtige verkehrspolitische Frage der Uebernahme sämtlicher Eisenbahnen auf das Reich.

Was wir nun weiter über die Entwicklung des Monopolgedankens in Deutschland auszuführen haben, steht im allerwenigsten Zusammenhang mit der Ausgestaltung der stetig angewachsenen Bedürfnisse des Reichs und mit der Ausgestaltung des schon oben erwähnten Systems der indirekten Volksbelastung. Wir brauchen unsere Leser hier wohl nicht besonders über die schwere Ungerechtigkeit und die Verderblichkeit dieses Systems zu belehren, das geradezu darauf berechnet ist, die Massen der Unbemittelten und Armen, die arbeitenden Klassen, in unerhörtem Maße zugunsten der besitzenden Klassen zu überbürden. Es ist ein System, das allen Grundsätzen steuerlicher Gerechtigkeit Hohn spricht. Die Regierung vermochte, im Bunde mit den die Sonderinteressen der herrschenden Stände und Klassen in der Gesetzgebung vertretenden bürgerlichen Parteien, dieses System zu einer wahrhaft ungeheuerlichen Entwicklung zu bringen. Sie befand sich stets in der durch ihre auf „Weltmacht" und Stärkung der Reaktionsherrschaft selbst verschuldeten Zwangslage, auf eine Steigerung der Volksbelastung, auf Vermehrung beziehungsweise Erhöhung der Zölle und Verbrauchsabgaben bedacht zu sein, um vor allen Dingen der stetig wachsenden Ansprüche für Heer, Marine, Kolonialwesen usw. genügen zu können.

Im Jahre 1878 betrugen die Einnahmen aus den Zöllen und Steuern 235 Millionen Mark = etwa ℳ 6 pro Kopf der Bevölkerung. Bis zum Jahre 1913 hatten sich diese Einnahmen ohne Unterbrechung gesteigert auf rund anderthalb Milliarden, also auf das Sechsfache und auf etwa ℳ 24 auf den Kopf. Mit den reinen Finanzzöllen, das heißt solchen Zöllen, deren Ertrag nur der Reichskasse zugute kommt, verbanden sich die dem Interesse der Großagrarier und gewisser Gruppen von Großindustriellen (Eisenindustrie, Textilindustrie usw.) dienenden sogenannten Schutzzölle. So wurde das arbeitende Volk durch ein höchst ungerechtes Belastungssystem nicht nur dem Reichsfiskus, sondern auch bestimmten privatkapitalistischen Sonderinteressen tributpflichtig gemacht.

Diesem System und seiner weiteren Ausgestaltung haben die Massen unter Führung der Sozialdemokraten stets energisch opponiert. Man erinnere sich nur der berechtigten Erbitterung, mit der die erdrückende Mehrheit des Volkes Stellung nahm gegen die neuen Zoll- und Steuerlasten, die die letzten sogenannten Reichsfinanzreformen brachten in Höhe von etwa 500 Millionen Mark im Beharrungszustande. Das starke Wachstum der Sozialdemokratie ist wesentlich mit auf die für das Volk so unheilvolle Finanzwirtschaft des Reiches zurückzuführen.

Die Entwicklung dieser Wirtschaft hat sich vollzogen nach dem finanzpolitischen Programm des Fürsten Bismarck, der im Jahre 1875 im Reichstage offenherzig erklärte, daß die Deckung aller Bedürfnisse des Reichs möglichst auf dem Wege der indirekten Besteuerung durch Zölle und Abgaben auf die Massenkonsumartikel erreicht werden müßte. Aber er hat sich ganz unzweifelhaft auch nicht verhehlt, daß dieses System nicht bis ins Ungemessene ausgestaltet werden könne, daß es eine Grenze finden müsse an der Leistungsfähigkeit der Massen und an ihrem entschlossenen Widerstande. Was dann? Zum Uebergange zu einem System direkter Besteuerung, einer Reichseinkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer, wollte Bismarck grundsätzlich nie-

mals die Hand bieten. Da lag für ihn denn allerdings nichts näher, als den Gedanken der Einführung von Reichsmonopolen zu fassen.

Schon im Jahre 1878 verfiel der leitende Staatsmann auf das Projekt, ein Tabakmonopol im Reiche einzuführen. Als dann die Sozialdemokratie durch ein infames Ausnahmegesetz geknebelt worden war, unternahm er den Versuch, dieses Projekt zu verwirklichen. Im April 1882 legte auf sein Betreiben der Bundesrat dem Reichstage einen Monopolentwurf vor. Dabei kam nicht nur ein fiskalisches Interesse in Betracht, sondern auch eine sogenannte staatssozialistische Spekulation. Bismarck wollte sich mit der in einer kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 verheißenen Inangriffnahme der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung (die als Heilmittel gegen die Sozialdemokratie gedacht war) in der Weise abfinden, daß er vorschlug, den Arbeitern aus den Erträgnissen des Tabakmonopols 130 Millionen Mark zum „Geschenk" zu machen. Dieses Monopol sollte das „Patrimonium der Enterbten" werden. Aber Bismarck erlitt mit diesem Projekt eine so schwere Niederlage (es wurde vom Reichstage kurzerhand mit 277 gegen 43 konservative Stimmen abgelehnt), daß weder er noch einer seiner Nachfolger es wagte, mit ihm wieder hervorzutreten. Es erscheint uns jedoch nicht zweifelhaft, daß die Regierung dem Tabakmonopolprojekte treu geblieben ist und stets bemüht war, seine Verwirklichung durch immer neue Zölle und Steuern auf den Tabak, durch beständige schwere Beunruhigung und Schädigung der Tabakindustrie zu erreichen.

Im Jahre 1885 bewirkte Bismarck die Vorlage eines Spiritusmonopol-Gesetzentwurfs an den Reichstag. Allerdings handelte es sich da nicht um ein Monopol der Produktion. Lediglich der Spiritushandel sollte monopolisiert werden. Die Brennereibesitzer sollten die Produktion weiter betreiben und nur gesetzlich verpflichtet sein, ihre Erzeugnisse dem Reich zu verkaufen; dieses sollte dann das Produkt mit einem in die Reichskasse fließenden Preisaufschlag in den freien Handel bringen. Dabei war das Profitinteresse der agrarischen Brenner in weitgehendem Maße berücksichtigt.

Auch mit diesem Projekt hatte Bismarck kein Glück, es scheiterte. Aber die Agrarier kamen doch so ziemlich auf ihre Rechnung. Durch ein neues Gesetz über die Branntweinsteuer-Verbrauchsabgabe wurde ihnen eine Entschädigung für die entgangenen Monopolprofite in der Form der berüchtigten Liebesgabe, eines Steuernachlasses von ℳ 70 auf ℳ 50 pro Hektoliter reinen Alkohols gewährt. Diese Liebesgabe betrug jährlich im Durchschnitt zu Lasten der Branntweinkonsumenten und zum Schaden der Reichskasse rund 46 Millionen Mark, in Summa bis zum Jahre 1909 über eine Milliarde Mark. Bei der „großen Finanzreform" des Jahres 1909 gelang es nicht, diese geradezu schmähliche Einrichtung zu beseitigen, obwohl sich die Regierung selbst für ihre Aufhebung ausgesprochen hatte; mit 207 gegen 143 Stimmen beschloß der Reichstag die Beibehaltung der Liebesgabe in Höhe von ℳ 20; ein reichsgesetzliches Monopol privatkapitalistischer Ausbeutung der Konsumenten und der Reichskasse blieb dabei bestehen.

In den drei Reichstagssessionen von 1893 bis 1896 traten die Konservativen mit dem Antrag Kanitz auf den Plan, ein Reichsmonopol für den Getreidehandel einzuführen. Der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides, mit Einschluß der Mühlenfabrikate usw., sollte ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgen, und zwar zu genau festgesetzten Mindestpreisen, die den Agrariern einen guten und festen Preis für ihr Getreide sichern sollten. Die Regierung sollte für die Agrarier das Werkzeug abgeben, Brotwucher zu treiben. Der preußische Staatsrat unter dem Vorsitz des Kaisers beschloß eine Resolution, in der es heißt: Die Organe des Staates seien nicht dazu da, das wichtigste und allgemeinste Nahrungsmittel, namentlich der ärmeren Klasse, teurer zu verkaufen, als der Staat dasselbe in Händen hat. Das würde ein sozialpolitisch sehr bedenkliches Vorgehen sein. Bei dieser Gelegenheit sagte der Kaiser, man könne ihm nicht zumuten, Brotwucher zu treiben. Aber die Entwicklung, die dann das agrarische Schutzzollsystem nahm, die Erhöhung der Getreidezölle usw., begreift in sich tatsächlich doch auch nichts anderes, als einen den Großagrariern reichsgesetzlich gewährten und geschützten, geradezu monopolistischen Lebensmittelwucher. Nach einer Berechnung des Professors Lujo Brentano sind die Wuchermonopolprofite der getreidebauenden Großagrarier ganz ungeheure. Während zum Beispiel in den drei Jahren 1907 bis 1909 die Zölle auf Roggen, Weizen, Hafer und Gerste der Reichskasse 377 Millionen Mark einbrachten, führten sie den Taschen der Agrarier 2682 Millionen Mark zu. Das heißt: jeder, der zur brotkaufenden Bevölkerung des Reiches gehört, ist — im Durchschnitt berechnet — gezwungen, den Großagrariern jährlich ℳ 17,46 Wucherprofit zu entrichten.

Ausbeutungs-, Wuchermonopole dieser Art sind ohne Zweifel die denkbar schlimmsten. Sie übertreffen an Gemeingefährlichkeit, an Verderblichkeit jedenfalls noch die aus der freien Konzentration von Riesenkapitalien, aus dem Trust- und Kartellwesen erwachsenden privatkapitalistischen Preisfestsetzungsmonopole.

Englische Bauarbeiterkämpfe in der Vergangenheit.

I.

Die Geschichte der englischen Chartistenbewegung ist in ihren einzelnen Etappen und Wendungen für uns Arbeiter sehr lehrreich. Besonders interessant ist für uns Bauarbeiter die erste Phase des Chartismus; da hier die damaligen Bauarbeiter die Führung übernahmen. England ist bekanntlich das Mutterland der Industrie. Um die Wende des 19. Jahrhunderts vollzog sich dort eine gewaltige industrielle Revolution, die eine tief eingreifende Veränderung innerhalb der Gesellschaft herbeiführte. Vorbei war es mit der alten guten Zeit, wo eine ausgedehnte Hausindustrie den zahlreichen Webern und Spinnern eine ausreichende Existenz gewährte und noch viele Kleinbauern auf eigener Scholle ein friedliches Dasein führten. Die Erfindung der Arbeits- und Kraftmaschinen kündigte ein neues Zeitalter an. In wenigen Jahrzehnten beherrschte die Industrie die gesamte Produktion. Handwerk und Hausindustrie sanken zu wesenlosen Schemen herab. Der Bauer war von seiner Scholle vertrieben und schmunzelnd teilten sich die großen Grundbesitzer die Gemeindefelder auf. Die fieberhafte Entwicklung der Produktion in den Fabriken, in den Bergwerken und auf den großen Gütern erschloß enorme Reichtumsquellen. Das Nationalvermögen steigerte sich nach einer Statistik von 1812 auf 430,5 Millionen Pfund Sterling. Die gesamten Arbeiter, Handwerker und Heimarbeiter, erhielten hiervon nur 82,9 Millionen, trotzdem sie die überaus große Mehrheit bildeten. An diesen beiden Zahlen zeigt sich schon die Kehrseite der glänzenden Medaille. Die enorme Konzentration des Reichtums erzeugte auf der andern Seite das grauenhafteste Elend. Geradezu furchtbar ist die Leidenszeit, die die Arbeiterklasse in der Frühzeit des Kapitalismus durchmachen mußte. Die politischen Wirren, die napoleonischen Kriege und die Kontinentalsperre verschlimmerten noch die Zustände. Die Armenlasten wuchsen auf 7 Millionen Pfund und doch bedeuteten sie nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Daneben war eine Klassenregierung bestrebt, alle Regungen in der Arbeiterschaft zu ersticken. Die Koalition der Arbeiter war verboten. Gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Arbeit gab es nicht. Vollwertige Arbeiter wurden durch die Frauen- und Kinderarbeit verdrängt. Die Löhne sanken rapide. Der Lohn eines Hauswebers war um 1800 noch 30 Schilling pro Woche; er betrug 1830 nur noch 4 bis 5 Schilling. Voll wilder Verzweiflung, im dumpfen Gefühl des erlittenen Unrechts ließen sich die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten hinreißen. Sie zerschlugen die verhaßten Maschinen, die Träger der industriellen Entwicklung, die so namenloses Elend gebracht hatten. „Blut oder Brot!" war der Schlachtruf der ausgemergelten Weberscharen, die in Lancashire und Suffolk die größten Verheerungen anrichteten. Die ungeheure Erbitterung wurde kaum eingedämmt durch das Gesetz von 1811, das Todesstrafe für die Zerstörung der Maschinen vorsah.

Erst allmählich besserte sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse. In den zwanziger Jahren waren die Nachwehen der Kontinentalsperre überwunden. In allen Erwerbszweigen herrschte rege Tätigkeit. 1824 entstanden allein 200 Aktiengesellschaften. Riesige Kanal- und Straßenbauten wurden durchgeführt. Große Geldanleihen wurden von den südamerikanischen Republiken aufgenommen und dadurch der Eisen- und Textilindustrie bedeutender Absatz für ihre Waren geschaffen. Auch für die Arbeiterklasse war die Hochkonjunktur von Nutzen. Die vermehrte Arbeitsgelegenheit linderte die größte Not. Als endlich 1824 auch die Koalitionsverbote fielen, war Raum geschaffen für die Entwicklung der Arbeiterorganisationen. Die Arbeiter haben diese Situation geschickt ausgenutzt. Die ersten Gewerkschaften entstanden. Ueberall waren es nur kleine lokale

Soziale Zustände unter der Standes- und Klassenherrschaft.

Von Karl Frohme.

XIII.

Mittelalterliche Sozialordnung. Das neue System der persönlichen Unfreiheit. Entstehung des Feudalismus. Vernichtung des freien Bauernstandes. Leibeigenschaft.

Unter Ungerechtigkeit aller Art, unter blutiger Barbarei vollzog sich der völlige Bankerott der Sozialpolitik, der Morallehre, der Gesellschaftslehre der Kirche. Es war ein verhängnisvoller Wahn, die menschliche Gesellschaft auf das „Prinzip der Religiosität", auf das Gebot der „christlichen Liebe" stützen, die Gesellschaft gewissermaßen zu einer Allegorie der himmlischen Welt gestalten zu wollen. Diesem Prinzip und diesem Gebot gegenüber war und blieb das „Recht des Stärkeren", das positive Recht der Gewalt, das zerteilende und unterdrückende Interesse privilegierter Stände und Klassen. Und zwar mit Hilfe der Kirche. Der Zwang der praktischen Lebensverhältnisse, des materiellen Grundzuges der Menschennatur und des sozialen Wesens war stärker als das kirchliche Gesellschaftsideal. Angenommen, die Kirche hätte sich zur Zeit ihrer größten Machtvollkommenheit für die Ueberwindung der sozialen Gegensätze eingesetzt, so würde ihr darauf gerichtetes Bemühen doch vergeblich gewesen sein. Sie wäre nicht die maßgebende Macht geworden, wenn sie unterlassen hätte, sich der Standes- und Klassenherrschaft anzupassen, diese Herrschaft ihrer „göttlichen Weltordnung" einzufügen, sie ausdrücklich anzuerkennen und zu verteidigen gegen jeden Umsturzversuch. Das materielle Interesse der privilegierten Stände und Klassen, geheiligt und geschützt durch das Wort der Kirche, war die vielen Jahrhunderte hindurch das starke Band, das diese Faktoren mit ihr verknüpften und noch verknüpft. Freilich, alle Stände und Klassen stellte die Kirche unter „Gottes Ordnung", aber mit dem großen und entscheidenden Unterschiede, daß die einen herrschen, ausbeuten und unterdrücken, die andern dienen, sich ausbeuten und unterdrücken lassen sollten.

So gelangte die Kirche zu „göttlicher Autorität" auf sozialem Gebiete. Sie selbst bildete einen neuen herrschenden Stand, den der Geistlichkeit, der sich in denkbar festester Organisation und schärfster Disziplin über alle andern die Spitze der Gesellschaft bildenden Stände, die weltlichen Fürsten, der Adel, die Krieger, die Beamten, die großen Handels- und Industrieherren usw., stellte. Die Herrschenden sollten, zwar nach der Lehre der Kirche „gutes Beispiel" geben, dem Armen und Unterdrückten Liebe, Wohlwollen und Gerechtigkeit erweisen. Aber als Stand und Klasse haben sie immer das Gegenteil getan. Der Hinweis auf die Gleichheit aller Menschen vor Gott und die Lehre von der Verantwortlichkeit vor Gott haben diese sozialen Faktoren niemals davon zurückgehalten, sich den Beherrschten gegenüber der ärgsten Lieblosigkeit, Bosheit und Ungerechtigkeit aller Art schuldig zu machen. Im Gegenteil, die furchtbare Lehre, daß das Los der Armen und Unterdrückten ein „gottgewolltes" und Zweifel erheblich dazu beigetragen, den rohen Materialismus der Herrschenden zu stärken, die Unterdrückungs- und Ausbeutungssysteme zu stützen, der Vergewaltigung und Mißhandlung der arbeitenden Massen Vorschub zu leisten. Ganz gewiß hat es stets Mitglieder der herrschenden Stände und Klassen gegeben, die es sehr ernst und gewissenhaft nehmen mit der ihnen von der kirchlichen Sozial- und Morallehre zugewiesenen Aufgabe, sich der unter Not, Elend und Ungerechtigkeit leidenden Mitmenschen als „Kinder eines Vaters" in Liebe und Wohlwollen durch gute Tat anzunehmen. Aber sie bilden doch immer nur eine verhältnismäßig seltene und belanglose Ausnahme.

Die Masse der Privilegierten hat diese „Aufgabe" stets vom Standpunkt ihrer Standes- und Klasseninteressen aus hohngesprochen.

* * *

Jeder der im mittelalterlichen „christlichen Staat" herrschenden Faktoren, der hohe und der niedere Klerus, Fürstentum und Adel, war bestrebt, sich die arbeitenden Massen leibeigen und dienstpflichtig zu machen, ohne Rücksicht darauf, daß damit dem Staatsleben seine stärkste Triebfeder, der frei wirkende Fleiß der Menschen, die freie Tatkraft, der freie Erfindungs- und Unternehmungsgeist, geraubt wurde.

In der Sozialordnung der germanischen Völkerstämme, die weit mehr durch rohe Gewalt als durch religiöse Lehre zum Christentum bekehrt wurden, gab es allerdings auch eine Scheidung in Freie und Unfreie. Aber diese war nicht eine besonders schroffe. Man unterschied zwei Klassen von Unfreien: Hörige und Knechte. Die Hörigen setzten sich zusammen größtenteils aus solchen Männern, die, weil verarmt, sich freiwillig einem Herrn zu eigen gaben, um leben zu können; sodann aus solchen, die der Leidenschaft des Spiels ihr Besitztum und ihre persönliche Freiheit zum Opfer gebracht hatten, und aus den Nachkommen beider. Sie hatten die erbliche Verpflichtung, Haus und Acker des Herrn zu bewirtschaften und ihm Zins in Naturalien zu entrichten, wie sie Acker, Wald und Weide boten. Auch genossen sie insofern eine besondere Auszeichnung vor den Knechten, als sie zum Kriegsdienst herangezogen, mithin der nach germanischen Begriffen höchsten Ehre des Mannes teilhaftig wurden. Sie konnten nach Belieben des Herrn freigelassen werden. Die Knechte waren meistens Kriegsgefangene, das volle Eigentum des Herrn und zu den niedrigsten Dienstleistungen verpflichtet. Jedoch wurden die Unfreien, Hörigen und Knechte im allgemeinen gut gehalten.

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln
gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 41 02 49 4400 münster roxel

Vereine, die aber schon zur Zentralisation drängten. Gleichzeitig brachen überall Streiks aus, die infolge der guten Konjunktur alle erfolgreich für die Arbeiter verliefen. Die Organisationen gewannen an Ansehen und erstarkten rasch. Tausende und Abertausende erwarben in kurzer Frist das Mitgliedsrecht. Aufgestachelt durch ihre Erfolge wuchs die Energie und das Klassenbewußtsein der Arbeiter. Ein Beispiel der schönsten Solidarität zeitigte ein Streik der Weber und Kämmerer in Bradford. Ein Teilstreik in einigen Fabriken war von den Unternehmern mit einer Aussperrung der gesamten Weber beantwortet worden und drei Monate lang haben ihre Klassengenossen aller Berufe — der Handwerker wie der Fabrikarbeiter — diese 3000 Weber regelmäßig unterstützt. Der Kampf endete mit dem Siege der Ausgesperrten. Der Erfolg hob die zersplitterte Arbeiterbewegung zu einer Klassenbewegung empor und zum erstenmal trat die organisierte Arbeiterschaft an die Oeffentlichkeit.

Doch die Reaktion folgte auf dem Fuße. Nach der Periode des flotten Geschäftsganges setzte eine verheerende Krise ein. Es war ein völliger Zusammenbruch. Von den 372 Millionen Pfund Sterling, die das Kapital der gegründeten und projektierten Gesellschaften bildeten, erhielten sich nur 102 Millionen Pfund. Die fehlenden 270 Millionen waren in Schwindelunternehmungen angelegt und für die Aktienbesitzer verloren. Innerhalb sechs Wochen verkrachten 70 Banken. Die Bank von England verweigerte die Annahme von Wechseln und die Staaten, die Anleihen gemacht hatten, zahlten keine Zinsen. Das ganze Wirtschaftsleben war vollkommen zerrüttet. Die Arbeiterschaft hatte unter den Folgen der Krise am meisten zu leiden. Wiederum war sie den größten Entbehrungen und der Verelendung überliefert. Die Gewerkschaften waren bald völlig mittellos und konnten diesem Elend gegenüber nichts unternehmen. Sie gingen massenhaft ein.

In dieser Zeit erreichten auch die Kämpfe um die Wahlreform ihren Höhepunkt. Die Mittelklasse kämpfte um ihre politischen Rechte. Auch ein Teil der Arbeiterschaft, besonders die industrielle, leistete ihr Gefolgschaft. Hoffte sie doch auch, auf politischem Wege durch parlamentarischen Einfluß ihre Lage verbessern zu können. Die Handwerker suchten ihre alte zunftgerechte Organisation wieder aufzurichten. Ganz bildeten sie ihre alte Organisationsform allerdings nicht wieder. Der Gedanke der Zentralisation war lebendig geblieben. Die einzelnen Berufe bildeten distriktsweise Zentralverbände. Deutlich läßt ein Aufruf in der „Trades free Preß" vom 2. Dezember 1827 die Stimmung erkennen. Es heißt dort: Arbeiter, Brüder, wir wissen, was Ihr leisten könnt — wir wissen, was Ihr im großen Bradfordstreik zur Unterstützung der armen Tuchweber getan habt. Wenn Ihr so viel für andere tun konntet, wenn Zimmerleute, Bauarbeiter so viel für die Weber tun konnten, was könnten sie, was sollten sie; ein jeder für seinen Beruf, erst tun. Eure Solidarität war ausgedehnt, und durch die Ausdehnung geschwächt; konzentriert Eure Solidarität und widmet sie Euch selbst. Sammelt Geldfonds, solange Ihr noch etwas übrig habt, um Eure respektiven Berufe vor vernichtenden Lohnreduktionen zu bewahren." Auch eine Gewerkschaftszentrale entstand. Eine „General-Union der Gewerkvereine, die auf Gemeinsamkeit der Interessen beruhen und einem jeden Gelduntersützung in dringenden Fällen und genügende Hilfe in Zeiten unvermeidlicher Not gewähren würde." Das innere Wesen dieser Handwerkergewerkschaften war noch sehr vom Zunftgeist durchdrungen. Man wollte nicht die ganze Unternehmerklasse bekämpfen, sondern unter Umständen mit Hilfe der guten, die schlechten, „bösen" Meister. Ferner verlangten sie den Schutz der Kleinproduzenten gegenüber den leistungsfähigen Großbetrieben durch Besteuerung der Maschinen und Maschinenprodukte.

Diese Gewerkschaften der Handwerker sollten bald die führende Rolle in den Kämpfen der Arbeiter übernehmen. Mit der Durchführung der Wahlreform von 1832 hatte das aufstrebende Bürgertum seine Forderungen verwirklicht. Die Arbeiterklasse war gänzlich leer ausgegangen, und zum Hohn überschüttete die befriedigte Bourgeoisie sie noch mit Verschlechterungen des Koalitions- und des Armenrechtes. Enttäuscht kehrten die Arbeiter der ganzen politischen Aktion den Rücken und wandten sich wieder in verstärktem Maße den Gewerkschaften zu. Neben den Gewerkschaften entstand eine lebhafte Agitation für die Genossenschaften. Der Leiter dieser Bewegung war der bekannte Sozialreformer Robert Owen. Auch diese Bewegung war antiparlamentarisch und wollte auf friedlichem Wege durch Produktivgenossenschaften die Lösung der sozialen Frage herbeiführen. Die Ideen Owens fanden in der Arbeiterschaft begeisterte Zustimmung. Hier wurde ihnen in schönster Farbenpracht eine utopische Zukunft gemalt. Bis ins einzelne war das Ziel beschrieben. Das goldene Zeitalter, das endlich Glück und Erlösung bringen sollte, schien nahe zu sein. Aber über die Form und die Art, wie man dieses lockende Ziel verwirklichen wollte, war man sich höchst unklar. Owen verschmähte die politische Aktion, er wollte auch keinen Klassenkampf. Er war eben Philantrop und er hoffte zu guter Letzt die Erlösung der Armen durch wohlgesinnte Reiche. Die Gewerkschaften nahmen die Idee der Produktivgenossenschaften auf; aber auf ihrer Klassenkampftaktik beharrten sie. Die ersten, die sich den Plänen der Genossenschaftler zugänglich erwiesen, waren die Bauarbeiter.

Aus dem Baugewerbe.

Die preußische Denkschrift über die Verluste der Bauhandwerker und Baulieferanten in Groß-Berlin. — Feststellung der schwersten Schäden, aber keine Abhilfe. — Im Banne der Denkweise des Terrainkapitals. — Terrainpreise, Ueberproduktion und Bauschwindel. — Besitzwechselabgaben. — Gründungen von Schutzverbänden. — Abschluß der Internationalen Baugesellschaft in Frankfurt a. M. — Holzmann & Co., G. m. b. H. — Verluste der Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten.

Auch die schwärzesten Annahmen über den Umfang des Bauschwindels werden durch die Feststellungen der preußischen Denkschrift über die Verluste der Bauhandwerker und Baulieferanten in Groß-Berlin übertroffen. Die Untersuchungen erstrecken sich auf die Jahre 1909 bis 1911 und ergeben, daß ohne Berücksichtigung öffentlicher Bauten während dieser Zeit in Groß-Berlin 6962 Gebäude, von Schuppen und kleineren Baulichkeiten abgesehen, im Gesamtbauwert von M. 1154 Millionen errichtet worden sind. An 2818 Gebäuden, gleich 40½ pZt., wurden Verluste in Höhe von M. 20½ Millionen angemeldet, gleich 41,41 pZt. der gefährdeten Forderungen, das heißt Forderungen, bei denen ein Teil in Verlust geraten ist. Von diesen 2818 Gebäuden kamen nicht ganz die Hälfte, und zwar 1378, zur Zwangsversteigerung, bei der 43,30 pZt. der gefährdeten Forderungen ausfielen. Die Verlustziffern betrugen im Verhältnis zu den Neubauwerten bei Villen nur 0,68 pZt., bei Geschäftshäusern und Fabriken 0,81 pZt., dagegen bei Wohnhäusern mit Erdgeschoß 1,97 pZt. Das unsolide Bauwesen findet sich also hauptsächlich bei diesen Wohnhäusern, so betont die Denkschrift, wobei zu bemerken ist, daß insgesamt 5252 derartige Wohnhäuser, das sind Mietskasernen, mit einem Bauwerte von M. 973 Millionen errichtet wurden, von denen rund an 50 pZt. Verluste zu beklagen waren und etwa ebenso viele auf dem Zwangswege versteigert wurden.

Hält man daran fest, daß fast jede zweite Mietskaserne, die in Groß-Berlin zwischen 1909 und 1911 errichtet wurde, „notleidend" wurde, und bei den 1378 zwangsversteigerten Gebäuden die Lieferanten und Bauausführenden 50 pZt. ihrer Forderungen verloren, so besitzt man ein klares Bild der furchtbaren Wirtschaft des Bauschwindels, das auch die längsten Verteidigungsreden zugunsten der Spekulation nicht mehr zu verdunkeln vermögen. Unter den Formen des Bauschwindels, die die Denkschrift schildert, ist die folgende besonders charakteristisch: Der Terrainbesitzer sucht durch Strohmänner Leute, die seine schwerverkäuflichen Grundstücke an vermögenslose und mit dem Geschäft nicht vertraute Personen zu hohen Preisen loßschlagen. Die Preise werden dabei oft um 50 bis 100 pZt. zu hoch angesetzt. Der Käufer muß sich verpflichten, den Bau bestimmten Handwerkern und die Lieferungen bestimmten Firmen zu übertragen. Hierfür und für die Kaufvermittlung selbst werden hohe Provisionen berechnet. Das Baugeld besorgt die Terraingesellschaft oder ein Vermittler von Privatpersonen oder besonderen, mit derartigen Geschäften vertrauten Firmen, die häufig die ihnen eingeräumte Baugeldhypothek schleunigst weiter verpfänden. Oft zediert der Unternehmer noch das ganze Baugeld an eine Person, die den Bau in Generalentrepriſe übernimmt, zur Auszahlung. Vor oder gleich nach Verbrauch des Baugeldes, aus dem die Handwerker und Lieferanten nur teilweise befriedigt werden konnten, wird das Grundstück dann zur Zwangsversteigerung gebracht. Dabei bringt der Terrainbesitzer selbst oder ein sonst an der Bauausführung Interessierter häufig unter Gründung einer Gesellschaft m. b. H. das Grundstück an sich. Mindestens die Ausbauhandwerker fallen dabei mit einem großen Teil ihrer Forderungen aus.

Auf dem Kongreß der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie samt den Gesetzgebungsfragen, der kürzlich tagte, hat der Geheime Justizrat Professor Dr. Erman, ordentlicher Professor der Rechte an der Universität Münster, einige Leitsätze über das Hypotheken- und Grundstückswesen aufgestellt und begründet, die nicht geringe Entrüstung in den an der Terrain- und Bauspekulation beteiligten Kreisen hervorgerufen haben. Erman sagt unter anderm: „Das Hypothekenwesen selbst wirkt volksschädlich, indem es ermöglicht, für Wuchergeschäfte aller Art einem als Eigentümer eingetragenen bloßen Strohmann das juristische und moralische Risiko aufzubürden, während die Hypothekare ungefährdet

---

Was aber brachte die Herrschaft des Christentums den Germanen? Unter dem Zusammenwirken von geistlicher und weltlicher Macht wurde die wichtigste Grundlage der altgermanischen Sozialordnung, die Agrarverfassung, die jedem Freien gleichen Anspruch auf Landnutzung gewährte, durchbrochen und schließlich vernichtet. Es entstand der im Feudalismus gipfelnde aristokratische Großgrundbesitz.

Vor allem die kriegerische Eroberungspolitik „Karls des Großen" wirkte verhängnisvoll in dieser Richtung. Durch Einführung einer grausamen Heerbannpflichtigkeit bahnte er die Vernichtung des freien Bauernstandes an. Diese Pflichtigkeit bestand darin, entweder selbst in den Krieg zu ziehen, oder zu demselben beizusteuern. Wer ihr nicht genügte, mußte eine ungeheure, nur den wenigsten erschwingliche Geldstrafe zahlen, und wer nicht zahlte, wurde gepfändet, auf Haus und Hof zu verzichten und mußte mit Weib und Kind durch harte Fronarbeit auf den Domänen des Gewalthabers die Strafe „abverdienen". Dieser Despotismus bewog die Masse der kleinen Grundeigentümer, für die der alljährlich an sie ergehende Aufruf zum Heerbann nichts anderes als ein Ruf zum Tode in fernen Landen war, zu verzichten auf das Erbteil der Väter, den freien Grundbesitz und die persönliche Freiheit, sich in die eine Verpflichtung zum Kriegsdienste ausschließende Leibeigenschaft oder Hörigkeit unter weltlichen oder geistlichen Herren zu begeben. Die Kirche stand den weltlichen Großen nicht nach in dem Bemühen, möglichst viel Grundbesitz und Leibeigene zu erwerben.

Das war, wie der Historiker Gibbon bemerkt, der vom christlichen Despotismus erzwungene „legale Selbstmord" der freien Bauern. Wahrlich, das Christentum erhob sich mit seiner „gottgewollten" Sozialordnung nicht über die des Heidentums. Herder (Ideen zur Philosophie der Geschichte, 18. Buch) spricht ihr wie folgt das Urteil:

„Europa ward voller Menschen, aber voll leibeigener Knechte; die Sklaverei, die diese drückte, war um so härter, da sie eine christliche, durch politische Gesetze und das blinde Herkommen in Regeln gebrachte, durch Schrift bestätigte, an die Erdscholle gebundene Sklaverei war. Die Luft machte eigen; wer nicht durch Verträge entbunden oder durch seine Geburt ein Despot war, trat in den angeblich natürlichen Zustand der Zugehörigkeit oder Knechtschaft."

Und weiter lesen wir da: „Solange man Land und Leute nicht als einen nutzbaren, in allen Teilen und Produkten organischen Körper, sondern als ein unteilbares, totes Besitztum betrachtete, das der Krone oder der Kirche, oder dem Stammhalter eines edlen Geschlechts in der Qualität eines liegenden Grundes, zu welchem Knechte gehören, zustünde, solange war der rechte Gebrauch dieses Landes samt der wahren Schätzung menschlicher Kräfte unfaßlich behindert. Der größte Teil der Länder war eine dürftige Almende, an deren Erdschollen Menschen wie Tiere klebten, mit dem harten Gesetz, nie davon losgetrennt werden zu können. Handwerk und Künste gingen desselben Weges. Von Weibern und Knechten getrieben, blieben sie lange auch im großen eine Hantierung der Knechte; und als Klöster, die ihre Nutzbarkeit aus der römischen Welt kannten, sie in ihre Klostermauern gezogen, als Kaiser ihnen Privilegien städtischer Zünfte gaben, war dennoch der Gang der Sache damit nicht verändert. Wie können Künste sich erheben, wo der Ackerbau daniederliegt? Wo die erste Quelle des Reichtums, der unabhängige, gewinnbringende Fleiß der Menschen und mit ihm alle Bäche des Handels und des freien Gewerbes versiegen, wo nur der Pfaffe und der Krieger gebietende, reiche, besitzführende Herren waren?"

Die Lasten des Leibeigenen bestanden hauptsächlich im Frondienste mancherlei Art, besonders in Feld-, Forst-, Jagd- und Baufronden, die meist sehr drückend waren; ferner in den an die Herrschaft zu leistenden Naturalien- oder Geldabgaben, darunter auch solche für die vom Herrn einzuholende Erlaubnis, zu heiraten. Der Herr hatte Anspruch auf das beste Stück aus dem Mobiliarnachlaß eines verstorbenen Leibeigenen. Der Leibeigene durfte die ihm überlassene Leibstätte nicht verlassen ohne Genehmigung des Herrn, dieser jedoch konnte ihn jederzeit davon vertreiben. Er war dem Züchtigungsrecht des Herrn unterworfen; nahm dieser ihm das Leben, so war keine höhere Strafe verwirkt, als Zahlung eines geringen Wehegeldes an die hinterbliebene Familie. Die Leibeigenschaft erlosch durch Freilassung; diese erfolgte teils durch ausdrückliche Erklärung, teils durch stillschweigendes Zugeständnis des Herrn, teils auch durch richterliche Erkenntnis, und zwar in ersterem Falle entweder unentgeltlich oder gegen ein für den Freibrief zu zahlendes Losgeld. Durch stillschweigendes Zugeständnis trat eine Freilassung ein, wenn der Leibherr es mit seinem Wissen geschehen ließ, daß ein Leibeigener sich aller persönlichen Dienst- und Zinspflichtigkeit entzog oder wenn ein Leibeigener, ohne um seine angeborene Abhängigkeit zu wissen und ohne vom Leibherrn beansprucht oder reklamiert worden zu sein, längere Zeit als freier Mensch in einer Stadt gelebt hatte.

Die Befreiung aus der Leibeigenschaft durch richterliches Erkenntnis konnte auf Anrufen des Leibeigenen erfolgen, wenn der Leibherr sich gegen ihn grobe Mißbräuche zuschulden kommen ließ, in welchem Falle auch das Loskaufgeld in Wegfall kam, oder wenn derselbe die Freilassung an gewöhnliche Bedingungen knüpfte. Uebrigens wurde unterschieden zwischen einer vollkommenen Freilassung (Manumissio plena) und einer beschränkten Freilassung (Manumissio minus plena); jene wurde gewonnen in der Absicht, jegliches Verhältnis zum Leibherrn zu lösen, mit ihm in keinerlei pflichtiger Verbindung zu bleiben, diese hingegen zu dem Zwecke, das bisher als Leibstätte innegehabte Gut fürderhin als Erbpachtgut nach den Grundsätzen persönlicher Freiheit zu benutzen und dafür gewisse Reallasten, die je nach Uebereinkunft in Fronden, Zehnten oder Zinsen bestanden, zu tragen.

den Wuchergewinn erhoffen. So schon bei der Errichtung der Mietskasernen, wenn etwa der Kaufpreishypothekar, gedeckt durch einen insolventen Eigentümer und Bauunternehmer, die Baugläubiger auszurauben sucht. Aber ebenso auch, wenn die fertiggestellte Mietskaserne, überteuert und mit Hypotheken überlastet, einem mittellosen Eigentümer übertragen wird, der mit allen Mitteln versuchen muß, die Mieten und damit die Bodenpreise so hoch zu treiben, daß der gestiegene Bodenpreis die jeweilige Hausentwertung wettmacht. Diese sogenannten Hauseigentümer suchen sich dann nur zu leicht von dem stets drohenden Ruin dadurch zu retten, daß sie Mietswucher treiben oder Bordellrenten aller Art beziehen — zum Vorteile des Hypothekenkapitals. Mit dem Unfug dieser Strohmännereigentümer verknüpft sich der der betrügerisch hohen Taxen, um möglichst hohe Hypotheken zu erlangen."

Weniger Anstoß als an den temperamentvollen Schlüssen des Professors Erman, der sich für viele seiner Behauptungen auf die preußische Denkschrift berufen konnte, werden die Leute der Terrainspekulation an den Folgerungen der preußischen Denkschrift selbst nehmen. Ganz in Uebereinstimmung mit den Wünschen des Terrainkapitals verwirft die Denkschrift nämlich die Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes zum Schutze der Bauforderungen, weil dadurch angeblich die Bauausführung, zum Schaden der kleinen selbständigen Bauhandwerker, mehr in die Hand der kapitalstarken Baugesellschaften übergehen würde. Daß dieser vermeintliche Schutz des Mittelstandes durch die von dem Verfasser der Denkschrift selbst errechneten Verluste desselben Mittelstandes, also mit seiner Ausplünderung erkauft wird, sollte, wie man meinen müßte, doch nicht allzu schwer zu erkennen sein. Allerdings glaubt die Denkschrift an Bauschwindel nur dann, wenn die Verluste der Handwerker mehr als 5 pZt. betragen, nach ihren weiteren Berechnungen kann von derartigen Fällen „nur" bei 11 pZt. der Mietshäuser gesprochen werden. Nun ist auch dieser Prozentsatz für mäßige Ansprüche sicherlich noch immer hoch genug; aber die Denkschrift irrt in den Hauptpunkten. Sie will den eigentlichen Grund der Verluste in der Ueberproduktion erkennen. Das Vorhandensein einer Ueberproduktion bestreiten wir gewiß zu allerletzt, wir haben seit Jahren darauf hingewiesen, aber wir haben ebenso oft und entschieden konstatiert, daß diese Ueberproduktion nur deshalb so wild wuchern konnte, weil die Terrainspekulation unter der geltenden Gesetzgebung das Risiko baulicher Erschließung letzten Endes auf die Handwerker und Lieferanten abwälzen konnte. Ueberproduktion und Bauschwindel sind hier untrennbare Erscheinungen. Ganz im Banne der Denkweise des Terrainkapitals stehen die Urteile der Denkschrift über den Einfluß der Terrainpreise auf die Bauverluste. Dieser Einfluß wird recht gering eingeschätzt, da selbst eine Verteuerung des Terrains um 100 pZt. erst für das gesamte bebaute Grundstück 7 bis 10 pZt. ausmacht. Das wirkt um so krasser, da die Denkschrift die Höhe der Besitzwechselabgabe wohl als Ursache des Ausfalls von Handwerkerforderungen gelten läßt. Nun haben die Besitzwechselabgaben den Zorn der Terrainspekulation in erster Reihe deshalb hervorgerufen, weil dadurch die Vorbereitung zum Bauschwindel, nämlich der Verkauf von Terrains an vermögenslose Leute, erschwert wird, was besonders deutlich bei der Wertzuwachssteuer zu erkennen ist, da diese Steuer nur von gewinnreichen Verkäufen zu entrichten ist. In jedem Falle aber tragen die höchsten Besitzwechselabgaben weit weniger zur Verteuerung der Grundstücke bei als die Profite der Terrainspekulationen.

Hausse in Groß-Berlin unter der Regie des Großkapitals das Baulöwentum am schlimmsten, was sich schon aus der großen Ausdehnung des in Frage kommenden Gebiets erklärt, so ist doch auch in zahlreichen andern Großstädten Deutschlands die Lage des Baumarktes durch die gleichen und ähnliche Machenschaften erschüttert worden. Daß diese Schäden recht tief sitzen müssen, zeigen auch die Gründungen von Schutzverbänden für die Bauindustrie in einer ganzen Reihe von Städten. So ist kürzlich ein Bauschutzverband Duisburg gegründet worden, ferner ist in einer jüngst in Düsseldorf abgehaltenen Versammlung eine Kommission zur Gründung eines Bauschutzverbandes Düsseldorf gewählt worden; schließlich ist noch in Lübeck der Beschluß gefaßt worden, einen Bauschutzverein zu gründen. Die entsprechende Sitzung, die unter der Leitung der dortigen Gewerbekammer stattfand, hat ebenfalls eine Kommission erwählt, um die Maßnahmen in die Wege zu leiten. In Hamburg und Bremen sind bereits vor einiger Zeit Schutzverbände gegründet worden.

Von der Internationalen Baugesellschaft in Frankfurt a. M. wird für das Jahr 1913 wieder eine Dividende von 12 pZt. verteilt. Das Unternehmen ist eine weitverzweigte Finanzierungsgesellschaft; zu ihren Interessentenkreisen gehört die Firma Philipp Holzmann & Co., G. m. b. H., durch die die Ausführung der meisten ihrer Bauten erfolgt. Von der Firma Holzmann, deren Anteile sich im Besitze der Internationalen Baugesellschaft befinden, wurde für 1913 eine Dividende von 15 pZt. bezahlt. — Ungünstig schneidet die Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbauten in Frankfurt a. M., die im Vorjahre schon einen Verlust von rund M. 50 000 erlitt, für das Jahr 1913 ab. Die Bilanz ergibt einen neuen Verlust von M. 280 000, der durch die Reserven gedeckt wird. Zu dem Verlust haben vornehmlich die Karlsruher Kanalbauten beigetragen. Neu übernommen und in Ausführung begriffen sind unter anderm die Erdarbeiten für den Verschiebebahnhof München-Ost, das Genesungsheim in Münster i. E. für die Pensionskasse der Reichseisenbahnen, ein Geschäftshausneubau in Straßburg i. E., der Hafen für die Stadt Recklinghausen, die Hafenanlage in Börnig für die Gewerkschaft „Friedrich der Große" in Herne, eine Sperrmauer in Höhr i. Westerwald für die Koblenzer Straßenbahngesellschaft, Getreidesilos in Worms und Wohnhäuser in Knapsack bei Cöln. Das Aktienkapital der Gesellschaft für Hoch- und Tiefbauten beträgt drei Millionen Mark.

Neunter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

München, 27. Juni 1914.

In dem von den Münchner Gewerkschaften mit künstlerischem Geschmack dekorierten Kindlkeller-Saal tagte in der soeben abgelaufenen Woche der neunte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Wenn München fast in der ganzen Welt den Ruf einer bierseligen Stadt genießt, in der kaum andere Interessen größere Beachtung fänden, so lehrten die Tafeln an den Wänden des Verhandlungssaales etwas anderes: in der etwas über 600 000 Einwohner zählenden bayerischen Hauptstadt haben es die freien Gewerkschaften bereits auf eine Stärke von 64 000 Mitgliedern gebracht.

Montag früh eröffnete Legien namens der Generalkommission den Kongreß mit einer Begrüßung der etwa 450 Delegierten, insbesondere der zahlreich erschienenen ausländischen Vertreter. Seit dem Dresdner Kongreß ist eine schwere wirtschaftliche Krise hereingebrochen, hat eine neue verstärkte Hetze gegen die Gewerkschaften eingesetzt. Trotzdem ist in den verflossenen drei Jahren ein gewaltiger innerer und äußerer Aufstieg zu verzeichnen. Zur Tagesordnung übergehend, meinte Legien, man hätte vielleicht vorsichtiger manche Punkte weglassen können, die politisch klängen, nachdem die Gewerkschaften für politisch erklärt werden sollen; aber wir lassen uns das Recht nicht nehmen, Dinge zu behandeln, die im Interesse der Arbeiterschaft gelegen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Die Situation ist heute ähnlich wie auf dem Frankfurter Kongreß; damals war die Zuchthausvorlage bereits angekündigt. Man will heute verschärften gesetzgeberischen Schutz der Streikbrecher und will damit den Aufstieg der Arbeiterklasse zu höherer Kultur verhindern. Wir wünschen solche Verschärfungen nicht im Interesse einer friedlichen Entwicklung, aber wir fürchten sie auch nicht. (Lebhafte Zustimmung.) Die Verhandlungen des Kongresses werden hoffentlich dazu beitragen, daß wir nach Schluß der Verhandlungen einiger sein werden als zuvor.

Im Namen der Münchner Gewerkschaften begrüßte Timm die Gäste und Delegierten und gab einen Ueberblick über die Entwicklung der Münchner Gewerkschaftsbewegung. Zu Vorsitzenden des Kongresses wurden gewählt: Legien (Generalkommission), Schlicke (Metallarbeiterverband und Leipart (Holzarbeiterverband).

Der Bericht der Generalkommission.

Legien erstattete den Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Er kam auf den neuesten Versuch des Berliner Polizeipräsidenten, die Generalkommission und die ihr angeschlossenen Organisationen für politisch zu erklären, zu sprechen und meinte, die Gewerkschaften wollen nicht politisch werden, auch wenn man sie dazu polizeilich erklärte. Wir könnten ja auch ungehindert politisch sein bis zur Erschöpfung, wenn es sich nicht gerade um die Sozialdemokratie handeln würde. (Zustimmung.) Der ganze Zweck der Aktion scheint zu sein, aus unserer Organisation die Jugendlichen hinauszubringen. Wir lassen uns aber unsere proletarische Jugend nicht nehmen (stürmische Zustimmung), und wir werden die Form zu finden wissen, in der wir uns die proletarische Jugend erhalten. Dann ermahnte Legien zum Frieden und zur Einigkeit bei der Besprechung der Differenzen, die aus den Grenzstreitigkeiten entstehen. Zur Erklärung des Mitgliederrückganges im letzten Jahre führte Legien an, daß nach einer Statistik des Buchdruckerverbandes 1913 etwa 8 pZt. der Mitglieder zum Militär abgemeldet wurden gegen 2 pZt. in den Vorjahren, was, umgelegt auf die Gesamtmitgliedergahl der Gewerkschaften, einen Mitgliederverlust von 25 400 betragen würde.

In der Diskussion zum Geschäftsbericht machte Kollege Horter-Karlsruhe auf die Wichtigkeit der Ausländerfrage aufmerksam. Für unsere deutschen Gewerkschaften spiele diese Frage eine immer größere Rolle. Hunderttausende von Ausländern sind alljährlich in den verschiedensten Berufen in Deutschland beschäftigt. Der Hauptteil davon entfällt auf das Baugewerbe, insbesondere auf das Beton- und Tiefbaugewerbe. Aber auch Bergarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter, Fabrikarbeiter haben mit Ausländern zu rechnen. Diese drücken durch ihre Bedürfnislosigkeit auf die Kultur unserer Arbeiter. Sie wohnen fast überall in Massenquartieren unter den allerschlimmsten Verhältnissen. Auch in der Kleidung drückt sich vielfach ihre kolossale Bedürfnislosigkeit aus. Nun ist gewiß im Laufe der Jahre von verschiedenen Berufen unter diesen Ausländern Agitation getrieben worden, aber nicht energisch genug, wie die geringe Zahl der organisierten Ausländer beweist. Besonders die Italiener organisieren sich ungern, sie wechseln lieber ihre Arbeitsstelle, als daß sie Beiträge für die Organisation zahlen. Aber da es sich um eine riesig große Zahl von Arbeitern handelt, besteht darin eine Gefahr für den weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse. Die Italiener drücken noch vielfach die Löhne und halten auch nicht die tarifliche Arbeitszeit ein. Die italienische Parteipresse erfüllt ihre Pflicht nicht. Statt daß sie die Arbeiter anweist, sich, wo sie hinkommen, der Organisation anzuschließen, beschimpft und beleidigt sie die Organisation. (Hört! hört!) Besonders über das Einsammeln der Beiträge in Deutschland machen sich die Italiener lustig. Dabei hätten die Verhältnisse im eigenen Lande sie doch längst davon überzeugen müssen, daß nicht sie, sondern wir auf dem richtigen Wege sind. Ebenso ist die Berichterstattung über italienische Verhältnisse in unserer Parteipresse durchaus nicht auf der Höhe. Mit der Verherrlichung des Generalstreiks kommen wir nicht vorwärts. Wir müssen alles tun, um den Italienern klarzumachen, daß die deutschen Arbeiter sich den heutigen Zustand auf die Dauer nicht gefallen lassen können. Wir halten es für richtig, daß die Gewerkschaftskartelle unter den Ausländern Agitation treiben und daß die Generalkommission jedes Frühjahr, wenn die Einwanderung beginnt, ein Flugblatt herausgibt, in dem die Ausländer auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht werden.

In demselben Sinne sprach Kollege Paeplow zur Ausländerfrage. Wir müßten den Organisationen und den Vorgängen im Auslande viel mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher. Es muß kräftig unterstrichen werden, daß auch unsere übrigen Arbeiterorgane nicht in der Weise wie bisher über die Vorgänge im Auslande berichten dürfen. Sie sollen nicht die ausländischen Organisationen verhimmeln, hinter denen mitunter nur große Worte stecken. (Sehr richtig!) Die Organisationen des Auslandes machen uns mitunter lächerlich, sie ziehen uns in den Kot. Dabei lassen sich gerade diese Arbeiter alles bieten. Wir sehen, daß die Arbeiter der romanischen Länder 12 und 13 Stunden zu den erbärmlichsten Löhnen arbeiten und nicht zu bewegen sind, sich uns anzuschließen. Trotzdem wir jahrein, jahraus Hunderttausende aufwenden, um diese ausländischen Organisationen zu unterstützen, müssen wir es uns gefallen lassen, daß wir von den Stellen, die berufen sind, für die Arbeiterorganisationen zu wirken, in den Kot gezogen werden. Die Generalkommission muß beauftragt werden, sich mit den Instanzen in Verbindung zu setzen und alles, was von dort kommt, scharf unter die Lupe zu nehmen und zurückzuweisen. — Zur Ausländerfrage sprachen noch Niendorf (Tabakarbeiter) und Martha Hoppe (Textilarbeiterin). Der Kongreß nahm eine Resolution an, die im Sinne der Ausführungen Horters gehalten ist. Er erneuerte auch die früheren Beschlüsse, daß die organisierte Arbeiterschaft auf die Zuführung ihrer erwerbstätigen Angehörigen zu den Gewerkschaften bedacht sein müsse.

Der Vertreter der Handlungsgehilfen, Langer-Berlin, nahm Anstoß an der Beteiligung hervorragender Mitglieder der Generalkommission an der Gesellschaft für Soziale Reform, deren Organ, die „Soziale Praxis", beim Konkurrenzklauselgesetz rein die Unternehmerinteressen vertreten habe. Auch Giebel-Berlin von den Bureauangestellten hielt diese Verbindung für unzulässig; es werde Verwirrung und Unklarheit in die Massen getragen, wenn wir mit diesen Leuten zusammenarbeiten. Diese Befürchtungen werden vom Kongreß nicht geteilt. Robert Schmidt-Berlin, Kollege Paeplow, Wissel (Zentralarbeitersekretariat) und besonders nachdrücklich Umbreit (Generalkommission) betonten, daß wir überall, wo ehrlich Sozialreform gewollt werde, mit arbeiten müssen und nicht andern Organisationen die Beeinflussung sozialreformischer Vereinigungen überlassen dürfen. Ja, die Mehrheit der Redner sprach sich unter allgemeiner Zustimmung des Kongresses dafür aus, daß sich die Gewerkschaften an diesen sozialreformischen Veranstaltungen eigentlich noch zu wenig beteiligen. Den Gewerkschaften könnten diese Stützpunkte in den sozialpolitischen Gesellschaften in ihrem Kampf gegen die reaktionäre Gesetzgebung nicht unliebsam sein. Mehr als zuvor sollten die Gewerkschaften dahin wirken, ihrem Standpunkt zu den sozialpolitischen Fragen auch von diesen Stellen aus Geltung zu verschaffen. Im übrigen wurde die Tätigkeit und die Initiative der Generalkommission in allen wichtigen Tagesfragen anerkannt.

Die Verhandlungen am zweiten Tag begannen mit einem eingehenden Referat der Leiterin des Arbeiterinnensekretariats, Gertrud Hanna-Berlin, namentlich über die Frauenarbeit; in dieser dürfen die männlichen Arbeiter nicht bloß Lohndrückerei erblicken, sondern sie müssen in Uebereinstimmung mit den denkenden Arbeiterinnen dafür eintreten, daß die Frau zur Qualitätsarbeiterin herangezogen werde und für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhält wie der Mann. In der kurzen Diskussion wies Frau Kehler-Berlin auf die Notwendigkeit hin, die Hausangestellten zu organisieren. Der Arbeitersekretärin wird der Dank für ihre fleißige Tätigkeit ausgesprochen.

Mehr Sozialpolitik — eine dringende Notwendigkeit.

Es folgte das interessante Referat des Leiters der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission, Robert Schmidt-Berlin. Er begann mit dem Hinweis auf den sozialpolitischen Stillstand Deutschlands, das in der letzten Zeit hinter fast allen Staaten des Auslandes zurückgeblieben ist. Das Unternehmertum behauptet, daß die deutsche Industrie eine weitere Belastung nicht mehr ertragen könne. Eine solche Behauptung werde aufgestellt

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster g. gutt KG essen + köln

angesichts der Tatsache, daß der Reichtum der Kapitalisten immer größere Dimensionen angenommen hat. 300 Kapitalskönige haben heute Europa in der Hand. Das um für sich Profite herauszuschlagen. In dieser schrankenlosen Ausbeutung des Nationalreichtums durch das Privatkapital liege eine schwere Gefahr für unser Wirtschaftsleben. Während man so im eigenen Interesse die Allgemeinheit braucht, suche die Scharfmacherhetze die Arbeiterklasse am Aufstieg zu hindern.

Der Redner gab dann eine Uebersicht über die tatsächlichen Verhältnisse in der Arbeiterschaft, über die Verteuerung der Lebenshaltung, das Elend der Land- und Heimarbeiter. Es sei die große sozialpolitische Aufgabe des deutschen Reiches, an diesen Zuständen zu rütteln und sie zu ändern. Und je mehr die Gesetzgebung versage, desto notwendiger werde die Selbsthilfe der Arbeiter. Die Gewerkschaften könnten manches erreichen, aber dazu bedürften sie der Bewegungsfreiheit nach allen Seiten und der Gleichstellung mit den Gegnern. (Lebhafte Zustimmung.) Die Gewerkschaften hätten den Weg der Gesetzlichkeit bisher nicht verlassen. Wenn man sich aber unter ein Ausnahmegesetz stelle, und die herrschenden Kreise den Boden des gleichen Rechts verlassen, dann sei auch für die Gewerkschaften die Grundlage der Taktik verschoben. (Sehr richtig!) Die hohen Werte, die die Gewerkschaften und Genossenschaften auf politischem Gebiet geschaffen, könne man nicht mehr gewaltsam vernichten. (Lebhafte Zustimmung.) Das Ideal einer großen aufwärtsstrebenden Schicht, das in der Hoffnung auf die Zukunft seine Kräfte erblickt, sei nicht zu vernichten durch rohe Gewalt, wohl aber werde der Glaube gefestigt werden an das Gerechte und das Sieghafte ihrer Idee. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion begründete Brückner-Berlin einen Antrag, die Arbeiterschaft nachdrücklicher auf die großen Unfallgefahren und deren Folgen hinzuweisen und von den zuständigen Behörden schärfere Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter sowie ein völliges Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen an gefährlichen Maschinen zu verlangen. Der Antrag wurde angenommen, ebenso ein Antrag Bauer, der eine schleunige Aenderung der völlig unzureichenden Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden vorsieht. — Sabbath-Berlin (Schneider) begründete eine Resolution, betreffend Heimarbeiterschutz, in der ausgeführt wird, daß der Kongreß die Beschlüsse des Heimarbeiterschutzkongresses von 1904 und des Heimarbeitertages von 1911 erneuert. Er schloß: Organisieren wir die Heimarbeiter, und die Zeit wird kommen, wo der ihnen gebührende gesetzliche Schutz gegeben werden muß. Auch diese Resolution fand einstimmige Annahme. — Einstimmig und nachdrücklich forderte der Kongreß in einer schärferen Resolution die Fortführung der deutschen Sozialpolitik im Gesamtinteresse des Volkes.

Den Bericht des Zentralarbeitersekretariats erstattete Wissel. Er lenkte die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Anwendung des dolus eventualis in der Rechtsprechung der Arbeiterversicherung und auf eine grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamtes, wonach die vorsätzliche Herbeiführung eines an sich durch Inanspruchnahme der Versicherung berechtigenden Zustandes den Anspruch auf Barleistungen ausschließt, zum Beispiel bei Selbstmord oder Selbstmordversuch. Die alten Klagen über die Belastung der deutschen Industrie durch die soziale Versicherung fänden nicht die geringste Begründung durch ihre tatsächliche Lage. Ausbau und Fortführung der Sozialversicherung müsse gefordert werden. Um weitere Verschlechterungen in der Rechtsprechung der Arbeiterversicherung hintanzuhalten, empfahlen in der Diskussion Kollege Dähne, Giebel-Berlin und andere mehr eine bessere Beteiligung an den Wahlen zu den Versicherungsträgern.

Drei Anträge der Bauarbeiter, Fabrikarbeiter und Metallarbeiter Lübecks, die verlangten, daß die Arbeitsvermittlung für Genossenschaftsbetriebe der proletarischen Genossenschaften das Allgemeingut der organisierten Arbeiterschaft werde und daß nicht mehr wie bisher das Monopol einzelner Organisationen bleibe, wurden angenommen. Der Generalkommission und allen ihren Unterabteilungen wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgte die Beratung über das

Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands.

Legien begründete die Vorlage. Das Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften, insoweit es die Vereinheitlichung der Aktion regelt, fand keinen Widerspruch und blieb im wesentlichen ohne Debatte. Dagegen rief am dritten Verhandlungstag die Erörterung der Grenzstreitigkeiten, die für die Zukunft, wenn sie nicht durch Kartellverträge zwischen den beteiligten Gewerkschaften erledigt werden, durch ein Schiedsgericht endgültig entschieden werden sollen, eine lebhafte Debatte hervor. Es lagen dazu 25 Abänderungsanträge vor. Kollege Mützel kritisierte, daß sich um die bisherigen Bestimmungen über Grenzstreitigkeiten niemand gekümmert habe. Der Deutsche Bauarbeiterverband ist für die ungelernten Bauhilfsarbeiter zuständig aber ein großer Teil von ihnen gehört andern Verbänden an. Trotz unserer Hinweise haben sich diese Verbände dahinter verkrochen, es stehe zwar im Hamburger Beschluß, daß sie die Hilfsarbeiter an uns abzugeben hätten, aber Zwangsmaßregeln seien nicht festgelegt. Ueber den Uebertritt hat unsere Zentralleitung mit den Verbänden der Fabrikarbeiter, der Transportarbeiter und der Holzarbeiter Kartellverträge abgeschlossen, doch ist festgelegt, daß der Uebertritt zur Berufsorganisation zu erfolgen hat, wenn der Arbeiter mindestens sechs Wochen in den betreffenden Berufen tätig ist. Die Fabrikarbeiter und die Transportarbeiter sind dieser Bestimmung aber nicht nachgekommen. (Unruhe und Widerspruch.) Wenn nicht bestimmt wird, daß die Beiträge nicht weiter einkassiert werden dürfen nach den sechs Wochen, dann nützt alles nichts. Auch der Metallarbeiterverband kommt für uns in Frage. Er und der Verband der Gemeindearbeiter versuchen, wo es nur irgend geht, Leute, die für unsere Organisation in Frage kommen, für sich einzuheimsen. Legien hat gemeint, daß sich die Grenzstreitigkeiten besser erledigen würden, wenn die leitenden Männer friedlich zusammenwirken wollen. Das ist ja sehr nett gesagt, ich habe es auch versucht, aber mit dem Fabrikarbeiterverband war ein gemeinsames Wirken ganz unmöglich. (Hört! hört!) Dagegen haben wir uns mit dem Brauerverband sehr gut verständigen können. Wie die Dinge liegen, zeigt München, wo 400 bis 500 Bauhilfsarbeiter im Transportarbeiterverband und 600 im Fabrikarbeiterverband organisiert sind. (Hört! Hört!)

Döring (Transportarbeiter) begründete einen Antrag, der verlangt, daß eine Berufungsinstanz gegen die im Regulativ vorgesehenen Schiedssprüche eingeführt werde. Schneider (Fabrikarbeiter) wies darauf hin, daß man den Weg finden müsse, um aus den jetzigen Berufsverbänden über die Betriebsorganisationen zu Industrieverbänden zu gelangen. Heckmann (Gemeindearbeiter) betonte, daß die Gemeindearbeiter zu keiner andern Form als zu der Betriebsorganisation kommen können. Ohne sie sei ein einheitliches Handeln den Gemeinden gegenüber nicht möglich. Schumann (Transportarbeiter) wandte sich scharf gegen den Schiedsspruch, der zugunsten der Brauereiarbeiter seiner Gewerkschaft Mitglieder entzog. Der Schiedsspruch berge eine bisher noch nicht vorgekommene Rechtsverletzung in sich, werfe die alten Grundsätze über den Haufen und schaffe einen auf die Dauer nicht erträglichen Zustand der Rechtsunsicherheit. Dieser Schiedsspruch werde die Richtlinien gezeigt haben für das Vorgehen anderer Organisationen, die sich diesen Schiedsspruch natürlich zunutze machen werden. Der Kongreß müsse zum Ausdruck bringen, daß er nicht willens sei, daß durch Schiedsgerichtsentscheidungen durch ihn selbst aufgestellte Grundsätze verletzt werden. Körner-Harburg (Fabrikarbeiter) und Hartleib-Hannover treten für einen Antrag ein, der den Ausbau der Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden nach dem Grundsatz der Betriebsorganisation fordert. (Schluß folgt.)

Das schlechte Gewissen der Unternehmer.

Die Bauunternehmer lassen sich so viele Verstöße gegen die bestehenden Tarifverträge zuschulden kommen, daß ihre Bundesleitung fürchtet, die deutschen Bauarbeiter könnten den Unternehmern auf die gleiche Art antworten. Weil die Unternehmerorganisation weiß, daß ihre Mitglieder an den vielen Vertragsstreitigkeiten schuld sind, deshalb sucht sie vorzubeugen und die Schuld an den Konflikten beizeiten den Arbeitern zuzuschieben. So sind die verschiedenen Artikel zu erklären, die in den letzten Wochen in den Organen des Arbeitgeberbundes erschienen sind.

Die „Baugewerks-Zeitung" brachte in ihrer Nr. 45 einen Artikel mit der Ueberschrift „Riesenlohnkämpfe im Baugewerbe in Aussicht". Der Artikel beschäftigt sich mit den Versammlungen, die auf Veranlassung unseres Verbandsvorstandes entweder in den letzten Wochen stattfanden oder in den nächsten Tagen noch stattfinden sollen. Wenn wir nicht wüßten, daß aus den Zeilen der „Baugewerks-Zeitung" das schlechte Gewissen der Unternehmer spricht, so würden wir sagen: Der Verfasser des Artikels sieht weiße Mäuse! In früheren Jahren fanden regelmäßig ein- oder zweimal im Jahre derartige Versammlungen statt. Für dies Jahr wollen wir anerkennen, daß uns das geradezu frivole Verhalten vieler Unternehmer in bezug auf den Tarifvertrag die Agitation sehr erleichtert, ohne daß wir genötigt sind, den Kollegen erst lange Reden darüber zu halten; denn mit unsern Versammlungen verfolgen wir einen andern Zweck, als ihn die „Baugewerks-Zeitung" vermutet.

Mit dem Deutschen Bauarbeiterverband und seiner Vertragstreue befaßte sich die in Geestemünde erscheinende „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe" in ihrer Nr. 24. Eine ganze Seite wendet sie daran, um zu beweisen, daß unser Verband in Bremerhaven einen Vertragsbruch beging, als wir einige Tiefbaugeschäfte sperrten. Selbstverständlich kommt sie zu einem vernichtenden Resultat für uns. Um aber dazu zu gelangen, mußte die Wahrheit entstellt und verdreht wiedergegeben werden. Zunächst hat unserm Bezirksleiter in Bremen, dem Kollegen Lankenau, vorgeworfen, er habe gekniffen, als es sich in einer Emdener Sache darum handelte, unserm dortigen Zweigverein einen Vertragsbruch nachzuweisen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung" schreibt dazu: „Wir meinen, wenn einer Organisation von der Gegenseite ein Vorwurf des Vertragsbruches gemacht wird, so hat die in Frage kommende Organisation unter allen Umständen die Pflicht, sich von einem solchen Makel zu reinigen. Kneift aber der betreffende Beamte, so muß es außerordentlich faul mit der Vertragstreue aussehen. Wir haben über diesen Vorfall seinerzeit geschwiegen, weil Vertreter der beiderseitigen Zentralen Veranlassung nahmen, dahin zu wirken, daß der Emdener Streitfall beigelegt wurde. In neuerer Zeit scheint nun der Deutsche Bauarbeiterverband seine Manöver in Bremerhaven ausführen zu wollen." Das Kneifen erblickt das genannte Blatt darin, daß der Kollege Lankenau sich angeblich „damit ausgureden versuchte, daß bezüglich der Besetzung des Tarifamtes Meinungsverschiedenheiten beständen. Bevor diese nicht vom Haupttarifamt geklärt seien, könne das Tarifamt nicht tagen". Wenn man in der „Arbeitgeber-Zeitung" in Geestemünde die Tarifamtsprotokolle durchgelesen hätte, dann hätte man finden müssen, daß der Kollege Lankenau vollständig recht hatte, also keine Ausrede gebrauchte, als er die Tagungsmöglichkeit des Tarifamtes anzweifelte. Am 18. Dezember 1913 wurde von dem Zimmerer Steffen dagegen Einspruch erhoben, daß von uns der Kollege Borgmann als zweiter Vertreter in das Tarifamt entsandt wurde. Die Unternehmer waren mit dem Zimmerervertreter einer Meinung, so daß nur der Vertreter des Christlichen Bauarbeiterverbandes unserer Ansicht beitrat. Im Januar sollte nun die Emdener Streitsache, in der unser dortiger Zweigverein von den Unternehmern verklagt war, vom Tarifamt entschieden werden, ohne daß die Frage der Besetzung geklärt war. Das Unternehmerorgan möchte uns nun verpflichten, in derartigen Fällen auch mit einer Teilbesetzung zufrieden zu sein, damit nur ja die Unternehmer zu ihrem Recht kommen. In diesem Verlangen kommt die ganze arrogante Auffassung des Vertragsverhältnisses, wie es bei vielen Unternehmern und ihren Vertretern herrscht, zum Ausdruck. Als das Haupttarifamt über die Besetzung des Tarifamts entschieden hatte, und zwar zu unsern Gunsten, konnte auch das Tarifamt tagen.

Die gleiche hochmütige Auffassung kommt auch in dem Fall in Bremerhaven zum Vorschein. Nach der Darstellung der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe" lage dem dortigen Streit folgender Tatbestand zugrunde: „Während der Vertragsperiode 1910 bis 1913 waren auch die Ramm-, Wasser- und Tidearbeiten für Zimmerer im Bremerhavener Vertrage mit geregelt. Schon während dieser Zeit versuchte der Bauarbeiterverband die für die Zimmerer bei diesen Arbeiten getroffenen Bestimmungen auch auf die Maurer und Bauarbeiter auszudehnen, was aber mißlang. Bei den Verhandlungen im Jahre 1913 wurde wiederum auf die Sache zurückgegriffen und es kam am 4. September 1913 vor dem Tarifamt in Bremen unter Mitwirkung der Gauleiter Holst (Zimmerer), Lankenau (Bauarbeiterverband), Zumbrock (christlicher Bauarbeiterverband), Stampe (Vorsitzender des Zweigvereins Bremerhaven des Bauarbeiterverbandes), Britzwein (Vorsitzender der Bremerhavener Zahlstelle des Zimmererverbandes) eine Einigung zustande, welche in ihrem hier interessierenden Teile folgenden Wortlaut hat: „ . . . Vom 1. April 1914 ab wird für alle Tidearbeiten sowie auch für Ramm- und Wasserarbeiten, die hiermit unmittelbar im Zusammenhang stehen, ein Zuschlag von 20 ₰ pro Stunde gezahlt, vorausgesetzt, daß der betreffende Zimmerer mit in der eintretenden Tide beschäftigt wird. Derselbe Zuschlag wird unter der gleichen Voraussetzung auch den Maurern und Bauhilfsarbeitern gezahlt. Weitere Zuschläge kommen nicht in Frage." Daraus, daß der Bauarbeiterverband schon während der Vertragsperiode 1910 bis 1913 versuchte, die für Zimmerer bei Wasser- und Tidearbeiten vorgesehenen erhöhten Zuschläge auch für Maurer und Bauarbeiter festzulegen und ferner die Schlichtungskommission auf Antrag des Bauarbeiterverbandes sich am 4. August 1913 bereits in einem andern Falle mit der gleichen Angelegenheit befaßte und eine Einigung herbeiführte, ergibt sich mit der Einigung vor der zweiten Instanz am 4. September 1913, daß Arbeiten an Kaimauern, soweit Maurer und Bauhilfsarbeiter in Frage kommen, zuschlagspflichtig sein und unter den Hochbauvertrag fallen sollten. Aber noch etwas anderes kommt hinzu: Der Bauarbeiterverband forderte in der gemeinsamen Sitzung vom 6. November 1913, welche zwecks Vereinbarung eines Akkordtarifs stattfand, daß für Kaimauern Akkordsätze vereinbart werden sollten. Es fand schließlich auch hier zwischen den Parteien eine Einigung dahin statt, daß wegen der Eigenart und großen Verschiedenheit dieser Arbeit die Festsetzung der Akkordsätze der freien Vereinbarung überlassen werden sollte. Deshalb wurde in dem am 24. November 1913 unterschriftlich vollzogenen Akkordtarife festgelegt: „ . . . Die Festsetzung von Akkordsätzen für Kaimauern unterliegt ebenfalls der freien Vereinbarung." Alle diese Vereinbarungen sind heute nach Ansicht des Bauarbeiterverbandes nichtig, weil im Hochbauvertrage nur Bestimmungen für das Hochbaugewerbe aufgenommen werden dürften. Vergleicht man hiermit aber die mehrfachen Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts während der vorigen Vertragsperiode, so läßt sich einwandfrei das Gegenteil feststellen. Will das Haupttarifamt seine frühere Rechtsprechung nicht für ungültig erklären, so kann dasselbe nicht anders entscheiden, als dahin, daß, wenn die Parteien eine Vereinbarung getroffen haben, wonach auch andere, nicht unter den Hochbau fallende Arbeiten im Vertrage mit aufgeführt werden sollen, dieses zulässig ist. Wenn wir nun vorhin mit Bezug auf den Deutschen Bauarbeiterverband das Wort „Manöver" gebraucht haben, so hat dieses seine volle Berechtigung. Dieses Manöver des Bauarbeiterverbandes ist ein Mittel zum Zweck. Der Zweck des Manövers geht dahin, für das reine Tiefbaugewerbe, also für den reinen Erdarbeiter im Tiefbau einen Tarifvertrag zu erhalten und diesen Arbeiter möglichst bezüglich Lohn und Arbeitszeit, wenn nicht höher, so doch mit dem Hochbauarbeiter gleich hoch zu stellen. Die Verhältnisse im Tiefbaugewerbe sind aber so verschiedenartig und voneinander abweichend, daß eine tarifliche Regelung ohne weiteres nicht angängig erscheint. Im übrigen wird es auch, wenn eine derartige Regelung erfolgen soll, angebracht sein, diese auf gemeinsamer Grundlage anzustreben; was um so leichter sein würde, wenn die Organisationen der Arbeiter auf jeden Fall bestrebt sein würden, abgeschlossene Verträge zu halten. Sollen Tarifverträge überhaupt einen Zweck haben, so müssen die Vertragsträger durch Stellung von Kautionen bekunden, daß sie gewillt sind, auf jeden Fall Wort zu halten."

Soweit die „Arbeitgeber-Zeitung". Wir stellen dieser Darstellung gegenüber fest, daß die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe" in den entscheidenden Sätzen entweder eine bewußte Fälschung beging oder sehr grob fahrlässig handelte. Es ist unwahr, daß die betreffenden Bestimmungen für alle Tidearbeiten (Flut und Ebbe) gelten; zum Beweise dafür veröffentlichen wir den wirklichen Wortlaut der Vereinbarung. Sie lautet: „Regelung der Wasser- und Rammarbeiten. Für Ramm- und Wasserarbeiten sollen die Zimmerer sowie alle daran beteiligten Arbeiter einen Zuschlag von 15 ₰ erhalten. Als Ramm- und Wasserarbeiten sind anzusehen: sämtliche Zimmerer- und Reparaturarbeiten direkt an, auf, in oder über dem Wasser, als Brücken, Pfahlroste, Dückdalben, Vorsetzen, feste oder schwimmende Landungsbrücken, Brücken über Wassergräben,

wenn bei letzteren Rammen oder Böcke in Anwendung kommen. Ferner sämtliche Gerüste an, auf oder über dem Wasser sowie bei eisernen Brücken, soweit nicht ein besonderes Schutzgerüst vorhanden ist. Das Legen des Bohlenbelages gilt nicht als Wasserarbeit, soweit ein Schutzgerüst oder Bohlenbelag vorhanden ist. Sämtliche Arbeiten bei Rammungen der Wohnhäuser oder sonstigen Gebäuden bis Vollendung der Grundarbeit. Das Transportieren und Verladen, Aufstellen und Abbrechen der Ramme und Rammgerüste, soweit es direkt auf der Baustelle geschieht. Das Anspitzen der Rammpfähle und Spundbohlen, soweit die hierbei beschäftigten Personen innerhalb eines Tages auch zu den Ramm-, Wasser- und Tidearbeiten herangezogen werden. Für das Anspitzen der Rammpfähle und Spundbohlen ist kein Zuschlag zu zahlen, wenn die hierbei beschäftigten Personen an dem betreffenden Tage zu keiner Wasser-, Ramm- und Tidearbeit herangezogen werden." — Es folgen dann die Zuschläge für die obengenannten Arbeiten und dann heißt es im Vertrage weiter: „Derselbe Zuschlag wird auch den Maurern und Bauhilfsarbeitern unter den gleichen Voraussetzungen gezahlt. Weitere Zuschläge kommen nicht in Frage." Als bei den Verhandlungen die Tiefbauarbeiten für die Zimmerer geregelt wurden, wurde unserseits die Frage aufgeworfen, was den Maurern und Bauhilfsarbeitern geschehe, wenn die mit bei dieser Arbeit beschäftigt würden. Darauf wurde dann der Absatz des Vertrages: „Derselbe Zuschlag wird auch den Maurern und Bauhilfsarbeitern gezahlt", angenommen.

Aus diesen Sätzen geht also klar und deutlich hervor, daß die betreffenden Bestimmungen nur für Holzarbeiten gelten und für Maurer und Bauhilfsarbeiter nur dann, wenn sie den Zimmerern bei ihrer Arbeit helfen. Mit peinlicher Genauigkeit hat man vermieden, von Maurerarbeit zu reden. Die Unternehmer wollten ja auch diese gar nicht vertraglich geregelt haben, und wenn jetzt das Unternehmerorgan aus der Tatsache, daß wir am 6. November 1913 die Vereinbarung eines Akkordtarifs für Kaimauern anboten, schließen will, wir hätten damit anerkannt, daß diese Arbeiten unter den Tarifvertrag fallen, so verübt es damit eine Verlegenheitsphrase. Der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung für das Baugewerbe" fehlt anscheinend jede Einsicht in das Vertragsverhältnis, sonst würde sie wissen, daß sie mit ihrer Darstellung das Gegenteil von dem beweist, was sie beweisen will. Wenn Kaimauern mit unter den Tarifvertrag fallen würden, dann könnten unsere Kollegen durch das Tarifamt einen Akkordtarif von den Unternehmern erzwingen. Weil das nicht der Fall ist, deswegen mußten sie sich mit der Ablehnung begnügen. Die Unternehmer aber haben damit, daß sie im November 1913 den Akkordtarif ablehnten, dokumentiert, daß diese Arbeiten nach ihrer Meinung nicht unter den Vertrag fallen. Und wenn heute ihr Organ erklärt, daß nach Meinung des Deutschen Bauarbeiterverbandes in den Vertrag nur Bestimmungen für das Hochbaugewerbe aufgenommen werden dürfen, so ist das nur eine Maskierung der Unternehmer. Diese fassen vielmehr das Vertragsverhältnis so auf, daß ihnen die Arbeiter möglichst wehrlos, durch Schlichtungsinstanzen und Schiedssprüche eingeschnürt, gegenüberstehen sollen, während sie den Vertrag nach ihrem Belieben auslegen wollen. Das ist auch in Bremerhaven der Fall. Noch vor wenigen Monaten fiel das Tiefbaugewerbe nach Meinung der Unternehmer nicht unter den Vertrag. Heute möchten sie die Maurer und Bauhilfsarbeiter unter das Vertragsverhältnis zwängen, weil sich diese im Tiefbaugewerbe vielleicht höhere Löhne erkämpfen können. Und wenn die Erdarbeiter dazu gleichfalls stark genug sind, dann werden wir nach ein paar Wochen erleben, daß nun auch diese nach der Meinung der Unternehmer unter den Vertrag fallen. Was soll man von derartigen Leuten sagen? Moralisch krank, Angst vor dem eigenen schlechten Gewissen oder beides zusammen.

Bauarbeiterbewegung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Agitation unter den Polen. Es wird uns mitgeteilt, daß die zur Agitation unter den Polen herausgegebene Broschüre nicht überall in zweckentsprechender Weise verwendet wird. Die Broschüre enthält außer einem Auszug aus dem Statut auch eine Einleitung, die der Agitation unter den polnischen Berufsangehörigen dienen soll. Die Broschüre soll deshalb nicht nur unter den organisierten, sondern auch unter den unorganisierten Polen verbreitet werden. Bestellungen wolle man an den Verbandsvorstand richten.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 22 Abs. 2 des Statuts vom Zweigverein Leipzig: August Lippold, geboren am 7. Juli 1867, eingetreten am 18. Mai 1912; vom Zweigverein Meichenbach i. V.: Jos. Hüttner, geboren am 11. März 1861 zu Mies i. Böhmen, eingetreten am 1. April 1892 (Verb.-Nr. 192 058), Rudolf Hüttner, geboren am 26. August 1866 zu Mies i. Böhmen, eingetreten am 1. April 1892 (191 950), und Joh. Franz, geboren am 19. Januar 1863 in Böhmen, eingetreten am 17. Juni 1902 (191 978).

Die Namen der Kollegen, die wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Vom 21. bis 27. Juni haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt: Auerbach M. 500, Aschersleben 700, Bochum 1400, Brandenburg a. d. H. 695,05, Bremerhaven 1500, Burgstädt 600, Burg b. Magdeb. 300, Cöln 10 000, Chemnitz 3500, Diedenhofen 50, Deutsch-Nasselwitz 250, Döbeln 600, Eisenach (vom Streik zurück) 75,27, Eckernförde 199,30, Freiburg i. Schl. 300, Flensburg 300, Frankenberg i. Sachsen 700, Gotha 500, Görlitz 1000, Hamm i. W. 2023,40, Hildesheim 858, Haynau 400, Hildburghausen 82,00, Itzehoe 400, Kayna 120, Liegnitz 1400, Leer 200, Lörrach 200, Lindau i. B. 55,05, Metz 1000, Markranstädt 300, Nauen (vom Streik zurück) 10,85, Pirna 1800, Peine 960, Ratzeburg 250, Recklinghausen 300, Roitzsch 400, Stuttgart 4200, Swinemünde 600, Schmölln 320, Schwaan i. M. 200, Saarburg 100, Thedinghausen 59,35, Vegesack 1000, Wismar 400, Worms (Schulden Pf.) 10, Waldenburg i. Schl. 2000, Waldheim i. Sa. 150.

Protokolle.

Gotha M. 3,50, Pforzheim 10.

Kalender.

Dargun M. 2, Pinneberg 5, Perleberg 5.

Geschichte der Bergarbeiter.

Pirna M. 4,50.

Bauarbeiterschutz.

Wiesbaden M. 7,50.

Das Wesen des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Bochum M. 15, Brandenburg a. d. H. 3, Bonn 25, Bremerhaven 10, Eckernförde 4, Görlitz 67,50, Lindau i. B. 12,50, Pirna 10, Wiesbaden 15, Wilhelmshaven 60.

Jugendabteilung.

München 122,55.

Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

Aschaffenburg. Sperre über die Firma Moll (Mainkanalisation).
Arnswalde. Streik.
Augustfehn (Zweigverein Oldenburg i. Gr.). Sperre über den Unternehmer Möhlmann.
Bad Soden. Sperre über die Firma Johann Bettenbühl.
Barmen. Sperre über die Regierarbeiten der Seidenfärberei von Schlieper & Lay in Vohwinkel.
Bayreuth. Sperre über die Arbeiten der Firma Becker.
Bergedorf. Sperre über die Firma Drenkhan & Sudhop.
Berlin. Sperre über die Putzarbeiten der Firma Lauenburg.
Bielefeld. Sperre über den Unternehmer Wittland in Senne I.
Böblingen (Zweigverein Stuttgart). Sperre über die Firmen Klein & Schill, Chr. Hesselmeier, Fr. Nill und Aug. Rebmann.
Bremen. Sperre über die Erdarbeiten der Firma Baum aus Altrahlstedt am Bahngelände.
Bremerhaven. Streik der Tiefbauarbeiter.
Brockdorf (Zweigverein Brunsbüttelkoog). Sperre über die Arbeiten der Firma Kruse & Detlefs am Schleusenneubau.
Bublitz i. Pomm. Gesperrt sind die Unternehmer Krüger und Nack.
Celle. Aussperrung.
Charlottenburg (Zweigverein Berlin). Sperre über die Bauten der Firma Körting aus Berlin-Schöneberg.
Cranz (Zweigverein Königsberg). Streik der Hilfsarbeiter. Maurer in Mitleidenschaft gezogen.
Cuxhaven. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Johann Lange, Altenbruch-Lüdingsworth.
Darmstadt. Sperre über die Arbeiten der Betonfirma Dyckerhoff & Widmann.
Diepholz. Sperre über die Arbeiten der Firma Heiser wegen Nichtzahlung der Lohnerhöhung.
Dömitz. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Groth auf dem Schacht Conow.
Essen. Differenzen der Putzer in den Baugeschäften.
Fiddichow. Streik.
Flöha. Der Unternehmer Müller aus Oberwiesa hat sich als zahlungsunfähig erwiesen.
Forst. Streik.
Fröndenberg (Zweigverein Hagen i. Westf.). Sperre über den Unternehmer Werth.
Gandersheim und Umgegend. Streik.
Gensungen (Zweigverein Cassel). Streik.
Gollnow. Sperre über das Geschäft von Wilh. Küster.
Gross-Gerau (Zweigverein Darmstadt). Streik.
Hadmersleben (Zweigverein Egeln). Sperre über den Unternehmer Weihe.
Hannover. Sperre über Hackethal, Draht- und Kabelwerke in Langenforth, Gasanstalt Hannover.
Haspe. Differenzen wegen Nichteinhaltung der vertraglichen Bestimmungen.
Havelberg. Sperre über die Bauten der Firma Karl Knispel.
Hohenlimburg. Differenzen wegen Nichteinhaltung der Vertragsbestimmungen.
Hoyerswerda. Sperre über den Unternehmer Hermann Müller.
Hüls (Zweigverein Krefeld). Sperre über die Firmen Brakelmann, Stieg und Thelen.
Itzehoe. Sperre über Alsensche Portland-Zementfabrik.
Jerichow. Sperre über die Bauten des Unternehmers Schumann.
Jeseritz i. Pommern. Sperre über den Unternehmer Otto Klütz in Mühlenbeck.
Jüterbog. Sperre über den Neubau des Siechenheims.
Jutroschin. Sperre über den Unternehmer Ziegahn.
Karlsruhe. Streik der Tiefbauarbeiter bei dem Unternehmer Herling.
Kempen (Zweigverein Crefeld). Streik.
Kirn a. d. N. Streik.
Klein-Berkel (Zweigverein Hameln). Sperre über die Bauten des Unternehmers Thorns.
Königsberg i. Pr. Sperre über den Unternehmer Mattern.
Kriftel (Zweigverein Frankfurt a. M.). Sperre über das Baugeschäft von Noll.
Kröpelin. Sperre über die Unternehmer Martens und Pobanz.
Landau. Sperre über das Betongeschäft von Hornbach.
Leipzig. Sperren über die Bauten des Unternehmers Röhr, Connewitz, Frohburger Straße; Smikala (Rabitz), Möckern; Keil und Hädrich, Windschoidtstraße, wo kein Lohn gezahlt wurde.
Löbau i. S. Sperre über den Unternehmer Keiling.
Lübeck. Sperre über das Hochofenwerk Lücknitz.
Mainz. Sperre über die Arbeiten des Pflastermeisters Peter Zerber.
Monheim (Zweigverein Solingen). Streik.
Nieder-Mockstadt (Zweigverein Frankfurt a. M.). Streik.
Oberhausen. Sperre über das Baugeschäft Joh. Theilemeier.
Oderberg. Sperre über den Unternehmer Franke aus Neuenhagen.
Oldenburg i. Gr. Sperre über den Unternehmer Heinemann in Wapeldorf b. Hahn.
Petershain und **Welzow** (Zweigverein Senftenberg). Streik.
Pforzheim. Sperre über die Arbeiten der Firma Zachmann.
Pölitz. Sperre über den Unternehmer Paape.
Preetz. Sperre über den Unternehmer Maßmann.
Rauscha (Zweigverein Görlitz). Sperre über den Unternehmer Meißner.
Rügenwalde. Sperre über die Firma Papenfuß.
St. Margarethen (Zweigverein Brunsbüttelkoog). Sperre über die Arbeiten der Firma Kruse & Detlefs am Schleusenneubau.
Schlettstadt. Sperre über den Unternehmer Chiaroti.
Sorau. Streik.
Strassburg i. E. Sperre über die Arbeiten des Asphalteurgeschäfts der Firma Nicot.
Strelitz. Sperre über die Arbeiten der Firma Weiland.
Tengern-Hillhorst (Zweigverein Herford). Streik.
Treptow a. d. R. Streik.
Treuenbrietzen. Sperre über die Unternehmer Krüger und Müller in Buchholz.
Visselhövede. Sperre über die Bauten der Unternehmer v. Wieding in Hiddingen, Wolf in Jeddingen und Lüngmann in Schwitschen.
Wangeroog. Gesperrt sind die Arbeiten des Unternehmers Janssen.
Wesselburen. Streik.
Wiesbaden. (Schierstein a. Rh.) Sperre über die Unternehmer Eduard Wehnert und Heinrich Birck. — (Hallgarten.) Sperre über den Unternehmer Johann Frey.
Wismar. Sperre über die Firma Eggert.
Worfelden (Zweigverein Darmstadt). Sperre über den Unternehmer Joh. Reiß.
Zerbst. Streik.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Gelsenkirchen. Sperre über den Zwischenmeister Jacob Weber.
Hagen. Sperre über die Firma Wimmler & Gärtner.
Iserlohn. Sperre über die Firma Gebr. Dahlberg.
Kopenhagen. Streik.
Mannheim. Sperre über den Unternehmer Herbel.
M.-Gladbach. Sperre über die Zwischenunternehmer Bock & Queis.
Nürnberg. Sperre über alle Arbeiten der Zwischenunternehmer Bocklet und Aug. Leibl.

Gipser und Stukkateure:

Ansbach. Sperre über die Firma Schweitzer.
Breslau. Streik.
Cuxhaven. Sperre über das Geschäft von Brüggemann.
Essen. Differenzen der Putzer in den Baugeschäften.
Hamm i. W. Sperre über W. Müseler wegen Nichtanerkennung des Tarifs.
Metz. Streik.
Mülheim a. d. R. Gesperrt sind sämtliche Stuckgeschäfte mit Ausnahme der Firmen Vieten und Braun.

Isolierer und Steinholzleger:

Chemnitz. Gesperrt sind die Firmen Ziegner & Fritzsche und Knoch.
Cöln. (Isolierer.) Sperre über die Firma Jul. Kathe wegen verweigerter Anerkennung des Tarifvertrages. — (Steinholzleger.) Sperre über die Eubelit-Werke (Zweigstelle Cöln).
Dresden. Sperre über J. E. Schmidke, Löscherstr. 24, wegen Nichtanerkennung des Tarifs.
Hannover. Sperre über die Hannoversche Isoliergesellschaft.
Leipzig. Sperre über Grünzweig & Hartmann.
Nürnberg. Sperre über die Firma Neubauer.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in **Altona, Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Grossh., Schleswig, Stade, Vegesack** und **Wilhelmshaven** haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Der Unternehmer K. Kofahl in **Lüchow** (Bez. Lüneburg) stellt 15 Maurergesellen ein. — In **Recklinghausen i. Westfalen** ist Arbeitsgelegenheit für eine größere Anzahl Maurer. Nähere Auskunft im dortigen Zweigvereinsbureau, Große Geldstr. 15.

Bezirk Bromberg.

Aus **Posen** wird uns geschrieben: Am 24. Juni haben wir der Firma St. Hoffmann & Co. den Bau in der Herderstraße gesperrt, weil die Firma den zurzeit bestehenden Akkordvertrag für Putzarbeiten zu umgehen versuchte. Die Schuld daran tragen zum Teil die Kollegen selbst, die an diesem Bau gearbeitet haben, weil sie einen vom Tarifvertrag abweichenden Vertrag mit dem Unternehmer abgeschlossen haben, obwohl sie wußten, daß sie mit einem Unternehmer, der dem Arbeitgeberverband nicht angehört, keinen andern Vertrag abschließen dürfen. Nachdem wir den Bau gesperrt hatten, hat die Firma nach halbtägigem Streik unsern Kollegen einen schriftlichen Vertrag vorgelegt, der unserm Akkordvertrag entspricht, und die Arbeit ist noch an demselben Tage wieder aufgenommen worden. Wir ersuchen unsere Kollegen, wenn sie Putzverträge abschließen, sich dann vor allem nach unserm Vertrage zu richten, damit wir nicht erst den Bau sperren müssen. Letzten Endes müßten wir mit derartigen Kollegen, die billigere Verträge abschließen, als sie in unserm Akkordvertrage vorgesehen sind, ein anderes Wort reden.

15 14 13 12 11 10 9 8 7 6
mikrofilm service münster
g. gutt KG essen + köln
gerd gutt KG
otto-hahn-straße 21
postfach 4102 49
4400 münster roxel

Bezirk Erfurt.

Aus **Schlotheim** wird uns berichtet: Nach fast neunwöchigem Kampfe beschlossen die hiesigen Kollegen am 15. Juni, den Streik aufzuheben, weil in Hinsicht auf die bestehenden Verhältnisse an eine erfolgreichere Weiterführung nicht zu denken war. Die Unternehmer haben uns vom 1. April 1915 an eine Lohnerhöhung von 3 ₰ pro Stunde bewilligt, so daß dann 38 ₰ gezahlt werden müssen. Kampfesmutig waren die Kollegen in den Kampf gegangen und sie haben tapfer darin ausgeharrt, wenn sie trotzdem sich mit verhältnismäßig geringem Erfolg zufrieden geben müssen, so ist damit nicht gesagt, daß sie für ewige Dauer zufrieden sein werden. Sie haben erkannt, daß sie auf gütlichem Wege nichts von den hiesigen Unternehmern bekommen und daß sie darum stets gerüstet sein müssen, um die Verbesserung ihrer Lebenslage zu erkämpfen. Es wäre den Unternehmern leicht möglich, 40 ₰ zu zahlen, denn ein auswärtiger Unternehmer zahlt hier 40 ₰ Stundenlohn. Aber die hiesigen Unternehmer wurden von der Schlotheimer Fabrikantenschaft angetrieben, nicht nachzugeben. Bei diesen Protzen ist keine Spur eines sozialen Gefühls zu entdecken. Wir halten es hier bei einem Teil unserer Kollegen auch mit einer geschlossenen Kampftruppe zu tun, sie waren zum Teil wenig geschulte Gewerkschafter, so daß ein großer Teil wankelmütig wurde, als die Unternehmer vom 1. April 1915 an einige Pfennige mehr boten. Die Zahl der Arbeitswilligen hatte sich nicht wesentlich vermehrt. Wir hatten aber den immerhin merkwürdigen Fall, daß auch ein gewisser Trappe arbeitswillig wurde, obwohl sein Vater die Filiale des „Volksblattes" verwaltet. Wie es nun bei derartigen Kämpfen nicht anders ist, haben die Unternehmer beschlossen, die Streikleitung nicht wieder einzustellen, doch können sie uns mit diesem Beschluß nicht bange machen, denn die Kollegen werden dann eben an einem andern Ort arbeiten. Zum Schluß richten wir an alle Kollegen die Mahnung: Sorgt für die Ausbreitung des Organisationsgedankens! Lest den „Grundstein" aufmerksam und besucht regelmäßig die Versammlungen! Den Unternehmern rufen wir zu: Nach diesem Kampf kommt ein anderer!

Im Lohngebiet Heringen des Zweigvereins **Nordhausen** hatten die Kollegen eine Lohnbewegung. In zwei stark besuchten Versammlungen wurde Stellung zu der am 4. Juni schriftlich eingereichten Lohnforderung genommen. Die Unternehmer hatten es vorgezogen, unsere Forderung mit Stillschweigen zu beantworten, so daß sich die Kollegen, die in der ersten Versammlung die Antwort entgegennehmen wollten, um den Kampf möglichst zu vermeiden genötigt sahen, durch die Verbandsleitung mündlich mit den Unternehmern zu verhandeln und Antwort zu fordern. Diese Bemühungen waren auch von Erfolg. Durch eine weitere Unterhandlung mit den Unternehmern, die zu einer Verständigung führte, kam es zu einem Vertragsabschluß für die Orte Heringen, Sundhausen, Uthleben, Hemma, Auleben, Urbach und Görsbach, gültig vom 1. Juli 1914 bis 31. März 1916. Es wurde eine Lohnaufbesserung von 5 ₰ pro Stunde, ein Zuschlag von 5 ₰ für Ueberstunden und 10 ₰ für Arbeiten an Sonn- und Feiertagen sowie wöchentlich eine halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit erreicht. Wenn sich die Zugeständnisse der Unternehmer auch in bescheidenen Grenzen halten und man nach den sieben langen Jahren „Wartezeit" mehr erhoffen konnte, so kann man unter Berücksichtigung der schlechten Konjunktur mit diesem Resultat zufrieden sein. Vor allen Dingen deswegen, weil dieser Erfolg ohne Kampf und ohne große Opfer für die Mehrheit der im Lohngebiet Beschäftigten erzielt wurde. Leider gibt es ja immer Unternehmer, die keine Einsicht besitzen, sich nur als „Herr im Hause" fühlen und auch die bescheidensten Forderungen ihrer Arbeiter zurückweisen. Ein derartig schneidiger Herr war der Unternehmer Hugo Reinhardt in Sundhausen. Er hatte trotz ergangener Einladung seitens seiner Kollegen es vorgezogen, durch Abwesenheit von den Verhandlungen seine Arbeiterfreundlichkeit zu bezeugen. Er dachte vielleicht im trüben zu fischen, hatte aber die Rechnung ohne die Organisation der Arbeiter gemacht. Nachdem Kollege Voigt nochmals ohne Erfolg mit ihm verhandelt hatte, legten die Kollegen die Arbeit nieder, um ihm klarzumachen, daß sie auch ein Wort mitzureden haben beim Verkauf ihrer Arbeitskraft. Das hatte Herr Reinhardt nicht vermutet, denn er blickte so finster wie ein betrübter Lohgerber, dem die Felle weggeschwommen sind. Nach zweitägigem Kampf wurde er zur Kapitulation und Anerkennung des Vertrages gezwungen. Er mußte einsehen, daß seine Arbeiter keine willenlose Sklaven mehr sein wollen und er nicht nach Belieben aus der Reihe tanzen kann. Unsere Kollegen mögen auch hieraus wieder lernen, daß nur durch mutiges, solidarisches Handeln eine Verbesserung der Lebenshaltung zu erreichen ist, und daß nur eine starke Organisation imstande ist, dem Arbeiter im Kampfe um seine Menschenrechte als sichere Stütze zu dienen. Darum mögen alle Kollegen, die mit Indifferenten zusammentreffen oder zusammenarbeiten, sie der Organisation zuführen, damit wir auch in Zukunft unserer Aufgabe gewachsen sind und als Sieger aus den Kämpfen hervorgehen.

Bezirk Frankfurt a. M.

Aus **Aschaffenburg** wird uns berichtet: Am 25. Juni legten 95 Erdarbeiter, die bei der Firma Moll aus München an der Hafenanlage Aschaffenburg-Mainaschaff beschäftigt waren, die Arbeit nieder. Die Ursache dieser Arbeitseinstellung ist: Einem Kollegen, der Kippmeister an dieser Arbeitsstelle ist, teilte der Vertreter der Firma Moll, Herr Ingenieur Weber, mit, daß er heute abend entlassen werden sollte. Diese Aeußerung hörten unsere Kollegen mit an. Sofort fragte unser Vertrauensmann, der diese Mitteilung mit anhörte, den Ingenieur, warum dieser Kollege entlassen werden sollte. Diese Frage schien dem Herrn zu weitgehend, weil nach seiner Ansicht der Arbeiter kein Recht hat, nach dem Entlassungsgrund zu fragen. Der Ingenieur Weber regte sich so darüber auf, daß er seinen Revolver zog und drohte, unsern Vertrauensmann niederzuschießen. Dies sahen zirka 25 Kollegen, die unmittelbar dabei arbeiteten, mit an und legten darauf sofort die Arbeit nieder; ihrem Beispiel schlossen sich sofort alle andern Kollegen, die an dieser Baustelle beschäftigt waren, an. Geschlossen marschierten die Kollegen in einem Zuge zur Versammlung ins Gewerkschaftshaus. Der Kollege Pohl berichtete in der Versammlung über die Verhältnisse sowie über die weiteren Maßnahmen, die ergriffen werden müssen, um die dort bestehenden Differenzen zu schlichten. In der sehr regen Diskussion wurde die Behandlungsweise der Arbeiter durch die Beauftragten der Firma Moll ausführlich geschildert und aufs schärfste verurteilt. Der Ingenieur Weber hat die Arbeiter als Zigeunerbande betitelt; ein Vorarbeiter bezeichnet die Kollegen als Wildsäue, Spessarttrottel usw. Die Versammlung beschloß daher einstimmig, nachstehende Forderungen an die Firma Moll-München zu richten: 1. Die Firma Moll untersagt dem Ingenieur Weber das Tragen einer Schußwaffe auf der Arbeitsstelle. 2. Die Firma Moll erklärt sich bereit, ihre Angestellten strenge anzuweisen, daß die Arbeiter jederzeit anständig und als Menschen zu behandeln sind und nicht wie bisher in der gröbsten Weise durch beschimpfende Ausdrücke beleidigt oder gar mit einer Schußwaffe bedroht werden. Zuwiderhandlungen werden mit Entlassung bestraft. 3. Alle bei der Firma Moll beschäftigt gewesenen Arbeiter nehmen wieder die bisher ausgeführten Arbeiten auf und auch der Kippmeister führt seinen Posten als Vorarbeiter weiter. 4. Die Arbeitszeit soll in der Regel elf Stunden nicht überschreiten und werden die darüber hinausgehenden Stunden mit 10 ₰ Zuschlag bezahlt. 5. Den Arbeitern auf den Kippen ist mindestens eine halbe Stunde Mittagspause zu gewähren, ohne Lohnabzug. 6. Alle Arbeiten an Sonn- und Feiertagen werden mit 50 pZt. Zuschlag bezahlt. 7. Die Lohnzahlung hat alle 14 Tage zu erfolgen und muß den Arbeitern in der Zwischenwoche ein Abschlag von 90 pZt. gezahlt werden. 8. Die Firma Moll ist verpflichtet, für Kochgelegenheit und die dazu gehörige Feuerung zu sorgen sowie auch die dazu benötigten Personen zum Kochen zu bezahlen. 9. Sollte es vorkommen, daß ein Arbeiter nach Arbeitsanfang etwa fünf Minuten zu spät auf der Arbeitsstelle erscheint, so darf er höchstens mit einer halben Stunde Arbeitsversäumnis bestraft werden. Was für miserable Zustände auf dieser Baustelle herrschten, können die Leser unseres Blattes an den Forderungen der Arbeiter erkennen. Durch einen Streik müssen die Arbeiter ihre Vorgesetzten zu anständigen Menschen erziehen. Durch einen Streik müssen sie gebildete Prahler dazu bringen, daß sie in den Arbeitern nicht mehr ein billiges Zielobjekt für ihre Schiebkünste sehen. Durch einen Streik müssen sich die Spessarter Kollegen, die in der ganzen Welt zerstreut arbeiteten, in ihrer Heimat vor Beleidigungen durch Leute schützen, die jedenfalls auf ihr Deutschtum stolz sind. Die Kollegen können sich schützen, weil sie organisiert sind. Aber wenn sie es nicht wären, was dann? Würde ihnen der Staatsanwalt zu ihrem Recht verhelfen? Jedenfalls nicht. Daraus ersehen alle Kollegen, wie dringend notwendig eine gute Organisation für die Tiefbauarbeiter ist. Es wird ersucht, den Zuzug von Erdarbeitern nach Aschaffenburg streng fernzuhalten. Kollegen, übt Solidarität!

Aus **Mainz** wird uns berichtet: Der Streik in Kreuznach ist jetzt nach vierzehntägiger Dauer mit vollem Erfolg für die Kollegen beendet worden, trotzdem die Unternehmer kein Mittel unversucht gelassen haben, um uns den Kampf zu erschweren. Die Ursache des Kampfes ist die Nichtzahlung der durch Schiedsspruch festgelegten Löhne. Der Schiedsspruch lautete: für Maurer 1913 43 ₰, 1914 45 ₰ und 1915 47 ₰ pro Stunde. Für Hilfsarbeiter in denselben Zeitraum je 7 ₰ weniger. Die Unternehmer hatten aber in ihrer Versammlung beschlossen, für die Dauer des Vertrages nur 42, 44 und 45 ₰ zu zahlen. Trotz mehrmaliger Aufforderung von seiten der Zweigvereins- und Bezirksleitung, den Tariflohn zu zahlen, beharrten sie auf ihrem ablehnenden Standpunkt, obwohl sie anerkannten, daß sie im Unrecht waren. Die Antwort lautete immer: „Wir halten an unserm Versammlungsbeschluß fest, wer nicht dafür arbeiten will, soll nur ruhig streiken." Am 19. März befolgten die Kreuznacher Kollegen den guten Rat der Unternehmer und legten einmütig und geschlossen die Arbeit nieder, nur wenige, nicht vollwertige Arbeiter blieben als Arbeitswillige in den Betrieben zurück. Die ersten Wochen des Streiks verliefen sehr ruhig; jede Partei dachte, die andere muß bald nachgeben. Erst nach der vierten Woche begann der richtige Kampf. Die Unternehmer suchten nun aus der Umgebung von Kreuznach Arbeitswillige heranzuziehen, aber alle Liebesmüh war umsonst. Sobald ein Unternehmer auf der Suche nach Arbeitswilligen in einen Ort gefahren war, haben unsere Kollegen die Angewohnheit wieder aufgeklärt, so daß sie den Streikenden nicht in den Rücken fielen. Als die Unternehmer sahen, daß auf diese Weise nichts zu erreichen war, beantragten sie beim Amtsgericht, daß auf dem Wege der einstweiligen Verfügung unter Androhung einer Geldstrafe es den Streikenden verboten wird, den Zuzug nach Kreuznach fernzuhalten. Eine derartige Verfügung hat unseres Wissens das Amtsgericht nicht erlassen, aber desto eifriger nahm sich die Polizei der Arbeitswilligen an. Die Folge davon ist, daß in den nächsten Tagen noch einige Kollegen wegen angeblicher Belästigung von Arbeitswilligen vor Gericht müssen. Wir sind der Meinung, daß alle die Anklagen so verlaufen werden wie die erste, in der der betreffende Kollege freigesprochen worden ist. Nun nun den Kampf besser führen zu können, reisten fast alle Streikenden ab und suchten sich auswärts Beschäftigung. Die nun noch am Streik Beteiligten führten mit doppeltem Eifer den Kampf weiter. Als die Unternehmer sahen, daß auch mit Hilfe der Polizei und Gerichte Arbeitswillige nicht zu bekommen waren, ließen sie sich den bekannten Agenten Freimann von Berlin kommen, der die nötigen Rausreißer stellen sollte. Aber auch dieses Unternehmen schlug fehl. In dieser Situation kam dann in der zwölften Streikwoche unter dem Vorsitz des Beigeordneten Herrn Brunn eine Verhandlung zustande. Aber auch in dieser Sitzung beharrten die Unternehmer noch auf ihrem früher gefaßten Beschluß, während wir die Anerkennung des Schiedsspruches unter Nachzahlung des im vorigen Jahre zu wenig gezahlten Pfennigs verlangten. Eine Einigung kam daher nicht zustande und der Kampf ging ungeschwächt weiter. Die Unternehmer leiteten uns später durch die Vermittlung des Herrn Beigeordneten Brunn mit, daß sie den Schiedsspruch anerkennen wollten, und so fand am 16. Juni die weitere Verhandlung statt. Auf eine Nachzahlung des im vorigen Jahre zu wenig gezahlten Lohnes wollten auch diesmal die Unternehmer nicht einwilligen. Wir konnten aber unsern Standpunkt nicht ändern, und so waren die Unternehmer gezwungen, auf unsere Forderung einzugehen. Es kam dann folgende Vereinbarung zustande: Die Unternehmer erkennen den in Berlin gefällten Schiedsspruch an. Der im vorigen Jahre zu wenig gezahlte Pfennig wird dieses Jahr nachgezahlt, so daß der Lohn in diesem Jahre um 1 ₰ höher ist, als der Schiedsspruch vorsah, nämlich 46 statt 45 ₰. Das bedeutet einen vollständigen Sieg der Kreuznacher Kollegen. Der Erfolg ist um so höher zu bewerten, da es der erste Kampf ist, den die Kreuznacher Kollegen gewonnen haben. Die Unternehmer waren es von jeher gewöhnt, daß, wenn die Bauarbeiter in Kreuznach streikten, sie schon nach einigen Wochen auseinanderliefen, deshalb sind auch die Löhne so niedrig geblieben wie in keiner andern gleichgroßen Badestadt. Volle 14 Wochen mußten die Bauarbeiter die Opfer eines Kampfes auf sich nehmen, um den Starrsinn der Unternehmer zu brechen. Es wird dies aber für die Kreuznacher Kollegen ein Ansporn sein, mehr als bisher für die Ausbreitung und innere Festigkeit der Organisation zu tun; denn nur dadurch ist ein weiterer Erfolg und eine bessere Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gesichert.

Aus **Wiesbaden** wurde uns geschrieben: Ueber die Bauten der Maurermeister Ed. Wehnert und Heinrich, Birck in Schierstein a. Rh., ist wegen Lohndifferenzen die Sperre verhängt. Schierstein gehört zum Lohngebiet Wiesbaden. Der tarifliche Stundenlohn beträgt für Maurer 59 ₰ und für Hilfsarbeiter 50 ₰ bei neunein halbstündiger Arbeitszeit. Die Schiersteiner Unternehmer haben sich seit Jahren nicht nach dem Tarifvertrag gerichtet, sondern zahlten den bei ihnen beschäftigten Maurern Klassenlöhne von 50 ₰ bis 55 ₰ und für Hilfsarbeiter von 40 ₰ bis 46 ₰ pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit und vierzehntägiger Lohnzahlung. Mit diesem Zustande mußte endlich einmal aufgeräumt werden. Nachdem im vergangenen Jahre die Unternehmer Rossel und Spitz den Tarifvertrag nach einem achttägigen Streik anerkannten, haben jetzt die organisierten Kollegen bei den beiden Unternehmern Wehnert und Birck die Arbeit eingestellt. Bei dem Unternehmer Johann Frey aus Hallgarten haben die an dem Neubau der Landesirrenanstalt am Eichberg und in Hallgarten beschäftigten Kollegen ebenfalls die Arbeit eingestellt. Für diesen Bezirk beträgt der tarifliche Stundenlohn für Maurer 53 ₰ und für Hilfsarbeiter 44 ₰, während der Unternehmer Frey nur 50 ₰ beziehungsweise 44 ₰ Stundenlohn zahlt. Auch ist die vierzehntägige Lohnzahlung noch üblich. Bei einer Verhandlung mit dem Unternehmer erklärte er, daß er mit der Gesellschaft, die die Löhne festgesetzt hat, nichts zu tun habe. Er bestimme die Löhne und wer dafür nicht arbeiten will, kann gehen. Der Unternehmer versucht nun, im Rheingau Maurer und Hilfsarbeiter zu den von ihm festgesetzten Löhnen zu bekommen. Als seine Bemühungen erfolglos waren, da selbst unorganisierte Maurer keine Sehnsucht nach dem Eldorado des Herrn Frey hatten, versuchte er mit den Maurern allein zu verhandeln und versprach ihnen schließlich 1 ₰ Lohnzulage. Die Maurer, die alle organisiert sind, bestanden aber auf die Unterschrift der tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Als der Unternehmer sich dessen weigerte, stellten sie geschlossen die Arbeit ein. Es werden alle Kollegen dringend ersucht, die gesperrten Arbeiten der Unternehmer Ed. Wehnert und Heinrich Birck in Schierstein a. Rh. und des Unternehmers Frey in Hallgarten im Rheingau zu meiden.

Die Firma Dyckerhoff & Widmann, Biebrich a. Rh., versucht in letzter Zeit, mit den bei ihr beschäftigten Zementfacharbeitern, Zementarbeitern und Zimmerern Dienstverträge abzuschließen. Was die Firma mit der Abschließung dieser Dienstverträge bezweckt, ist deutlich zu erkennen. Es bedeutet eine Ausschaltung der Tarifverträge für die qualifizierten Arbeiter. Gleichzeitig soll damit der Solidarität der Arbeiterschaft ein Stoß versetzt werden, um so einen gefügigen Arbeiterstamm zu bekommen, der bei Bausperren und Differenzen der Bauleitung zur Verfügung steht. Wie weit die betreffenden Arbeitergruppen sich dazu hergeben, wird die Zeit lehren. Unsere Aufgabe ist es, diese Vorgänge aufmerksam zu verfolgen und die Mitglieder des Verbandes zu veranlassen, auf derartige Verträge nicht einzugehen. Den Wortlaut dieses Dienstvertrages lassen wir nachstehend folgen:

§ 1. Der Zementfacharbeiter (Zementarbeiter, Zimmerer) ..... tritt mit dem heutigen Tage in die Dienste der Firma Dyckerhoff & Widmann A.-G. in Biebrich und verpflichtet sich, sämtliche ihm von seinen Vorgesetzten auferlegten Arbeiten, welche in sein Arbeitsgebiet fallen, pünktlich nach besten Kräften auszuführen.

§ 2. Bei pünktlicher Erfüllung seiner Obliegenheiten verspricht die Firma dem ..... dauernde Beschäftigung auf ihren Baustellen mit einem Normalstundenlohn von ℳ ..... Sollte der Tariflohn an dem Orte seiner Baustelle höher sein, so wird dieser Tariflohn gezahlt. In den Zeiten, während welchen eine Baustellenbeschäftigung nicht möglich ist, behält sich die Firma Dyckerhoff & Widmann vor, den ..... in ihrer Fabrik in Biebrich zu einem Lohn von 47 ₰ zu beschäftigen. Dem ..... steht es frei, diese Fabrikbeschäftigung abzulehnen und bis zur Wiederverwendung auf Baustellen auszuharren. Von dem Beginn der Wiederbeschäftigung wird der ..... mindestens drei Tage vorher benachrichtigt. Bei jeder Löhnung werden die gesetzlichen Beiträge für die Krankenkasse, die Invaliditäts- und Unfallversicherung abgezogen. Für die Reise vom Wohnort zur Baustelle, beziehungsweise von einer Baustelle zur andern, wird Fahrgeld vierter Klasse oder das für die von der Firma angeordnete Reisegelegenheit erforderliche Fahrgeld vergütet. Bei Reisen über 120 km wird Fahrgeld dritter Klasse und ein Zehrgeld von ℳ 2 pro Reisetag vergütet. Zu den Festtagen, Ostern, Pfingsten, Weihnachten, und für eine Reise im Herbst werden die Reisekosten zum Heimatsort entsprechend obigen Festsetzungen bezahlt. Außer den erwähnten Vergütungen werden sonstige Zulagen nicht vergütet.

§ 3. Die beiderseitige Kündigungsfrist beträgt sieben Tage. Diese Frist wird jedoch aufgehoben, falls Gründe vorliegen, welche zur sofortigen Auflösung des Dienstverhältnisses im Sinne der §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung berechtigen. (Abschrift hiervon liegt auf den Baustellen zur Kenntnis auf.) Die Kündigung kann mündlich erfolgen, muß aber unterschriftlich bestätigt werden.

§ 4. Gegenwärtige Abmachung wurde doppelt ausgefertigt und von beiden Teilen unterzeichnet und jedem ein Exemplar zugestellt.

In der Tat, die Firma Dyckerhoff & Widmann versucht, den qualifizierten Arbeitern ihr Erstgeburtsrecht abzukaufen, aber sie bietet ihnen nicht einmal ein Linsengericht dafür. Sie bietet „dauernde Arbeit". Der Begriff „dauernd" ist

jedoch außerordentlich dehnbar, und es wird sich bald genug herausstellen, vorausgesetzt, daß die Firma Dumme findet, daß Unternehmer und Arbeiter den Begriff sehr verschieden auslegen. Außerdem hat die Firma ja auch das Recht, jederzeit den Vertrag zu kündigen. Nach unserm Dafürhalten kommt es der Firma in der Hauptsache darauf an, bei auswärtigen Arbeiten möglichst alle Zuschläge, die tarifvertraglich festgelegt sind, zu sparen. Hoffentlich findet sie keinen Gimpel, der auf die Leimrute ihres Dienstvertrages hüpft.

Bezirk Hannover.

In **Frellstedt** kam es am 18. Juni zu einer Arbeitseinstellung. Der Maurermeister Böhme aus Süpplingen baut dort eine Zuckerraffinerie. Dieser Unternehmer hat seit jeher 2 ₰ weniger an Stundenlohn bezahlt, als der Tarifvertrag vorsieht. Für Frellstedt gilt der Vertrag von Königslutter. Leider war die örtliche Organisation bisher nie stark genug, den Unternehmer zur Einhaltung des Tarifvertrages zu zwingen, trotzdem der Unternehmer die bei ihm beschäftigten Bauarbeiter oftmals ganz miserabel behandelte. Böhme gehört nämlich zu den Unternehmern, denen die Arbeitsleistung immer zu gering ist, und er bringt dies in einer derartig temperamentvollen Weise zum Ausdruck, daß zugleich auch die ganze Nachbarschaft seine Meinung kennt. Diese „gebildete" Angewohnheit hat er seit Jahren und man muß sich wundern, daß er überhaupt Arbeiter fand, die sich dies gefallen ließen. Endlich ist es nun den Arbeitern zuviel geworden und so stellten alle 28 bei Böhme beschäftigten Arbeiter die Arbeit ein. Böhme drohte nun, wenn die Arbeit nicht sogleich wieder aufgenommen würde, dann würde er sich die nötige Anzahl Maurer von Schöppenstedt kommen lassen. Er muß den Schöppenstedter Maurern doch das Allerschlechteste zutrauen; hoffentlich sind sie besser, als Böhme von ihnen denkt. Auch bei den Verhandlungen schlug der Unternehmer noch einen recht „herrenmäßigen" Ton an, so daß wir ihm dringend raten müssen, sich bessere Umgangsformen anzugewöhnen. Er versprichtete sich jedoch, daß er in Zukunft, wenn er unzufrieden mit der Arbeit sei, dies dem betreffenden Arbeiter persönlich sagen und nicht allgemeine Vorwürfe erheben wolle. Auf Grund dieser Versprechungen kam eine Einigung zwischen Arbeitern und Unternehmer zu stande, so daß am 20. Juni die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Wir möchten Herrn Böhme an dieser Stelle darauf aufmerksam machen, daß es nicht mehr den Zeitläuften entspricht, wenn er Kollegen, die vor 17 oder 18 Jahren bei ihm lernten, heute noch mit „Du" anredet. (Anmerkung der Redaktion: Das dürfte sich der Unternehmer sehr schnell abgewöhnen, wenn ihn die Arbeiter wieder duzen.) Außerdem dürfte es an der Zeit sein, daß die Kollegen zu gelegener Zeit ernstlich an die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen denken.

Bezirk Königsberg.

Aus **Königsberg i. Pr.** wird uns geschrieben: Herr Behrend in Cranz hat den Kampf recht bald aufgegeben. Nach dreitägigem Streik haben auf seine Veranlassung Verhandlungen stattgefunden, in denen die Forderungen der Streikenden bewilligt wurden. Die ganze Staatsaktion hat also nichts genützt, warum dann erst die Blamage?

Bezirk Magdeburg.

Aus **Thale** wird uns geschrieben: In dem von der Natur so schön bedachten Thale war in den letzten Jahren für die Arbeiter des Bauberufes keine rosige Zeit, da es an Baulust mangelte. In diesem Jahre ist die Konjunktur etwas gestiegen, und wir, in der richtigen Erkenntnis der Sachlage, benutzten diese Zeit, um den Lohnsatz, den die hiesigen Arbeitgeber zahlten, einigermaßen mit dem Lohnsatz der Umgegend in Einklang zu bringen. Wir reichten im Frühjahr eine Lohnforderung ein und bahnten gleichzeitig Verhandlungen an, die, trotzdem sie nur im Beisein eines Unternehmers stattfanden, neben einem finanziellen auch einen moralischen Fortschritt brachten. Ist mit der Lohnaufbesserung auch mancher Kollege nicht zufrieden, so muß doch zugegeben werden, daß wir etwas erreicht haben, was uns bisher nicht gelungen war, nämlich einen schriftlichen Vertrag. Wie schwer es den Unternehmern war, ihren Namen unter das Schriftstück zu setzen, können nur die beurteilen, die mit dieser Sache beauftragt waren. Nun, Kollegen, wir haben gesehen, daß unsere Kraft und Stärke in der Festigkeit der Organisation begründet ist. Laßt uns nicht denken, wir haben nun unsere Schuldigkeit getan. Nein! Arbeiten ist auch jetzt das Losungswort! Laßt Euch den früheren Kollegen, der sogar einige Zeit das Vertrauen der Mehrzahl der Kollegen besaß und Vorsitzender des Zweigvereins war, nicht als Vorbild dienen. Achtet einen derartigen Menschen, der sich selbst erniedrigt, nach Gebühr. Er glaubt, er braucht den Verband nicht. Wir werden ja sehen, was die Zukunft lehrt. Kollegen! Trage ein jeder sein Teil zur Erstarkung der Organisation bei, indem er mitagitiert! Beherzigt die Worte eines großen Mannes: Ihr habt die Macht in Händen, wenn Ihr nur einig seid!

Bezirk Straßburg.

Schlettstadt. Vor einigen Wochen waren wir gezwungen, über das Baugeschäft Chiaroli die Sperre zu verhängen. Der Unternehmer gehört zu denen, die sich nicht gut an Ordnung gewöhnen können. Solange wir im Vertragsverhältnis mit den Unternehmern stehen, versuchte er immer, den Vertrag zu durchbrechen. Er wurde aber stets von dem Vorsitzenden des Arbeitgeberbundes angehalten, den Vertrag einzuhalten. Schließlich paßte ihm dies aber nicht mehr und er trat aus dem Arbeitgeberbund aus. Da er den Tariflohn an einen Teil der Kollegen nicht zahlte und in Güte nicht mit ihm auszukommen war, mußte die Sperre verhängt werden. Leider blieben drei Mann stehen, um Raussreißerdienste zu leisten. Da es sich meistens nur noch um Putzarbeiten handelte und der Unternehmer jedenfalls Aufschub erhalten hat, so scheinen diese paar Mann zu genügen, um die Arbeit fertigzustellen. Selbstverständlich bleibt die Sperre über das Geschäft des Chiaroli bestehen für den Fall, daß er wieder andere Arbeiten übernimmt. Bei dieser Bausperre zeigte es sich wieder recht deutlich, daß die Polizei immer auf seiten der Unternehmer steht, ganz gleich, ob diese im Unrecht sind oder nicht. Selbstverständlich hatten unsere Kollegen das größte Interesse daran, die Arbeitswilligen ebenfalls zu veranlassen, die Arbeit einzustellen. Aber die Polizei war auf dem Posten, ja sogar Gendarmerie wurde herbeigerufen, um die lieben Arbeitswilligen zu beschützen. Sie wurden von ihrer Wohnung abgeholt und abends wieder heimgeführt. Das war für Schlettstadt etwas Neues und deshalb ging auch mancher hin, der sonst fernegeblieben wäre, um sich das Schauspiel anzusehen. Aber da setzte es Strafmandate; 35 bis 40 Kollegen sind damit beglückt, ℳ 10 und 20 sollen sie berappen. Da man aber niemand etwas Strafwürdiges nachweisen kann, muß, wie immer in derartigen Fällen, der Paragraph über den groben Unfug herhalten. Gegen alle Strafbefehle ist Berufung eingelegt worden, die auch den Erfolg hatte, daß von den Betreffenden zwei freigesprochen wurden und zwei niedriger bestraft wurden. Nun, schaden werden uns diese Strafmandate und die Prozesse sicherlich nicht, sondern all denen, die bis jetzt der Arbeiterbewegung noch fernstanden, wird durch dieses Vorgehen der Staatsgewalt wieder vor Augen geführt, wessen Interessen im Staat geschützt werden. Neue Kämpfer werden der Arbeiterbewegung wieder zugeführt werden. Aber vor allen Dingen werden auch unsere Kollegen noch viel mehr im Interesse ihres Verbandes tätig sein müssen. Kein Unorganisierter darf in Zukunft mehr in Schlettstadt und der Umgebung beschäftigt sein. Alle Bauarbeiter müssen so aufgeklärt werden, daß niemand mehr Streikbrecher spielt.

Tagesordnung für die Sitzung des Haupttarifamts.

Die nächste Sitzung des Haupttarifamts findet in der Zeit vom 6. bis 10. Juli in München statt. Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

Nummer der Sache	Ortsgruppe	Antragsteller	Gegenstand
116	Burgdorf	D. A. V.	Antrag auf Festsetzung der Lohnzuschläge für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter.
119	Frankfurt a. M.	„	1. Berufung gegen die Entscheidung zweiter Instanz. 2. Antrag auf Abschluß des Tarifvertrages.
128	Freiburg i. S.	„	Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz.
131	Pyritz	Zentralorganisat.	Tarifvertrag.
133	Bayreuth	„	„
134	Regensburg	„	„
135	Nordhausen	„	„
136	Tangermünde	„	„
146	Gotha	„	„
152	Finsterwalde	D. A. V.	Entscheidung, ob der Zimmerer-Verband verpflichtet ist, einen Akkordtarif abzuschließen.
153	Leipzig	„	Entscheidung, ob die Längsbahnsteige am Hauptbahnhof zu Leipzig als Hochbauten anzusehen sind.
155	—	„	Grundsätzlicher Antrag, betr. Entscheidung Nr. 28.
156	Sülldorf-Rissen	„	Betrifft Zusatz zum § 4 über Lohnhöhe der Junggesellen.
157	Hamburg	„	Antrag auf Aufhebung der Ziffer 2 der Entscheidung des Tarifamts v. 14. März 1914.
159	Hannover und Paderborn	Z. V. chr. V. A.	Betrifft Zulässigkeit der Akkordarbeit.
160	Celle	D. V. V.	Beschwerde gegen den deutschen Arbeitgeberbund.
161	Bielefeld	„	Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts Bielefeld vom 21. März 1914. Zulässigkeit der Akkordarbeit.
162	Herford	„	Desgleichen.
163	Lynhausen	„	Desgleichen.
164	Arnswalde, Berlinchen und Schwiebus	Z. V. d. Z.	Betrifft Beschwerde gegen den Arbeitgeberbund wegen Weigerung d. Vertragsabschlusses.
165	—	„	Beschwerde gegen den Arbeitgeberbund wegen Weigerung des Abschlusses einiger Tarifverträge.
166	Neustettin	„	Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts vom 26. Februar 1914.
168	Culm	„	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts und Unzulässigkeitserklärung der Akkordarbeit.
169	Tribsees	„	Betrifft Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts.
170	Bielefeld	„	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts und Unzulässigkeitserklärung der Akkordarbeit.
171	Bergedorf	D. A. V.	Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts vom 17. Februar 1914.
172	Barmen-Elberfeld	„	Betrifft Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts Barmen vom 26. Februar 1914.
173	—	„	Grundsätzlicher Antrag über die Anwendung des Beloschiedsspruches.
174	Stettin	D. V. V.	Betrifft Abschluß des Tarifvertrages für Anklam.
176	Mecklenburg	D. A. V.	Antrag auf Entscheidung über die Arbeitszeitverkürzung von einer Stunde am Sonnabend.
177	—	„	Grundsätzlicher Antrag über den Ablaufstermin der Tarifverträge.
178	Minden und Lippe	D. A. V.	Antrag auf Entscheidung strittiger Vertragsbestimmungen gemäß Entscheidung Nr. 35.
179	Schlesien	„	Antrag auf Entscheidung über § 5 des Tarifvertrages.
182	Gründberg i. Schl.	„	Antrag auf Verpflichtung des Deutschen Bauarbeiterverbandes zum Vertragsabschluß.
184	Hamburg	„	Beschwerde gegen den Deutschen Bauarbeiterverband.
185	München	„	Antrag auf Entscheidung über Akkordarbeit.
186	Löbau	„	Antrag auf Entscheidung über die Zulässigkeit der Akkordarbeit.
187	Zittau	D. V. V.	Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz.
188	Oldenburg	Z. V. d. Z.	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Haupttarifamts Nr. 74.
189	Arnswalde	D. A. V.	Antrag auf Entscheidung über Bezahlung der Sonnabendfeierstunden.
190	Ihehoe, Kellinghusen u. Lockstedter Lg.	„	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz.
191	Burg i. Dithm.	„	Antrag auf Entscheidung über § 4 des Tarifvertrages.
192	Apenrade	„	Desgleichen.
193	Brunsbüttelkoog	„	Antrag auf Entscheidung über Lohnzuschlag bei Ramm-, Wasser- und Karbolineumarbeiten.
194	Calbe a. d. S.	Zentralorganisat.	Tarifvertrag.
195	Bischweiler	„	„
196	Kehl i. B.	„	„
197	Maunhof	„	„
198	Zabern	„	„
199	Schlettstadt	„	„
200	Kempten	„	„
201	Miesbach	„	„
202	Straubing	„	„
203	Münder a. D.	„	„
204	Winsen a. d. A.	„	„
205	Winsen a. d. L.	„	„
206	Amberg	„	„
207	Immenstadt	„	„
208	Plön	D. A. V.	Antrag, 1. auf Festsetzung der Stundenlohnhöhe für Zementarbeiter, 2. auf Entscheidung über einen Zusatzantrag.
209	Ahrensburg	„	Antrag auf Entscheidung über einen Zusatzantrag zum § 4.
210	Halle a. d. S.	„	Antrag auf Entscheidung, 1. daß Platten- und Fliesenarbeiten unter den Vertrag fallen, 2. daß Tarifbruch vorliegt, 3. daß über Abschluß eines Akkordtarifs örtlich zu verhandeln ist.
211	Berlin	D. V. V.	Antrag auf Ergänzung der Entscheidung Nr. 71 des Haupttarifamts.
212	Nürnberg-Fürth	D. A. V.	Antrag auf Entscheidung über Entlohnung bei Erdarbeiten.
213	Nörten	„	Antrag auf Festsetzung der Stundenlöhne für Maurer.
214	Blankenburg i. Harz	D. V. V.	Festsetzung und Berichtigung der Stundenlöhne für Zementarbeiter.
215	Jüterbog	„	Antrag auf Vertragsabschluß.
216	München und Umgegend	D. A. V.	Antrag auf Festsetzung der Lohnhöhe an den Vorabenden der hohen Festtage.
217	Senftenberg	D. V. V.	Antrag auf Vertragsabschluß innerhalb 14 Tagen.
218	Guben	„	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz.
219	Weserlingen	„	Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts vom 30. April 1914.
220	Düsseldorf	D. A. V.	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts vom 2. März 1914.
221	Oldenburg	D. V. V.	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz.
222	Glatz	D. A. V.	Antrag auf Verpflichtung zur Vertragsunterzeichnung und Zulässigkeitserklärung der Akkordarbeit.
223	Schweidnitz-Reichenbach	„	Antrag auf Entscheidung über § 5 des Tarifvertrages.
224	Hirschberg i. Schl.	„	Antrag auf Verpflichtung zur Vertragsunterzeichnung.
225	Essen	„	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts Essen.
226	Bremerhaven	„	1. Dringlichkeitsantrag. 2. Antrag auf Feststellung, daß die vom Deutsch. Bauarbeiterverband verhängte Sperre unzulässig ist; 3. daß die Parteien verpflichtet sind, zu den Tarifamtssitzungen Vertreter zu entsenden.
227	—	„	Grundsätzlicher Antrag betr. Verweigerung des Vertragsabschlusses durch den Zentralverband der Zimmerer.
228	—	D. V. V.	Gegenantrag zu Antrag Nr. 119.
229	Heidelberg und Umgegend	D. A. V.	Festsetzung der Löhne für die im Belongewerbe beschäftigten Zimmerer.

mikrofilm service münster + g. gutt KG essen + köln
gerd gutt KG
otto-hahn-straße 21
postfach 41 02 49
4400 münster roxel

Nummer des Falles	Ortsgruppe	Antragsteller	Gegenstand
230	Waldenburg i. Schl.	Z.V.d.Z.	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts und Beschränkung der Zulässigkeit der Akkordarbeit.
231	Pölitz	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts und Unzulässigkeitserklärung der Akkordarbeit.
232	Zittau	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz.
233	Sprottau	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz und Unzulässigkeitserklärung der Akkordarbeit.
234	Sagan	"	Desgleichen.
235	Freiberg	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz.
236	Lehe-Geeste-münde	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts Bremen vom 28. Mai 1914.
237	Erlangen	"	Grundsätzlicher Antrag wegen Streichung eines Satzes im Tarifvertrag Erlangen durch den A. G. V.
238	Preetz	D. A. V.	Antrag auf Aufhebung der Vereinbarung Nr. 91 vom 5. März 1914.
239	Kiel	"	Antrag auf Aufhebung der Vereinbarung Nr. 110 vom 7. Mai 1914.
240	Leipzig	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung des Tarifamts vom 9. Mai 1914.
241	Altrahlstedt	"	Antrag auf Verpflichtung zum Vertragsabschluß seitens der Arbeitnehmerorganisationen.
242	Burg a. F.	"	Antrag auf Aufhebung des Beschlusses des Haupttarifamts Nr. 100 vom 5. Mai 1914.
243	Bönningstedt-Ochsenzoll	"	Antrag auf Verpflichtung der Arbeitnehmer zum Vertragsabschluß.
244	Marne	"	Antrag auf Verpflichtung des Zimmererverbandes zum Vertragsabschluß.
245	Celle	"	Antrag auf Entscheidung darüber, daß für Celle die zehnstündige Arbeitszeit besteht.
246	Schwarzenbek	"	Antrag auf Entscheidung über die §§ 2, 3 und 4 des Tarifvertrages.
247	Kröpelin	"	Antrag auf Entscheidung über den Streik in Kröpelin.
248	Wedel	"	Antrag auf Entscheidung über die §§ 2, 4 und 5 gemäß Entscheidung Nr. 35 Abs. 3.
249	Dippoldis-walde	"	Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamts.
250	Göttingen	"	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz und Zulässigkeitserklärung der Akkordarbeit für Zimmerer.
251	Millhausen i. E.	Z.V.d.Z.	Antrag auf Aufhebung der Entscheidung zweiter Instanz vom 26. März 1914 und Einsetzung der Löhne der Zimmerer im Vertrage für Einschalarbeiten.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montag mittag für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Darmstadt. Am 14. Juni hielt der Zweigverein seine Delegiertenversammlung ab. Anwesend waren 41 Delegierte aus 34 Zahlstellen und 7 Ausschußmitglieder. Kollege Delp erstattete den Geschäftsbericht. In der Berichtszeit fanden insgesamt 78 Versammlungen, Sitzungen und Baubesprechungen statt. Differenzen hatten wir auf zwei Baustellen zu erledigen. Lohnbewegungen haben in Semd und in Eschollbrücken stattgefunden, die zu einem günstigen Ergebnis führten. Die Mitgliederzahl betrug 2133. Davon sind Maurer 1406, Hilfsarbeiter 533, Erdarbeiter 87, Zementierer 24, Betonarbeiter 15, Stukkateure 40, Fliesenleger 3, Terrazzoarbeiter 19 und Isolierer 6. Am Schlusse des vierten Quartals 1913 betrug die Mitgliederzahl 2154, so daß ein Rückgang von 21 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Neu eingetreten sind im ersten Quartal 122, zugereist 6, von andern Verbänden übergetreten 5. Abgereist sind im ersten Quartal 15, gestorben 2, in andere Verbände übergetreten 1, ausgetreten 74, zum Militär eingezogen 35, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 18. Den Kassenbericht gab Kollege Schüler. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen ℳ 6090, die Ausgaben ℳ 9236,00. Die Einnahmen der Zweigvereinskasse betrugen einschließlich Kassenbestand ℳ 15 250,90, die Ausgaben ℳ 3709,79. An Krankengeld wurden aus der Hauptkasse an 343 Mitglieder ℳ 5991,60 gezahlt, Sterbeunterstützung an 3 Mitglieder ℳ 165, Reiseunterstützung an 53 Mitglieder ℳ 53. Nach einigen geschäftlichen Anweisungen für die Zahlstellenvorstände begann eine sachliche Diskussion, die gewiß dazu beitragen wird, das organisatorische und geistige Leben in den Zahlstellen zu heben. Ueber „Agitation und Bildungswesen" referierte Kollege Delp. Er erläuterte zunächst den Stand der Konjunktur im allgemeinen, das Verhalten und Streben der Unternehmer hauptsächlich in Rheinland-Westfalen, die beabsichtigten, es auf einen offenen Konflikt ankommen zu lassen und sich über die gefällten Schiedssprüche einfach hinwegsetzen. Auch die Verzögerung des Vertragsabschlusses in unserm Bezirk muß jeden Bauarbeiter veranlassen, die Augen offen zu halten, um die Situation erfassen zu können. Hauptsächlich die Agitation in den einzelnen Zahlstellen muß so betrieben werden, daß wir den letzten dort vorhandenen Bauarbeiter organisieren. Es sei aber auch Aufgabe der Zahlstellenverwaltungen, die Organisation nicht nur in die Breite, sondern auch nach Innen auszubauen. In fast allen Zahlstellen seien Kollegen vorhanden, die imstande seien, in einer Mitgliederversammlung einen kleinen Vortrag zu halten. Auch sollen in nächster Zeit Bezirksversammlungen abgehalten werden, um so unsere Mitglieder stets über die Vorgänge im Wirtschaftsleben auf dem laufenden zu halten. Wird so gearbeitet, dann kann jeder Schlag, der die Verschandelung des Koalitionsrechtes und die Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften in sich birgt, pariert werden. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Ein Antrag von der Zahlstelle Groß-Zimmern wurde angenommen, der besagt: Der Bezirksvorstand ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß durch freigestellte Kollegen die Bautenagitation fortdauernd durchgeführt wird. Nach einigen Bemerkungen geschäftlicher Natur und der Aufforderung, das heute Gehörte praktisch in die Tat umzusetzen, schloß der Vorsitzende, Kollege Delp, die Konferenz.

Kleine Mitteilungen aus den Zweigvereinen und Sektionen.

Aus dem Zweigverein **Seehausen**, Kreis Wanzleben, ging uns ein Klagelied zu. Die Mitglieder besuchen in letzter Zeit die Versammlungen anscheinend sehr mangelhaft, was den Zweigvereinsvorstand veranlaßt, mitzuteilen, daß die Versammlungen jeden ersten Sonntag im Monat stattfinden. Unseres Wissens hat zwar eine derartige Klage noch niemals den Versammlungsbesuch gehoben, sondern eher das Gegenteil erzeugt. Aber vielleicht machen die Seehausener Kollegen eine Ausnahme und lassen ihren Zweigvereinsvorstand nicht allein, sonst dürfen sie sich auch später nicht beklagen, wenn sie „nichts zu sagen haben".

Neues vom pommerschen Bauherrenverband.

Diese gegen unsern Verband kämpfende Organisation der pommerschen Junker führt ihren Kampf vornehmlich auf zweierlei Art. Einmal hat sie sich die christlichen Gewerkschaften zu Hilfe geholt ohne damit besonderen Erfolg zu haben, dann hat sie Arbeitsnachweise errichtet, die unter dem verschämten Titel „gemeinnützig" ausnärrige Bauarbeiter ködern sollen. Wir erhielten vor einigen Tagen von einem Kollegen ein Schreiben zugesandt, das er von der Arbeitsvermittlungsstelle Stettin des genannten Junkerverbandes erhielt. Es hat nachstehenden Wortlaut: „Stettin, den 16. Juni 1914. Herrn Maurer W.... S.... Wir haben in einer kleinen Stadt Neuvorpommerns Arbeit als Maurer bei einem Stundenlohn von 47 ₰, außerdem frei Quartier, Kaffee oder Milch und mittags und abends Kartoffeln. Meisegeld ersehen wir nach mindestens vierwöchiger zufriedenstellender Arbeit. Wenn Sie unter diesen Umständen Arbeit annehmen wollen, bitten wir anliegenden Verpflichtungsschein zu unterschreiben und zurückzusenden. Hochachtungsvoll Arbeitsvermittlung R. Schneider." Haben wir es in diesem Arbeitsvermittler Schneider, dessen Bureau in Stettin, Friedrich-Karlstraße 87, ist, mit jenem Schneider zu tun, der vor einigen Monaten in Greifswald und Stralsund als Sekretär des christlichen Bauarbeiterverbandes auftrat? Ist dies der Schneider, der in mehreren Städten erklärte: „Ich wäre ein Lump, wenn ich mit den Unternehmern oder dem pommerschen Bauarbeiterverband etwas zu tun hätte?" Der in dem vorstehenden Schreiben erwähnte Verpflichtungsschein hat folgenden Wortlaut: „Unterzeichneter versichert, der freien (sozialdemokratischen) Organisation nicht anzugehören und ist andernfalls mit seiner sofortigen Entlassung unter Einhaltung des Lohnes einverstanden." Wir glauben, daß die Einhaltung des Lohnes für die Bauherren das wichtigste ist. Ihr ganzer Schmerz besteht ja darin, daß sie in unsern Kollegen keine Leute finden, die für sie umsonst arbeiten. Viel Erfolg hat der pommersche Bauherrenverband bisher trotz Schneider und Lockleitner nicht zu verzeichnen.

Noch ein Wort zu den Berliner Organisationsverhältnissen.

Die Ausführungen des Kollegen Heidrich in der Nummer 23 des „Grundstein" muß jeder, der die Berliner Verhältnisse kennt, als richtig anerkennen. Seit einigen Jahren wird von Zeit zu Zeit über die dortigen Organisationsverhältnisse geschrieben, ohne daß etwas gebessert worden wäre. Man hat damit nur erreicht, daß die Kollegen, die die Verhältnisse in der Reichshauptstadt nicht aus eigener Anschauung kennen, ein ganz anderes Bild davon bekommen als der Schreiber bezwecken wollte. Erreicht wurde, daß alle Kollegen, die durch die übergroße Arbeitslosigkeit gezwungen sind Berlin zu verlassen, draußen von den Kollegen scheel angesehen werden, weil man sie für widerhaarige Elemente hält, die gegen das Interesse aller Kollegen handelten. Wer nun bisher in der Arbeiterbewegung seine Pflicht getan hat, empfindet es schmerzlich, daß diese schlechte Meinung sich noch auf die Artikel im „Grundstein" stützt. „Alles, was von Berlin kommt, taugt nichts!" Diese Meinung kommt häufig in Worten zum Ausdruck, trotzdem es am eigenen Arbeitsort um kein Haar besser aussieht als in Berlin, wenn auch die Form ein wenig anders ist. Wenn man alle diese Dinge als aufgeklärter Arbeiter betrachtet, dann erinnert man sich des alten Wortes: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens! Auch außerhalb Berlins lassen die Umgangsformen der Kollegen untereinander viel zu wünschen übrig. Zweifellos sind sie in Berlin unter den organisierten Kollegen besser, dort ist eine viel größere Harmonie vorhanden als in mancher andern Stadt. In der Hinsicht haben die Kollegen im Reich den Berlinern nichts voraus. Oftmals hört man sagen: „Ja, die Berliner," mit jenem Anflug von Nichtachtung der die Dummheit des Redenden trefflich zum Vorschein kommen läßt, denn er weiß nicht, daß von den in Berlin seßhaften Bauarbeitern die übergroße Mehrzahl aus dem Lande zugezogen ist. Vor zehn bis fünfzehn Jahren war die Organisation noch schwach, von einer grundsätzlichen Aufklärungsarbeit konnte keine Rede sein. Als dann die gute Bautätigkeit einsetzte, kamen große Scharen unaufgeklärter Kollegen vom Lande hinzu, die wohl für die Organisation gewonnen wurden, aber trotzdem recht wenig Begriff davon hatten. Darum ist es zu verstehen, daß mit der einsetzenden Krise die Dinge sehr schlecht wurden. Nun sollte man aber jetzt das Versäumte nachholen und die Kollegen über Dinge unterrichten, die sie noch nicht kennen. Die Zahlstellen und Zweigvereine sollten systematisch Vorträge halten lassen. Dazu gibt es in jedem Zweigverein Kollegen. Heute muß man staunen über die geistige Faulheit in manchen Arbeiterkreisen. Man verspürt nichts von dem frischen Luftzug der Agitation. Das war früher in Berlin anders, als die Arbeitsgelegenheit dort noch günstig war. Dort wurde in jeder Beziehung so gut für die Organisation gearbeitet, wie man sie heute kaum in einem Zweigverein finden wird. Es muß mehr Wissen unter den Kollegen auf dem Lande verbreitet werden. Nur wenn dies überall geschieht, wenn die öden Vorurteile fallen und der Charakter jedes Kollegen zu einem selbständigen Urteil befähigt wird, dann wird das Interesse an öffentlichen Dingen erwachen und die Versammlungen werden wieder besser gefüllt. Auch in der Provinz fehlt es nicht an snobistischen Redensarten, die man in Berlin nur auf den Mannottenbauten hört. Erziehungsarbeit, vor allem bei der Jugend, ist notwendig. Die über das Wesen der modernen Arbeiterbewegung unterrichteten jungen Leute fallen dann, wenn sie in die Großstadt kommen, dem Weltstadttrubel nicht so leicht zum Opfer. So müssen wir Klassenkämpfer erziehen, die nicht beim ersten Mißerfolg davonlaufen, erst dann werden wir andere Zustände bekommen. Zum Schluß möchte ich den Berliner Kollegen bitten, nicht soviel über die dortigen örtlichen Verhältnisse zu schreiben, denn dadurch wird mehr Schaden als Nutzen angerichtet.

Johann Kliche, Rüstringen.

Schließt schriftliche Verträge ab!

Dafür, daß sich eine Arbeiterorganisation nicht mit einer mündlichen Vereinbarung mit einem Unternehmer zufrieden geben darf, ist der Ausgang einer Klage vor dem Lüneburger Gewerbegericht ein drastischer Beweis. Das „Lüneburger Volksblatt" berichtet darüber: Ein Mitglied des Bauarbeiterverbandes klagte gegen den Tiefbauunternehmer und Steinsetzmeister Rogge auf Nachzahlung von 2 ₰ pro Stunde ab 1. April. Kläger wurde vertreten von dem Zweigvereinsvorsitzenden Lopau. Nicht weniger als drei Termine, die sich über einen Zeitraum von rund fünf Wochen erstrecken, waren notwendig, um den Klageanspruch zur Entscheidung zu bringen. Die Forderung, die anfangs ℳ 5 betrug, war inzwischen auf ℳ 9,20 angewachsen. Der Vertreter des Klägers führte zur Begründung an: Nach Beendigung der Tarifbewegung des Baugewerbes im vorigen Jahre habe sich der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe schriftlich an den Bauarbeiterverband gewandt mit der Aufforderung, nun auch den Lohn bei ihrer Konkurrenz im Tiefbaugewerbe, zu dem auch die beklagte Firma gehöre, auf die gleiche Höhe zu bringen, wie im abgeschlossenen Tarif vorgesehen war. Der Vorstand sei dann beauftragt worden, dem Beklagten die Lohnforderung zu unterbreiten. Das sei dann auch durch den ersten und zweiten Vorsitzenden geschehen. Die Unterbreitung der Forderung sei in der Weise geschehen, daß man den Beklagten vor die Frage gestellt habe, ob er sich der im Tarif vorgesehenen Lohnerhöhung anschließen wolle. Die Steigerung betrage im ersten Jahre 1 ₰ = 47 ₰ die Stunde, im zweiten 2 ₰ und im dritten Jahre ebenfalls 2 ₰. Da Beklagter aber noch 45 ₰ die Stunde zahle, müsse er also gleich 2 ₰ zulegen. Unberrichteter Sache hätten die Vertreter abgehen müssen. Bevor die Zweigvereinsleitung es zu einer Arbeitseinstellung bei Rogge kommen ließ, wurde nochmals versucht, auf gütlichem Wege etwas zu erreichen. Der Beklagte, der sich inzwischen wohl die Sache überlegt habe und die Arbeitseinstellung fürchtete, habe sich dann das zweite Mal bereit erklärt, den tariflichen Lohn zu zahlen. Den Tarif durch Unterschrift anzuerkennen, habe er allerdings abgelehnt. Die Vertreter der Organisationen hätten geglaubt, dem Unternehmer soviel Zutrauen schenken zu können; sie begnügten sich mit der mündlichen Zusicherung, nach dem Grundsatz: Ein Mann, ein Wort! Nach der tariflichen Lohnstaffelung hätte nun am 1. April d. J. auch bei Beklagten eine weitere Lohnerhöhung von 2 ₰ für die Stunde eintreten müssen, was aber nicht geschehen sei. Kläger erhob daher Anspruch auf Nachzahlung dieser 2 ₰ für die Stunde. Beklagter machte dagegen geltend, daß es nicht seine Absicht gewesen sei, die Lohnerhöhung während der ganzen dreijährigen Tarifdauer mitzumachen, sondern er habe nur die 47 ₰ bewilligt. Von einer weiteren Lohnerhöhung sei gar keine Rede gewesen. Der zweite Termin, zu dem Rogge sen. und der zweite Vertreter des Bauarbeiterverbandes als Zeugen geladen waren, ergab dieselbe Meinungsverschiedenheit wie im ersten Termin. Im übrigen machte der Beklagte geltend, daß er seinem Vorarbeiter gesagt habe, die Tarifabmachungen hätten bei ihm keine Gültigkeit. Nach seiner Ansicht hätte der Vorarbeiter hiervon auch den Leuten Mitteilung gemacht. Und wenn speziell der Kläger persönlich dies gewußt und weitergearbeitet habe, so sei er schon aus diesen Gründen abzuweisen. Das Gewerbegericht folgte hierin dem Beklagten und beschloß, noch einen dritten Termin, in dem der Vorarbeiter und der Kläger persönlich vernommen werden sollten, abzuhalten. In diesem Termin wurde nun festgestellt, daß Beklagter wohl zu seinem Vorarbeiter gesagt habe, daß ihn der Tarif nichts anginge, aber der Vorarbeiter hat zu den Arbeitern davon nicht gesprochen. Diese wußten also nicht, was der Unternehmer plante. Vom Vertreter des Klägers wurde noch betont, daß der, der schon einmal eine solche Verhandlung mitgemacht habe, zugeben müsse, daß es gar nicht anders gewesen sein könne, als die Klägerische Partei behaupte. Ernstlich würde der Beklagte niemals behaupten können, nicht gewußt zu haben, es handle sich um 5 ₰ auf drei Jahre verteilt. Auf Befragen des Arbeitnehmerbeisitzers gab der Beklagte zu, gleich den Hintergedanken gehabt zu haben, nur 47 ₰ zu

zahlen, die weiteren Lohnerhöhungen aber nicht mitzumachen. Wenn er im vorigen Jahre nicht so im Druck gewesen wäre, hätte er überhaupt nichts bewilligt. Nach längerer Beratung fällte das Gericht folgendes Urteil: Der Kläger wird mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen. Zur Begründung wurde angeführt: Das Gericht habe nicht mit aller Sicherheit feststellen können, daß tatsächlich ein Vertrag zustande gekommen sei. Der Unternehmer sowohl als auch die Vertreter des Verbandes hätten sich so vergewissern müssen, daß jeglicher Irrtum ausgeschlossen war. Aber auch ein Personenvertrag zwischen dem Kläger selbst und dem Unternehmer sei nicht zustande gekommen, weil auch hier jeder eine andere Meinung haben konnte. Dem Gericht sei nur übrig geblieben, die Frage zu prüfen: Zahlte der Beklagte an den Kläger einen angemessenen Lohn? Und da habe sich ergeben, daß der niedrigste Lohn im Tiefbaugewerbe am Orte 45 ₰ die Stunde und der Höchstlohn 49 ₰ betrage. Beklagter habe 47 ₰ gezahlt. Dieses sei in diesem Fall als angemessen zu erachten. Deshalb habe auf Abweisung der Klage erkannt werden müssen. Nach diesem Urteil wird es jedem Unternehmer möglich sein, nach seinem Belieben eine mündliche Zusicherung zu seinen Gunsten zu korrigieren. Für den Arbeiter liefert es aber einen neuen Beweis, daß er auf ein ehrliches Gesicht nichts geben darf. Die Arbeiter sollten hieraus die richtige Lehre ziehen und sich fester um die Fahne ihrer Organisation scharen. Dann würden sie in der Lage sein, auch ohne Vertrag, ob schriftlich oder mündlich, den Lohn zu fordern, den sie selbst als angemessen erachten.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Bauteinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

*

Annaberg. Beim Aufstellen eines Putzgerüstes verunglückte am 24. Juni an einem Fabrikneubau der Hilfsarbeiter Rösch, weil ein beschädigter Rüstpfosten durchbrach und mit ihm herabfiel. Trotz der geringen Höhe trug der Verunglückte Verletzungen an Armen und Beinen davon, so daß sich ärztliche Behandlung nötig macht.

Bad Oeynhausen. Am 20. Juni ereignete sich hier ein schweres Unglück, bei dem der Kollege F. Griese sein Leben einbüßte. Der Kollege gehörte dem Kriegerverein Rehme an. Dieser Verein wollte sich einen eigenen Schießstand errichten und die dazu nötigen Arbeiten sollten gemeinsam von allen Mitgliedern ausgeführt werden. Griese hat nun die Mauern für die sogenannte Deckung errichtet; diese sind 2,26 m mal 2,95 m und 13 cm beziehungsweise 25 cm stark. Als Dach sollte eine Betondecke dienen, die 13 cm stark und mit 4 bis 6 mm starkem Draht armiert war. Während der Verunglückte in dem Raum die Pflasterarbeiten ausführte und die Fugen auskehrte, fuhren andere Vereinsmitglieder Erde auf die Decke. Diese brach unter übermäßiger Belastung zusammen und begrub Griese unter sich. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Den Plan zu dem Bau hat der Bauunternehmer Rittelmeier gemacht. Ob er zur Verantwortung gezogen wird? Eine andere Frage ist die, ob Bauarbeiter im Vereinsinteresse die mühsam erkämpfte Arbeitszeit in ihrem Beruf freiwillig verlängern sollen, noch dazu im Interesse eines Kriegervereins, deren führende Personen doch sonst die schlimmsten Arbeiterfeinde sind. Wäre es nicht besser, wenn die Kollegen, statt Löcher in die Luft zu schießen, ihre freie Zeit zur geistigen Weiterbildung benutzten?

Berlin. Ein folgenschwerer Deckeneinsturz auf einem städtischen Neubau, dessen Ursachen noch nicht aufgeklärt sind, hat sich am 24. Juni ereignet. Ueber den Unfall selbst berichtet der „Vorwärts“ folgendes: „Auf dem Grundstück Pfalzer Straße 1 bis 4, gegenüber der Korsörer Straße, läßt der Berliner Magistrat gegenwärtig einen Neubau für die Luisen-Realschule und für eine Gemeindeschule errichten. Der im April begonnene Bau ist zurzeit bis zum zweiten Stockwerk gediehen. Im Mittelteil des ziemlich großen Baues liegt die 13 mal 13 m messende Aula, die in ihren Grundmauern bereits vollkommen fertiggestellt ist und nun mit einer Decke aus Eisenbeton versehen werden sollte. Seit etwa acht Tagen wurde an dieser Decke gearbeitet. Um die Betondecke herstellen zu können, wurden auf dem Fußboden der Aula mächtige Holzstützen errichtet, die ein Gerüst aus Brettern trugen. Am gestrigen Nachmittag sollten an dem südlichen Teile der Aula die letzten Betonierungsarbeiten vorgenommen werden. Dabei waren elf Arbeiter unter der Aufsicht eines Polierers beschäftigt, die Hohlsteine auf die Verschalung zu legen, die Stäbe zu ziehen und dann Eisenbeton festzustampfen. Die fertige Decke sollte dann 8 bis 14 Tage trocknen, um so ihre volle Festigkeit zu erreichen. Die bauausführende Gesellschaft hatte für die Decke eine Traglast von 500 kg auf das Quadratmeter berechnet. Gegen ¾ Uhr nachmittags vernahmen die auf dem übrigen Grundstück arbeitenden Maurer plötzlich ein lautes Krachen und Splittern und bald darauf einen dumpfen Fall. Als sie hinzueilten, sahen sie, daß ein großer Teil der Südseite der Decke, etwa 120 qm, eingestürzt war. Vier der bei den Betonierungsarbeiten beschäftigten Arbeiter hatten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen können und kamen mit ganz leichten Schrammen davon. Die übrigen acht Arbeiter waren durch die eingestürzte Decke 8 m tief hinuntergerissen und unter den Holz- und Steintrümmern begraben worden. Mit vereinten Kräften leisteten die Arbeitskollegen den Verunglückten Hilfe und bald konnten die Verschütteten befreit werden. Die Verunglückten wurden in herbeigeholten Automobilen nach dem nächsten Krankenhause geschafft, wo festgestellt wurde, daß vier schwer, die andern vier leichter verletzt worden waren. Die Namen der Schwerverletzten, die Aufnahme im Krankenhause fanden, sind: Eisenbieger Heinrich Luer aus Lübeck und Zementierer Hermann Briese aus Berlin. Die übrigen sind bereits wieder nach ihren Wohnungen entlassen worden. Da die Untersuchung durch Sachverständige noch nicht abgeschlossen ist, so läßt sich, wie bereits bemerkt, über die Ursache der Katastrophe noch nichts sagen.

Bielefeld. Die Bauarbeiterschutzkommission veranstaltete in der Woche vom 7. bis 13. Juni eine umfassende Bautenkontrolle. Es wurden insgesamt 121 Baustellen mit 1343 beschäftigten Arbeitern kontrolliert. Von den 121 Baustellen sind eine ein Tiefbau, 2 Kommunal- und 2 Staatsbauten. Davon entfallen auf den Landkreis Bielefeld 24 Baustellen mit 188 beschäftigten Arbeitern. Auf 120 Baustellen waren Baubuden vorhanden; davon waren zu klein 4, undicht 13, der Tisch fehlte in 6, der Fußboden fehlte in 8, Material lagerte in 3. Ein Verbandkasten fehlte überhaupt in 28 Fällen, sehr mangelhaft war er in 6 Fällen. Unfallverhütungsvorschriften fehlten in 4 Fällen. Bei 16 Aborten konnte man von der Straße hineinsehen, in 3 Aborten waren noch Lattensitze vorhanden. Auf 13 Baustellen gab es kein Pissoir. Schutzgerüste waren an 16 Bauten nicht vorhanden, an fast allen Bauten waren die Schutzgerüste mangelhaft. Absperrungen und Abdeckungen fehlten an 27 Bauten. In einem Falle hatten die Arbeiter einen dumpfigen Keller, in dem allerhand altes Gerumpel lagerte, als Baubude angewiesen erhalten, nachdem sie wochenlang im Freien kampiert hatten. Wer die Zahlen der Kontrolle aufmerksam verfolgt, wird zugeben müssen, daß trotz des Geschreis der Unternehmer über unsere vielgerühmte Sozialpolitik doch noch vieles sehr im argen liegt. Wir gehen gern zu, daß sich manches gebessert hat, aber soweit können wir nicht gehen, zu sagen, daß für einen ausreichenden Schutz der Bauarbeiter Sorge getragen ist. Wenn man zum Beispiel feststellen muß, daß im Landkreis Bielefeld an keinem der kontrollierten Bauten ein Schutzgerüst sich befindet, und beim Ueber-die-Hand-mauern viele Unfälle vorkommen, so muß man schon sagen, daß hier nicht die genügende Sorgfalt auf die Erhaltung der Menschenleben verwendet wird. Ferner ist im Landkreise auf keiner Baustelle ein Verbandkasten vorhanden! Wer die Verhältnisse auf dem Lande kennt, weiß, daß bei einem Unfall der Verletzte oft stundenlang liegen muß, ehe ihm ärztliche Hilfe zuteil wird. Wenn nun hier wenigstens ein Notverband angelegt werden kann, so trägt das doch wesentlich zur Linderung der Schmerzen des Verletzten bei, ja, unter Umständen kann die Rettung des Lebens des Verletzten davon abhängen. Das, was über die Schutzgerüste auf dem Lande gesagt ist, trifft auch auf die mittleren und kleinen Unternehmer in der Stadt zu. Wäre für eine ausreichende Kontrolle von den Behörden gesorgt, so sähe es bedeutend besser aus, aber leider scheint es hier an Leuten zu fehlen. Um nur eins anzuführen, seien die Leitergerüste hier erwähnt. In den letzten Jahren hat es sich eingebürgert, Leitergerüste in den mittleren Höhen nicht zu verstreben, und gerade dadurch können sehr viele Unfälle passieren. Die Behörde scheint das noch nicht gesehen zu haben, oder —? An einer Giebelspitze von 14 m Höhe wird durch die Lücke eine Bohle gesteckt, der Meister fällt die Bohle von innen, ein Gehilfe steht draußen auf derselben, ohne Gürtel, Leine usw., ein einziger verkehrter Tritt und der Arbeiter liegt zerschmettert auf der Straße. Ein derartiges leichtfertiges Umgehen mit Menschenleben sollte sich der Unternehmer angesichts der Kontrolle der Behörden gar nicht zu trauen wagen, allein auch dies scheint von der Behörde nicht gesehen zu werden! Mit welchem primitiven Gerüstmaterial wird bei den Dachdeckern, Klempnern und Bauschlossern gearbeitet. Man wundert sich nur, daß hier nicht noch mehr Unfälle vorkommen. Und dann der sogenannte „sittlich sanitäre“ Schutz der Bauarbeiter; man sehe nur einmal richtig in die Baubuden und Aborte, und man wird staunen, welche Mißstände man hier noch findet. Es klingt so einfach, wenn der Bericht sagt, an 13 Bauten sei die Baubude nicht dicht, und doch, wenn die Arbeiter durchnäßt sind und sich in eine solche Baubude setzen, können schwere Erkrankungen die Folge sein. Aber es fehlt eben an Leuten, welche die Kontrolle ausüben; das beweist der Ausspruch eines Beamten, bei dem wir vorstellig wurden: „Ja, es liegt alles so weit auseinander, und man kann nicht überall sein, aber ich freue mich, daß Sie mir Mitteilung machen!“ — Wenn durch irgend etwas bewiesen werden kann, daß es an Leuten fehlt, so durch diesen Ausspruch. Feststellen müssen wir noch, daß überall da, wo der Polier nicht gern einen Kontrolleur sieht, naturgemäß die meisten Mißstände bestehen; andererseits ist aber auch zu bemerken, daß von einzelnen Polieren die Arbeiter als die Schuldigen hingestellt werden, was auch oftmals zutrifft. An alle Arbeiter des Baugewerbes aber richten wir die Aufforderung, einzutreten für unsere alte Forderung: Vermehrung des Bauarbeiterschutzes und Anstellung von Kontrolleuren aus Arbeiterkreisen.

Dresden. Auf dem Neubau Krupp, Münchner Straße, verunglückte am 25. Juni der Kollege Weimert dadurch, daß er beim Zementbalkenauswechseln 4 m tief abstürzte. Da er sich innere Verletzungen zugezogen hatte, wurde er nach dem Friedrichstädter Krankenhaus transportiert. Dieser Unfall konnte verhütet werden, wenn man die Unfallverhütungsvorschriften besser beachtet und ein Schutzgerüst angebracht hätte.

Duisburg. Ein folgenschweres Unglück ereignete sich am 20. Juni beim Kanalbau auf der Zeche Neumühl in Hamborn. Beim Hochziehen eines Kübels mit Mörtel verschob sich das Gerüst, die Maurer Hermann Schneider und Wilhelm Josten stürzten innerhalb des Kamins in die Tiefe und konnten nur noch als schrecklich verstümmelte Leichen geborgen werden. Der Sturz erfolgte aus einer Höhe von 43 bis 45 m. Ein dritter Maurer, Basken, der auch auf dem Kamin arbeitete, rettete sich im letzten Augenblick durch Anklammern an die im Innern des Kamins angebrachten Steigeisen und entging auf diese Weise glücklich dem sicheren Tode. Die Arbeiten werden von der Firma Koppers aus Essen ausgeführt. Der Kollege Schneider war Mitglied unseres Verbandes und erst 23 Jahre alt.

Essen. Am 23. Juni verunglückte am Altbruch Schürmann, Unternehmer Moldrings & Fischer, der Maurerpolier Justus Zier. Der Unfall erfolgte infolge Einsturzes einer Mauer, unter die der Polier kam. Schwerverletzt mußte er dem Krankenhause zugeführt werden. Wir wundern uns, daß bei einer Arbeitsmethode, wie sie an diesem Abbruch angewendet wird, noch nicht mehr Unfälle passiert sind. Hoffentlich sieht die Behörde hier mal nach dem Rechten.

— Wie alljährlich, so nahm auch die Bauarbeiterschutzkommission am 18. Juni wieder einmal die große Sommerkontrolle vor, um nach dem Rechten zu sehen. Geben doch die Herren Innungsmeister immer an, daß nur sie allein kompetent sind, darüber zu befinden, wie die hygienischen und sanitären Einrichtungen auf ihren Werkplätzen zu beachten seien. Hierüber kann man gerade im Mittelpunkt der Stadt Essen die schönsten Studien machen. Man fragt sich, wie ist es nur möglich, daß so etwas unter den Augen der Behörde vor sich gehen kann, da doch dieselbe Behörde die Bestimmungen erläßt? Warum sorgt sie dann nicht dafür, daß ihre eigenen Erlasse auch eingehalten werden? Warum muß die Kommission erst immer drängen? Daß nun die Herren Baugewaltigen gar keine Ursache haben, sich aufs hohe Pferd zu setzen, wollen wir der Oeffentlichkeit einmal zeigen. Kontrolliert wurden 254 Bauten mit 2536 Arbeitern. Hiervon hatten 29 Innungsmeister 158 Bauten zur Ausführung mit einer Arbeiterzahl von 1650. Die Zahl der insgesamt kontrollierten Werkplätze betrug 85. Es fehlten auf 8 Plätzen die Unfallverhütungsvorschriften, auf 69 die behördlichen Schutzbestimmungen. Auf 51 Werkplätzen mangelte es an Gerüstmaterial, auf nahezu allen Bauten waren die Gerüste mangelhaft. Es fehlten zum Teil die Absteifungen oder Verschwerkungen, am meisten fehlten die Schutzgerüste an den Bauten, wo über die Hand gemauert wurde. An 106 Bauten waren die Abdeckungen der einzelnen Balkenlagen mangelhaft oder sie fehlten ganz; desgleichen arbeiten die Dachdecker und Klempner durchweg ohne die vorgesehenen Schutzgerüste. Weiter fehlten auch an 191 Bauten. die Ruheplätze für die Hilfsarbeiter zum Transport der Materialien. Soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, waren 50 Werkplätze in letzter Zeit von der Behörde kontrolliert. An 2 Werkplätzen war keine Baubude vorhanden, 20 hatten keine wasserdichten Seitenwände, 11 keine dichte Bedachung, 16 Baubuden hatten keine Fenster, nicht zu öffnen waren in 35 Buden die Fenster. Nur 13 Buden hatten einen Holzfußboden. Trotzdem der Ministerialerlaß für alle Buden einen Holzfußboden bestimmt, hat die hiesige Behörde teilweise Steinpflaster erlaubt. 3 Baubuden hatten überhaupt keinen festen Fußboden. Schränke zum Aufbewahren der Kleider gibt es überhaupt nicht, ferner wurde noch in 7 Buden Material gelagert. Desgleichen soll die Bude einen Ofen zur Erwärmung der Speisen haben; es wurde aber nur ein Ofen angetroffen. Dafür waren aber auf 8 Bauten die Aborte in unmittelbarer Nähe der Bude. Verbandkasten fehlten auf 5 Bauten ganz. Die Anleitung zur ersten Hilfeleistung fehlte in 20 Buden. Auf 3 Bauten fehlte der Abort; bei 18 konnte man von den Seiten hineinsehen; 25 hatten keinen dichten Fußboden; 47 hatten Sitzbrillen; 22 nur Lattensitze. 6 Aborte waren an die Kanalisation angeschlossen; 12 hatten eine dichte Grube; 50 hatten eine ausgeschachtete Grube und werden nach Bedarf versetzt; desinfiziert wurde keine. Pissoiranlagen fehlten an 80 Bauten. Zur Vervollständigung seien noch die Mißstände erwähnt, die wir der Behörde ganz besonders zur Nachkontrolle empfehlen möchten. So zum Beispiel hatte die Bude von Wör & Butz, Vergeborbeet, Hügelstraße, mehr wie 100 Löcher im Dach. Auch waren die Balkenlagen bis zur dritten Etage nicht abgedeckt. Desgleichen wurde am Neubau Eick, Kettwiger Straße, ein Abort angetroffen, der selbst dem gerade anwesenden Beamten der Baupolizei etwas zu stark war. Ebenso arbeiten die Dachdecker der Firma L. Kohl, hier, an dem Bau ohne genügendes Schutzgerüst. Wir möchten hierzu empfehlen, daß die Behörde die Bauarbeiterschutzkommission etwas mehr mit heranziehen möchte zur Kontrolle. Manches würde doch besser werden! Aber wenn man sich das Verhalten mancher Bauaufseher ansieht, so muß man hieran zweifeln. So ist zum Beispiel am Steeler Tor am Neubau der altkatholischen Kirche auch die Abdeckung sehr mangelhaft, obgleich hier ein Aufseher den ganzen Tag am Bau tätig ist. Aufmerksam gemacht, meinte der gute Mann: Paßt nur besser auf, dann wird auch keiner fallen. So lange bei diesen Leuten derartige Auffassung vom Schutz der Arbeiter besteht, kann man keine Besserung von dieser Seite erwarten. Deshalb ist es notwendig, daß jeder Bauarbeiter zuerst mithilft, die Verhältnisse zu bessern, denn nur, was die Bauarbeiter sich selbst erringen, kann als Erfolg angesehen werden. Deshalb unterlasse es keiner, jeden Unfall sofort der Kommission zu melden, über jeden Mißstand Beschwerde zu führen. Die Kommission hat zu diesem Zwecke Briefkasten ausgehängt, und zwar im Bauarbeiterbureau, Grabenstr. 67, 2. Et., und in der Wirtschaft Becker, Rüttenscheid, Annastraße. Jede der Kommission zugehende Beschwerde wird sofort nachkontrolliert und für Abhilfe Sorge getragen. Darum, Bauarbeiter, fördert den Bauarbeiterschutz, Euch und Euren Angehörigen zum Nutzen!

Gera. Am 22. Juni ereignete sich am hiesigen Krankenhausneubau ein tötlicher Unfall. Die Firma Freyß & Co., Gera, führt dort einen Schornstein auf. An dem Bau steht auch eine Kantine. In der Mittagspause wurde nun dort über den Schornstein debattiert; im überschwenglichen Eifer erbot sich ein Fliesenleger, Albert Schwalbe aus Berlin, der mit Fliesenarbeiten am Krankenhausneubau beschäftigt war, den Schornstein zu besteigen. Schwalbe ist an den außen angebrachten Steigeisen hochgestiegen, als er jedoch an das letzte kam, lockerte sich dieses und gab nach, da es doch eben erst eingemauert war. Nun wollte er sich jedenfalls an der letzten Mauerschicht festhalten, diese kippte gleichfalls um, und der Verunglückte stürzte von dem 38 m hohen Schornstein in die Tiefe. Der Tod trat sofort ein. Hieraus sieht man wieder, wie leichtfertig und gewissenlos mancher Arbeiter mit seinem Leben umspringt.

Hamburg. Am 22. Juni stürzte in der Mittelstraße ein Haus, das umgebaut werden sollte, fast in sich zusammen. Zu Schaden ist niemand gekommen; trotzdem die auf dem Bau beschäftigten Arbeiter sich in höchster Lebensgefahr befanden, konnten sie sich mit genauer Not retten. Die Ursache des Einsturzes ist allem Anschein nach in der ungenügenden Absteifung des Baues und der unsachgemäßen Ausschachtung für die Tieferlegung des Kellers zu suchen. Während die Arbeiter beim Ausschachten waren, wurde für die Sicherheit des Hauses noch Absteifung angebracht, eine Arbeitsweise, die unverständlich ist. Eine derartig ungenügende Absteifung müßte doch auch die Baupolizeibehörde, die die Aufsicht ausübt, bemerken. An der Vorderfront waren zwei große schwere eiserne Träger angebracht worden; anstatt den Pfeiler ganz in Klinkermauerwerk auszuführen, waren nur wenige Schichten Klinker eingemauert worden. Alle diese Sünden, an denen die mangelhafte Aufsicht der Baupolizei nicht unschuldig ist, haben das Unglück mit verursacht. Die behördliche Un-

mikrofilm service münster g. gutt KG essen + köln gerd gutt kg. otto hahn straße 21 postfach 4102 49 4400 münster-mxkel

suchung wird hoffentlich dazu beitragen, den Schuldigen zu ermitteln.

Immenstadt. Am 24. Juni verunglückte unser Kollege Georg Kolb dadurch, daß er von einem zirka 2 m hohen Gerüst abstürzte und am Kopfe verletzt wurde. Der Arzt konstatierte ferner eine Prellung im Rücken und an der Achsel. Die freiwillige Sanitätskolonne brachte den Verletzten in das Distriktsspital.

Lemgo. Eine hier vorgenommene Bautenkontrolle ergab die denkbar traurigsten Zustände. Die Kontrolle erstreckte sich über acht Neu- und Umbauten. Was den Gerüstbau anbetrifft, entsprach dieser nicht im entferntesten den Unfallverhütungsvorschriften. Obwohl darin gesagt wird „wird über die Hand gemauert, so ist für jedes neue Stockwerk ein Schutzgerüst herzustellen und mit einem Bordbrett zu versehen", findet diese Bestimmung hier wenig Beachtung. Wo derartige Schutzgerüste hergestellt werden, entsprechen sie den Anforderungen nicht. An einer Mühle, die geputzt wird, stand ein Gerüst von 1,10 m bis 1,30 m Breite. Eine Brustwehr war nur oben am Giebel vorhanden. Bordbretter fehlten vollständig. Nach der Wasserseite zu war auf eine Länge von etwa 20 m eine Verschwertung angebracht. In der Pastorenstraße, wo ein einstöckiges Haus geputzt wurde, war weder Brustwehr noch Bordbrett zu finden. In der Kirche, die renoviert wird, läßt das Gerüst auch viel zu wünschen übrig; die aufgestellten Bäume stehen 3,50 m bis 3,80 m auseinander. Die Abdeckung und Absperrung der Treppenhäuser war auf drei Bauten mangelhaft. In der schlechten Herstellung der Aborte und Baubuden wird hier unsagbares geleistet. Besonders hervorzuheben sind zwei Aborte, die weder Sitz- noch Stoßbrett hatten. Bei einem bildete ein Kanthols den Sitz, bei einem andern ein 7 cm breites Schalbrett, dann in der Mitte eine kleine Stütze untergestellt war. An einem Abort waren die Bretter an den Wänden ein paar Zentimeter auseinander genagelt, unten dann Erde angeworfen, obwohl ringsherum bebaules Ackerland liegt und dicht dabei Häuser stehen. Fast alle Baubuden dienten als Lagerraum für Material. An der Kirche ist überhaupt keine Bude. Außerdem waren die Buden meistens zu niedrig; eine davon hatte eine Höhe von 1,40 m bis 1,65 m. Die Sauberkeit war sehr mangelhaft. Von einer Polizeiverordnung über Arbeiterfürsorge auf Bauten kennt man hier in Lippe nichts; wir werden aber versuchen, dahin zu wirken, daß bald etwas geschieht. Unsere Kollegen möchten wir aber dringend ersuchen, mehr für die Durchführung der Vertragsbestimmungen zu sorgen. Im § 10 Abs. 4 heißt es: „Auf jedem Bau ist eine gegen Wind und Wetter geschützte Baubude herzustellen; Baumaterialien dürfen darin nicht lagern. Desgleichen ist auf jedem Neubau für ein ordentliches Aborthäuschen zu sorgen; dieses ist mit einem Sitzbrett zu versehen." Auf diese Bestimmung sollten wir die Arbeitgeber hinweisen. Ferner wurde noch festgestellt, daß von Kollegen die Arbeitszeit überschritten wird. Dieses dürfte vor allem jetzt nicht vorkommen, da hier eine schlechte Konjunktur ist, denn da muß um so mehr den Kollegen Arbeitsgelegenheit geboten werden. Es dürfen nicht einzelne durch die Verlängerung der Arbeitszeit andern die Möglichkeit, Arbeit zu bekommen, ganz nehmen. Vom 1. März 1914 ab haben die Kollegen am Sonnabend um 5 Uhr Feierabend zu machen. Die vorgenommene Kontrolle zeigt uns, daß vieles gebessert werden muß, wozu es der Mitarbeit aller Kollegen bedarf. Der Geist muß viel lebendiger werden und die Interesselosigkeit muß aufhören. Die Versammlungen sind der Platz, wo diese Zustände besprochen werden müssen. Sorge jeder Kollege für besseren Besuch, dann erweist er unserer Sache einen guten Dienst.

Limbach i. S. (Bauarbeiterschutzkommission.) Die letzte Bautenkontrolle erstreckte sich über 32 Bauten, an denen 278 Arbeiter und 1 Arbeiterin beschäftigt waren. Die Unfallverhütungsvorschriften fehlten auf 2 Bauten und die behördlichen Schutzbestimmungen auf 3 Bauten. An 7 Bauten waren Außengerüste aufgestellt, von denen 2 mangelhaft verschwerket waren. Auf allen Gerüsten fehlten die Sockelbretter. An den 3 Bauten, auf denen Dacharbeiten ausgeführt wurden, waren die Gerüste ohne Barriere. Die Baubuden waren überall mangelhaft und auf einem Bau fehlte die Baubude ganz; 1 Baubude hatte keinen festen Fußboden, 2 Baubuden hatten keine verschließbare Tür, in 2 konnten die Fenster nicht geöffnet werden und in 1 Baubude fehlten Tische und Bänke. Die Spucknäpfe fehlten in allen Baubuden. Nur auf 3 Baustellen war eine Anleitung zur ersten Hilfeleistung vorhanden. Aborte waren an allen Bauten, nur fehlte es an der nötigen Reinigung und Desinfektion. Urineimer waren nur auf 1 Bau. Nur 3 Bauten sind behördlich kontrolliert worden. Wir weisen alle Bauarbeiter darauf hin, daß sie bei Mißständen oder Unfällen sofort dem Baudelegierten oder der Bauarbeiterschutzkommission Mitteilung zu machen haben. Nur dadurch können wir eine Besserung erzielen.

Aus Unternehmerkreisen.

Innungsterrorismus.

Was von dem heuchlerischen Geschrei des Unternehmertums über angeblich durch organisierte Arbeiter verübten Terrorismus zu halten ist, zeigt sich wieder einmal an folgenden Beispielen, die für die Behörden und Staatsanwälte von besonderem Interesse sein müßten, an denen sie aber keinen Anstoß nehmen. Es handelt sich dabei um Material, das ein einziger, noch dazu von den Unternehmern verhängter Kampf zutage förderte. Bei der vorjährigen Aussperrung im Malergewerbe haben die Zwangsinnungen dieses Handwerks ihre Mitglieder, die nicht aussperren wollten, mit hohen Innungsstrafen bedroht. So sah beispielsweise die Hagener Zwangsinnung ihren zögernden Mitgliedern einzeln bekannt: „Da Sie, wie uns zu Ohren gekommen ist, noch nicht dem Beschluß nachgekommen sind, die organisierten Gehilfen zu entlassen, fordern wir Sie auf, dieses sofort zu bewirken. Außerdem zahlen Sie eine Geldstrafe von ℳ 20." Die Bielefelder Zwangsinnung dekretierte: „Jeder Gehilfe, der sich weigert, einen Revers zu unterschreiben, muß entlassen werden (Beschluß des Innungsvorstandes unter Bezugnahme auf § 10 des Innungsstatuts; siehe Strafparagraph)." Die Dürener Zwangsinnung schrieb: „Wird ein organisierter Gehilfe nicht entlassen, oder eingestellt, so ist in die Innungskasse für jeden einzelnen Fall eine Strafe von ℳ 20 zu zahlen." Das gleiche Vorgehen beliebten die Zwangsinnungen im gesamten Reiche fast allgemein; zum Teil unter Androhung von Geldstrafen bis zu ℳ 200. Half das nicht, so drohte man mit der Materialsperre, mit der Abtreibung von Arbeiten durch die sich solidarisch erklärenden Bauunternehmer, organisierten Industriellen und Behörden und mit der Abschneidung des Kredits. Nicht nur die Nichtbefolgung der Aussperrung, auch das Verleihen der Gerüste und die Ausführung von Arbeiten, die von einem andern Meister angefangen wurden, ist verboten und mit den schlimmsten Uebeln bedroht worden. So erließ unter andern die Bielefelder Zwangsinnung folgende Bekanntmachung: „Es ist den Innungsmitgliedern verboten, Gerüste oder Zubehörteile an die Personen zu verleihen oder für sie aufzustellen, bei denen die Befürchtung vorliegt, daß sie den allgemeinen Interessen unserer Mitglieder wirtschaftlichen Schaden zufügen. — Bei Uebertretung vorstehender Beschlüsse wird die höchstzulässige Strafe (Paragraph des Statuts) in jedem Einzelfalle in Anwendung gebracht." Die Dürener Zwangsinnung gab folgenden Beschluß durch Zirkular bekannt: „Sollte ein Meister Arbeiten übernehmen und ausführen, die ein Kollege schon in Auftrag hatte, so muß er sich bei von der Versammlung angesetzten Strafe unterziehen. Diese beträgt für jeden eingestellten Gehilfen ℳ 20, für jede unberechtigte Ausführung der Arbeit 20 pZt. der Rechnungssumme. Auf alle Fälle beträgt die Strafe mindestens ℳ 100 für jede ausgeführte Arbeit.

Die Zwangsinnung zu Bielefeld versandte unter dem 13. März 1913 folgendes vielsagende Rundschreiben: „Von der Ueberwachungskommission ist festgestellt worden, daß Sie den Anordnungen und Beschlüssen des Vorstandes sowie der Innungsversammlungen vom 6., 9. und 12. dieses Monats nicht Folge geleistet haben. — Der Vorstand hat Sie deshalb in Strafe genommen und für Sie eine einmalige Ordnungsstrafe in Höhe von ℳ 20 festgesetzt. — Die Strafe ist unverzüglich an die Kasse unserer Innung zu zahlen. Gleichzeitig wird Ihnen hiermit aufgegeben, bei Vermeidung weiterer Ordnungsstrafen, unnmehr, und zwar bis spätestens morgen abend 6 Uhr, den erlassenen Vorschriften und Beschlüssen Folge zu leisten." Vor allem zeigte sich der besondere Wert der Innungskrankenkassen für die Kampfmaßnahmen der Scharfmacher durch den mit ihnen getriebenen Mißbrauch. Unternehmer, die ihre Gehilfen darin nicht abmeldeten, erhielten geheimnisvoll mitgeteilt, daß man sehr wohl in der Lage sei, sie zu beobachten; gleichzeitig bedrohte man sie mit den unerhörtesten Strafen. Wenn dies nichts nutzte, wurden „schärfere Maßnahmen" in Aussicht gestellt. Dann hieß es vielsagend, man sei sich in den führenden Kreisen über die weiter zu unternehmenden Schritte bereits völlig klar gewordeu.

Gegen diese terroristischen Maßnahmen sich aufzulehnen, war für die davon betroffenen Unternehmer äußerst schwer, denn sie mußten dann weitere Verfolgungen befürchten; nicht wenige sind so auch tatsächlich wirtschaftlich völlig ruiniert worden. Auf die Beschwerde bei den verschiedensten Aufsichtsbehörden erginpen die widersprechendsten Bescheide. Während einige das Vorgehen der Zwangsinnungen für ungesetzlich hielten, hatten andere im Namen der Gesetzlichkeit nicht das Geringste daran auszusetzen. Später, am 16. April 1913, mußte selbst Handelsminister v. Sydow im preußischen Abgeordnetenhause unter Berufung auf § 41 der Gewerbeordnung, der den einzelnen Unternehmer berechtigt, „in beliebiger Zahl Arbeiten jeder Art" anzunehmen und ihm auch in der Wahl des Personals keine Beschränkungen auferlegt, das Vorgehen der Zwangsinnungen für ungesetzlich erklären. Ferner wurde durch die angefochtenen Innungsbeschlüsse ein Koalitionszwang ausgeübt. Aber die Macher der ungesetzlichen Innungsmaßnahmen wurden nicht nur nicht zur Verantwortung gezogen wie Hunderte von Arbeitern wegen viel geringfügigerer Vergehen, sondern sie pfiffen auch einfach auf die Entscheide der Behörden und die Erklärung des Herrn v. Sydow. So hieß es in dem offiziellen Organ der in Betracht kommenden Malermeister in Nr. 14 von 1913: „Wenn die Aufsichtsbehörden in einzelnen Städten auch alles daransetzen, die Beschlüsse der Zwangsinnungen aufzuheben, wonach die Mitglieder bei ℳ 20 gehalten sind, die organisierten Gehilfen zu entlassen, so haben sich unsere Obermeister der Zwangsinnung hierdurch nicht verblüffen lassen, sondern die Beschlüsse sind noch allenthalben in Kraft." Und die Düsseldorfer Zwangsinnung unter andern beschloß trotz der Erklärung des Ministers: „Die Innungsversammlung hält an dem Beschluß vom 10. März ausdrücklich fest und erweitert ihn dahin, daß auch das Unterzeichnen der Sondertarife gegen die Standesehre verstößt und von der Innung verboten wird. Für die Uebertretung dieses Beschlusses wird die statutengemäße Strafe von ℳ 20 festgesetzt." — Die Strafen wurden fast allgemein auch tatsächlich eingetrieben.

Trotzdem dies ungesetzliche, die Behörden und die Regierung verhöhnende Treiben damals selbst in bürgerlichen Organen öffentlich gekennzeichnet wurde, hat natürlich kein Staatsanwalt etwas dagegen eingewendet. Die Zwangsinnungen treffen in solchen Fällen ihre terroristischen Maßnahmen ganz in Uebereinstimmung und unter dem Zwang der Arbeitgeber-(Kampf-)Verbände. Einmal sind die Führer und Vorstände der Innungen und Unternehmer meist die gleichen Personen. Außerdem hat man die Innungen vielfach den Unternehmerverbänden korporativ angeschlossen, stellt gemeinsame Geschäftsführer an, legt die Versammlungen zusammen, wirtschaftet gemeinsam mit den Geldern, majorisiert die Innungsmitglieder mit Hilfe der Unternehmerverbandsbeschlüsse und die Beeinflussung durch andere Unternehmerorganisationen; vielfach bestimmen auch einfach die Vorstände der Innungen im Sinne der Unternehmerverbände über die Köpfe der Innungsmitglieder hinweg und drohen denen bei jeder Gelegenheit mit den Zwangsbefugnissen und mit dem — Gerichtsvollzieher; ein Zustand, gegen den die beisteisehenden — meist kleinen — Handwerker unter dem Einfluß der auf sie gewaltsam einwirkenden Mächte völlig schutzlos sind. Jeder, der hier wider den Stachel löckt, wird bei den Auftraggebern, Materiallieferanten und in der Oeffentlichkeit wirtschaftlich unmöglich gemacht. So wurde bei dem erwähnten Kampfe beiseitestehenden Unternehmern gedroht, man werde ihnen, ebenso den Privatkunden, die Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften auf die Fersen setzen, damit sie ausnahmsweise die Unfallverhütungsvorschriften „streng" einhalten müßten. „Führt ferner schwarze Listen, um bei gegebener Zeit diesen Leuten aufwarten zu können," hieß es an einer andern Stelle. In einem Zirkular der Kölner Unternehmerortsgruppe stand zu lesen, die außenstehenden Meister trieben „Verrat an der eigenen Sache und verdienen entsprechende Behandlung". Dem Unternehmerverband stehe das Recht zu, „die Oeffentlichkeit auf ihre Handlungsweise aufmerksam zu machen. Druck erzeugt Gegendruck". Erkläre man sich innerhalb einer „letzten Frist von drei Tagen nicht solidarisch", würde „in Wahrung berechtigter Interessen in in Aussicht gestellter Weise unter voller Namensnennung verfahren, wobei wir überzeugt sind, uns auf unsere Kölner Mitbürger verlassen zu können".

Triumphierend wurde festgestellt, daß die organisierten Bauunternehmer die außenstehenden Malermeister zur Aussperrung gezwungen hätten. Den Farbenlieferanten wurde durch Rundschreiben aufgegeben, bestimmt bezeichneten Unternehmern keine Materialien zu liefern und, „sofern Sie noch irgendwelche Forderungen an Genannten haben, diese tunlichst sofort mit vierundzwanzigstündiger Frist einzuziehen und jede weitere Kreditgewährung zu unterlassen". In Dessau wurde einem Unternehmer ℳ 300 Konventionalstrafe angedroht, wenn er einen Gehilfen nicht aussperre. Er mußte hierauf aussperren, trotzdem er nicht einmal den schuldigen Lohn zahlen konnte. — In Charlottenburg drohten die Malermeister der Stadtverwaltung, ihre Ehrenämter niederzulegen, wenn Gemeindearbeiten an Unorganisierte vergeben würden. — Der Redakteur einer Fachzeitschrift wurde gezwungen, seinen Posten niederzulegen, weil er einer andern Unternehmerorganisation als dem Arbeitgeberverband angehörte und weil er nicht mit aussperrte. — In Rheinland und Westfalen müssen die Farbenhändler unter dem Drucke des fortdauernden Boykotts feste Jahresbeiträge an den Arbeitgeberverband und damit auch indirekt in die mit diesem eng verbundenen und gemeinsam nervalisierten Zwangsinnungen zahlen. Es wird ganz ungeniert schon seit Jahren eine schwarze Liste solcher Händler geführt, die sich nicht tributpflichtig machen lassen wollen. Natürlich halten sich die Farbenhändler, deren Organisation bisher vergeblich gegen den ausgeübten Zwang ankämpfte, durch Kreisaufschläge wieder schadlos, und so werden auch die Malermeister mit getroffen, die die Scharfmachereien gewisser Leute nicht mit unterstützen wollen. Der Effekt dieser Maßnahmen, gegen die längst gerichtlich eingeschritten worden wäre, wenn sie Arbeiter unternähmen, ist eine künstliche Verteuerung der Materialien, unter der auch ganz unbeteiligte Personen, die Auftraggeber und die Malermeister in andern Landesteilen leiden und die dann wieder gegen die Lohnforderungen der Gehilfen ins Feld geführt wird. Man sieht, die Herren Unternehmer haben allen Grund, nach verstärktem Schutz der wirtschaftlichen Freiheit zu rufen.

Gewerkschaftliches.

Aus der „christlichen" Arbeiter-Internationale. Einer englischen Zeitung entnehmen wir folgenden Bericht: „Eine Versammlung römisch-katholischer Gewerkschafter in Birmingham beschloß die Gründung einer Vereinigung katholischer Gewerkschafter in Birmingham. Erzbischof Ilsley, der den Vorsitz führte, erklärte, daß man nicht gegen die Gewerkschaften sei. Herr Burns (der Organisator der Liga katholischen Gewerkschaftsmitglieder) sagte, daß die Sozialisten deshalb an der Spitze der Gewerkschaftsbewegung ständen, weil die römisch-katholischen Gewerkschaftsmitglieder apathisch den Dingen gegenüberständen. In der Arbeiterbewegung aber seien Männer vonnöten, die ihren Katholizismus betonen. Ein Arbeiterstadtverordneter meinte, daß es gefährlich sei, die Religion mit der Gewerkschaftsbewegung zu verquicken, in der er bisher neben Sozialisten, Atheisten usw. Schulter an Schulter gestanden habe. Er sei nicht der Meinung, daß man mit einem Manne streiten müsse, wenn man in 99 Fällen mit ihm einer Ansicht und nur im hundertsten Falle abweichender Ansicht sei. In der Diskussion sagte Herr Burns, daß man nichts Neues in die Arbeiterbewegung einführen, sondern nur aus ihr heraushalten wolle, was nicht hineingehöre." Nach diesem Bericht scheint die Gefahr zu bestehen, daß auch die englischen Gewerkschaften von dem unseligen religiösen Streit heimgesucht werden, den die Kirche in den Organisationen auf dem Kontinente seit Jahren geschürt hat. Es ist nur zu wünschen, daß die leitenden Personen diese Gefahr rechtzeitig erkennen, um den Zersplitterungsversuchen energisch entgegentreten zu können. — Der katholische Klerus wird sonst nicht rasten, bis er auch in Großbritannien die Arbeiterzersplitterung zugunsten der Unternehmer eingeführt hat. Damit wird aber auch den deutschen christlichen Gewerkschaften eines ihrer wichtigsten Argumente genommen. Bisher behaupteten sie stets, daß in England keine christlichen Gewerkschaften notwendig seien, weil dort die religiösen Gefühle der Arbeiter in den Organisationen nicht verletzt würden, wie es angeblich in Deutschland der Fall ist. Erzbischof Ilsley hat ganz recht, der Klerus ist nicht gegen die Gewerkschaften — wenn diese dem Klerus untertan sind.

Polizei und Gerichte.

Burgstädt. Vor kurzem wurde in Chemnitz i. S. ein hiesiger Kollege zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Angeklagt war er wegen Anmaßung eines öffentlichen Amtes. Gelegentlich einer Bautenkontrolle im Juni 1913, die im Auftrage der sächsischen Landeskommission für Bauarbeiterschutz stattfand, soll er auf einem Bau den beiden Polieren gesagt haben, er käme im Auftrage der Landesversicherung. Vor der Chemnitzer Strafkammer behauptete der Kollege, er habe erklärt, er käme im Auftrage der Landeskommission; ein an dem Bau beschäftigter Kollege bestätigte dies durch sein Zeugnis, während die beiden Poliere bei ihrer Behauptung blieben. Die Strafkammer entschied nun trotz des Widerspruches der Zeugenaussagen nicht im Zweifel für den Angeklagten, sondern gegen ihn. Um zu der Verurteilung zu gelangen,

mußte das Zeugnis des Entlastungszeugen entwertet werden. Das Gericht entschied denn auch: „Der Zeuge ist nach dem Eindruck, den sein Auftreten in der Hauptverhandlung gemacht hat, schwerhörig. Hierzu kommt, daß die Aussage dieses Zeugen auch um deswillen mit einer gewissen Vorsicht aufgenommen werden muß, weil der Zeuge gleich dem Angeklagten dem Bauarbeiterverbande angehört." Diese beiden Sätze enthalten bezüglich des Zeugen zwei Behauptungen, für die das Gericht jeden Beweis schuldig blieb. Merkwürdigerweise beachtete das Gericht jedoch nicht die schwache Stelle in den Aussagen der Poliere. Als Baufachkundige und vor allem als Aufsichtspersonen mußten die beiden Poliere wissen, daß die Landesversicherungsanstalt keine Bautenkontrolle vorzunehmen hat. Es mußten ihnen die Behörden und Körperschaften bekannt sein, die das Recht zur Kontrolle haben; da sie das anscheinend nicht wußten, hätte die Strafkammer dies Moment bei der Beweiserhebung berücksichtigen müssen, da es einen Schluß auf den Intellekt der beiden Belastungszeugen zuläßt.

Noch „merkwürdiger" als die Beweiserhebung ist aber die Begründung des Urteils. Wir sind in der Beziehung an starke Stücke gewöhnt; wir müssen aber gestehen, die Chemnitzer Strafkammer hat sich wenig Mühe gegeben, ihrem Fehlspruch eine einwandfreie Begründung zu geben. Die Begründung weist folgende Sätze auf: „Der Angeklagte ist Mitglied des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes. Als Organ dieses Verbandes für das Königreich Sachsen besteht in Dresden eine sogenannte „Landeskommission für Bauarbeiterschutz", die unter anderm bezweckt, im Parteiinteresse Erhebungen darüber anzustellen, ob bei der Ausführung von Bauten die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeiterschutzvorrichtungen getroffen werden. Zu solchen Parteizwecken ist in der Zeit vom 1. bis 15. Juni 1913 von dem erwähnten sozialdemokratischen Verbande eine sogenannte „Bautenkontrolle" veranstaltet . . . worden. Bei der Strafzumessung ist zugunsten des Angeklagten seine Unbescholtenheit beachtet worden. Anderseits war zu berücksichtigen, daß sein Vorgehen außerordentlich dreist gewesen und von dem Zweck geleitet worden ist, mit unerlaubten, unlauteren Mitteln unter Mißbrauch staatlicher Einrichtungen Material für seine den Umsturz bestrebende Partei zu sammeln." Die Ungereimtheiten und Unsinnigkeiten dieser Urteilsbegründung versöhnen mit der Strenge der Strafe, weil sie uns Gelegenheit geben zum Lachen und uns auch einen Einblick in die Gelehrtheit der fünf Landgerichtsräte und Landrichter tun lassen. Es ist schwer, feine Satire zu schreiben! In politischer Beziehung ist die Urteilsbegründung außerordentlich wertvoll. Zunächst muß den Richtern gesagt werden, daß es einen sozialdemokratischen Bauarbeiterverband nicht gibt. Folglich kann auch die Landeskommission kein Organ eines derartigen Verbandes sein. Die bestehende Landeskommission ist das gemeinsame Organ aller gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter der verschiedensten Berufe; sie veranstaltet ihre Erhebungen über die Einhaltung der gesetzlichen Arbeiterschutzvorschriften nicht in irgendeinem Parteiinteresse, das nur in der Einbildung der Arbeiterfeinde und ihrer Subjekte besteht, sondern um das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter zu schützen. Damit den Arbeiterfamilien ihr Ernährer nicht geraubt wird durch Mängel an den Gerüsten, damit der Witwen und Waisen nicht zu viele werden, deswegen geschieht die regelmäßige Kontrolle der Bauten. Und dies menschenfreundliche Bestreben ist nach der Urteilsbegründung der Chemnitzer Richter strafbar. Nach dieser Urteilsbegründung ist unter allen politischen Parteien allein die sozialdemokratische bestrebt, dem Gesetz zur Herrschaft zu verhelfen. Diese Handlungsweise nennt das Gericht „Umsturzbestrebungen". Wenn auch die Voraussetzungen in der Urteilsbegründung falsch sind, so lassen die Folgerungen doch weitgehende Schlüsse zu. Und nun vergegenwärtigen wir uns einmal, von wem diese Behauptungen ausgehen. Nicht von irgendeinem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, nicht von irgendeiner Scharfmacherorganisation, sondern von einer staatlichen Instanz, deren Amt es ist, Recht zu sprechen, die aber zu dem Zweck eine Anzahl Behauptungen aufstellt, für die sie niemals den Beweis erbringen kann, und die dann auf Grund dieser Behauptungen zu einem Urteil kommt, das weder klug noch gerecht ist. Was werden wir nun noch erleben?

Zeitz. Die hiesige Polizei holte sich einen Reinfall, als sie den Versuch machte, den Kollegen Heckel zum Veranstalter einer politischen Versammlung zu stempeln. Es handelte sich um eine Versammlung unserer dortigen Jugendabteilung, in der der Kommissar Zeitz mit einem zweiten Beamten erschien, um die Versammlung zu überwachen. Das Strafmandat von ℳ 15 wegen Vergehens gegen die §§ 5, 6 und 18 des Reichsvereinsgesetzes wurde vom Schöffengericht bestätigt. In dem schöffengerichtlichen Urteil heißt es: „Der Angeklagte ist von der sozialdemokratischen Partei beauftragt worden, die Versammlung zu leiten. . . . In ihr sprach der sozialdemokratische Redakteur Stroinski über seine Schul- und Jugenderlebnisse. Sodann ließ der Angeklagte folgende beiden Lieder singen." Es folgt dann der Text zweier Lieder: „Wer schafft das Gold zu Tage" und „Dem Morgenrot entgegen". Es war jedoch nur ein Lied gesungen worden. Dann heißt es in dem Urteil weiter: „Durch das Singen dieser Lieder wurde die Versammlung zu einer politischen." Gegen dieses Urteil hatte der Kollege Heckel am Landgericht Naumburg Berufung eingelegt. Die Strafkammer kam denn auch zur Freisprechung des Kollegen, obgleich sie in ihrem Urteil hervorhob, daß zweifellos die Versammlung eine öffentliche gewesen sei, weil in der Versammlungseinladung durch die Zeitung die gesamte Bauarbeiterjugend eingeladen worden sei. Jedoch sei das Singen zweier Lieder, auch wenn diese selbst politischen Inhalt haben, nicht als eine Erörterung politischer Dinge anzusehen. Dazu gehöre vielmehr, daß politische Angelegenheiten entweder in einer Rede oder in Wechselreden besprochen würden. Da das nicht geschehen sei, so müsse das schöffengerichtliche Urteil aufgehoben werden. Zu dem Berufungsurteil wollen wir bemerken, daß es im wesentlichen Teil der Darstellung folgt, die der Anwalt unseres Kollegen in der Berufungsschrift gab. Die Kosten des Verfahrens hat die Staatskasse zu tragen.

Eingegangene Schriften.

Entwicklungsgeschichtliche Streifzüge im Senckenbergmuseum zu Frankfurt a. M. Von Gg. Engelbert Graf. Verlag Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M. Herausgeber Arbeiterbildungsausschuß zu Frankfurt a. M. Preis 25 ₰. Das Senckenbergianum ist im wesentlichen ein Naturgeschichtliches Museum, dessen reiche Schätze die Stadt zum großen Teil dem Arzt und Naturforscher Senckenberg verdankt. Der Verfasser der „Streifzüge" führt uns nun durch die weiten Säle des Museums. In seiner für jeden Laien verständlichen Schreibweise schildert er die Entwicklungsformen der verschiedensten Lebewesen unserer Erde. Der billige Preis in Verbindung mit der volkstümlichen Schreibweise werden hoffentlich dem Büchlein eine recht große Verbreitung verschaffen.

Zeitschriftenschau der gesamten Eisenbetonliteratur 1913. Von A. Fihinger. Verlag Wilhelm Ernst & Sohn, Berlin. Preis geheftet ℳ 3. Die letzte Zeitschriftenschau bringt auf 86 Seiten ein Register und kurzes Inhaltsverzeichnis der gesamten einschlägigen Literatur des Jahres 1913. Für jeden, der von Berufswegen sich mit Eisenbeton beschäftigen muß, sind diese jährlichen Literaturnachweise ein unentbehrliches Hilfsmittel.

Hilfe für Katarrhleidende und Lungenkranke. Von Dr. K. Doebereiner. Verlagsanstalt Emil Voigt, Wiesbaden. Preis ℳ 1,20. Das Büchlein soll ein Ratgeber für Leute sein, die an Katarrh und Lungenkrankheit leiden. Eine Anzahl bildlicher Darstellungen über die menschlichen Atmungsorgane erleichtern das Verständnis für den Leser der Schrift, der zum Schluß eine Empfehlung der Wiesbadener Patentinhalatoren angehängt ist. Dadurch bekommt allerdings die Sache den Anschein einer geschickten Reklame; ob sie das sein soll, wissen wir nicht.

Briefkasten.

Dieser Nummer des „Grundstein" liegt das „Einigungsamt" für die Abonnenten dieser Zeitschrift bei.

Anzeigen

Sterbetafel.

Annaberg. (Neudorf.) Am 22. Juni starb unser Mitglied **Bruno Mann** im Alter von 25 Jahren an Brustfellentzündung.

Altenburg. Am 27. Juni starb nach langem Leiden unser Kollege **Bernhard Köhler** im Alter von 66 Jahren an Nierenleiden.

Bad Oeynhausen. Am 20. Juni starb der Maurer **Fritz Griese** aus Rehme im Alter von 45 Jahren durch einen Unfall.

Berlin. Am 25. Juni starb der Zementierer **Fritz Petri** im Alter von 51 Jahren an Herzleiden. — Am 25. Juni starb der Bauarbeiter **Joh. Bruchanski** im Alter von 54 Jahren an Zellenhautentzündung.

Boizenburg a. d. E. Am 7. Juni starb der Kollege **Wilhelm Turlach** im Alter von 24 Jahren.

Breslau. Am 23. Juni starb unser Kollege **August Koch** im Alter von 66 Jahren.

Chemnitz. Am 24. Juni starb unser langjähriger Kollege **J. Körner** im Alter von 49 Jahren an Lungenleiden.

Coburg. Am 10. Juni starb unser Kollege **E. Engel** aus Fürth a. Berg an den Folgen eines Unfalles.

Dresden. Am 25. Juni starb der Maurer **Ernst Wollmann** im Alter von 28 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Duisburg. (Hamborn.) Durch Sturz in einen Kamin fand am 20. Juni unser Kollege **Hermann Schneider** im Alter von 28 Jahren seinen Tod.

Erfurt. (Ingersleben.) Am 16. Juni schied unser Mitglied **Otto Reinemann** im Alter von 36 Jahren freiwillig aus dem Leben.

Erlangen. Am 14. Juni starb der Kollege **Johann Paulus** im Alter von 42 Jahren an Lungenleiden.

Freiberg i. S. Am 22. Juni starb der Maurer **Th. Ramm** im Alter von 61 Jahren an Magenleiden.

Giesten. Am 15. Juni starb nach langer schwerer Krankheit der Bauhilfsarbeiter **Wilh. Schladitz** im Alter von 50 Jahren an Lungenentzündung.

Jena. Am 20. Juni starb unser Kollege **Max Feuerstein** im Alter von 30 Jahren an den Folgen eines Unfalles. — Am 26. Juni starb unser treuer Kollege **Gottwerth Klingelstein** im Alter von 63 Jahren an Arteriosklerose.

Militsch. Am 5. Juni starb unser Kollege **Wilhelm Radon** im Alter von 39 Jahren an Lungenleiden.

Mittweida. Am 7. Juni starb unser Kollege **Wilhelm Seidel** im Alter von 60 Jahren.

München. (Ost.) Am 19. Juni starb unser Kollege **Michael Gambök** im Alter von 46 Jahren an Gehirnerweichung. — Am 22. Juni starb unser Kollege **Kaspar Rogger** im Alter von 41 Jahren an Leber- und Herzleiden. — (Nymphenburg.) Am 25. Juni starb unser Kollege **Adolf Westermeier** im Alter von 46 Jahren durch einen Unglücksfall. — (Obergiesing.) Am 26. Juni starb unser Kollege **Jakob Maier** im Alter von 54 Jahren an Magenleiden.

Neisse. Am 25. Juni starb unser Kollege **Berthold Seidel** im Alter von 53 Jahren an Magenleiden.

Nürnberg-Fürth. Am 19. Juni starb der Hilfsarbeiter **Michael Hamel** im Alter von 47 Jahren an Blutvergiftung. — (Heroldsberg.) Am 19. Juni starb der Kollege **Paul Albrecht** im Alter von 65 Jahren an Gelenkrheumatismus.

Oschatz. Am 10. Juni starb unser Kollege **Wilhelm Rempel** im Alter von 42 Jahren an Lungenschwindsucht.

Plauen i. V. Am 26. Juni starb der Hilfsarbeiter **Karl Prell** im Alter von 41 Jahren an einer Lebererkrankheit.

Saarbrücken. Am 22. Juni starb unser Kollege **Peter Winzent** aus Bebelsheim im Alter von 44 Jahren an Gehirnschlag.

Sachwitz. Am 20. Juni starb nach langem Krankenlager unser treuer Kollege **Paul Scheer** aus Fürstenau im Alter von 30 Jahren an Lungenkrankheit.

Stuttgart. Am 18. Juni starb unser Kollege, der Maurer **Gottlob Steck** in Hof, im Alter 28 Jahren. — Am 21. Juni starb unser Kollege **Julius Kimmerle** im Alter von 47 Jahren an Magenleiden.

Wiesbaden. (Dotzheim.) Am 21. Juni starb unser treuer Kollege **Karl Schwalbach** im Alter von 19 Jahren.

Woldegk. Am 18. Juni starb unser Kollege **Ernst Boy** im Alter von 72 Jahren an Magenleiden.

Würzburg. (Rimpar.) Am 20. Juni starb unser Kollege, der Stukkateur **Anton Baumeister**, im Alter von 46 Jahren an den Folgen eines Unfalles mit dem Fahrrad.

Ehre ihrem Andenken!

Friedrich Polbe, Maurer, geb. 21. Dezember 1891 zu **Neuhoff-Gohrlosin,** wird wegen einer wichtigen Angelegenheit gesucht. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, werden gebeten, dies dem **Zweigverein Dortmund,** Lessingstr. 32, mitzuteilen. [ℳ 1,50]

Wilhelm Jungmann, Bauhilfsarbeiter, geboren am 8. Februar 1886 zu **Jeßnitz i. Anhalt,** wird von seiner Familie gesucht. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, ihn darauf aufmerksam zu machen. [ℳ 1,50]

Alfred Schläbitz, Maurer, geb. 17. Nov. 1892 zu **Eltern** gesucht. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, werden gebeten, dem **Zweigverein Liegnitz** davon Mitteilung zu machen. (Verb.-Nr. 114 189), wird von [ℳ 1,50]

Metz.

Sonntag, den 19. Juli, feiert unser Zweigverein sein

Zehntes Stiftungsfest

bestehend in **Festzug, Gartenkonzert** im städtischen **Turngarten, abends** im **„Terminus" Blumenverlosung** und **Ball** bis zum Morgengrauen. [ℳ 3,30]

Alle Kollegen und ihre Angehörigen sind hierzu freundlichst eingeladen.

Das Festkomitee.

Tilsit.

Sonntag, den 12. Juli, findet im Vereinslokal **„Westendgarten"** unser

Zehntes Stiftungsfest

statt. **Abmarsch zum Umzug 2½ Uhr nachmittags** von **Paslack,** Deutsche Straße 40; nachher **Konzert, Verlosung, Preisschießen, -kegeln** und **Tanz.**

Alle Kollegen nebst ihren Angehörigen werden hiermit freundlichst eingeladen. [ℳ 3,60] **Das Festkomitee.**

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Verkehrslokal, H Herberge, Rz Reiseunterstützung wird aufgezahlt bei.)

Siegen i. W. Bureau: Hagener Straße 10.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Versammlungen der Zweigvereine.

Sonntag, den 5. Juli.

Boizenburg a. d. E. Nachm. 3 Uhr bei Ohle. Sehr wichtige Tagesordnung.

Gransee, Nachm. 3 Uhr im Fränschen Lokale. Bücher sind mitzubringen.

Oranienburg, Nachm. 3 Uhr bei Großmann, Mühlenstraße. Referent Genosse Strobel.

Ribnitz, Nachm. 2 Uhr bei O. Fröhlich. Wichtige Tagesordnung.

Salzwedel, Nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus. T.-O.: Wahl eines Vorsitzenden. Entschädigung des Kassierers.

Dienstag, den 7. Juli.

Berlin, (Putzträger.) Abends 7 Uhr bei Böcker, Wedereste. 17. Sehr wichtige Tagesordnung.

Donnerstag, den 9. Juli.

Berlin, (Flotierer.) Abends 8½ Uhr bei Wilke, Sebastianstr. 39.

Sonntag, den 12. Juli.

Bamberg, Vorm. 10 Uhr in der Restauration Roth. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Berlin, (Stafer.) Vorm. 10 Uhr, An der Stralauer Brücke 3. Pünktliches Erscheinen notwendig.

Breslau, (Fliesenleger.) Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Langenwetzendorf, Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. Vortrag des Kollegen Hager aus Greiz.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Fritz Paeplow), verantwortlicher Redakteur i. V.: Hermann Otto, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

mikrofilm service münster g. gutt KG essen + köln gerd gutt KG otto-hahn-straße 21 postfach 41 02 49 4400 münster roxel